

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Seymour Martin Lipset

Ist Amerika konservativ?

Gero Lenhardt

Über die Europäisierung Amerikas

Barbara A. Fliess

Aktuelle Spannungsfelder in den amerikanisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen

Eva-Maria Masyk

US-Asienpolitik: ASEAN als Partner
und Verbündeter

B 52/87

26. Dezember 1987

Seymour Martin Lipset, geb. 1922; Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Stanford University und Senior Fellow an der Hoover Institution; er ist Mitherausgeber der Zeitschrift *Public Opinion*.

Veröffentlichungen u. a.: *Political Man*, 1960; *The First New Nation*, 1966; *The Confidence Gap: Business, Labor and Government in the Public Mind*, 1987², sowie zahlreiche Arbeiten zur Wahl- und Meinungsforschung.

Gero Lenhardt, Dr. habil., geb. 1941; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin; Mitherausgeber des *Leviathan*; 1985/86 Gastprofessor an der Stanford University in Stanford, Cal., USA.

Veröffentlichungen u. a.: *Schule und bürokratische Rationalität*, Frankfurt/M. 1984; *Der hilflose Sozialstaat: Jugendarbeitslosigkeit und Politik*, Frankfurt/M. 1980; *Berufliche Arbeitsteilung und Weiterbildung in der Industrieproduktion*, Frankfurt/M. 1976 und diverse Beiträge über sozialpolitische, arbeitsmarktpolitische und bildungspolitische Fragen sowie der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Barbara A. Fliess, geb. 1956; M. A.; Studium der Sozialwissenschaften an der McGill University in Montreal sowie der Internationalen Beziehungen an der School of Advanced International Studies der John Hopkins University in Washington; seit Juli 1984 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Nordamerika der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: *Einige Aspekte und Aktionsfelder der Außenpolitik der Reagan-Administration*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 43/84; *Sicherheitspolitik zwischen Reagan und Kongreß*, in: *Außenpolitik*, 26 (1985) 4, S. 413–425; *Strategische Rüstungskontrolle und Verteidigungspolitik unter Reagan*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 44/85; *Towards More Equitable Sharing of the Global Radio Resource: The W.A.R.C. 1979 Negotiation*, in: I. William Zartman (Ed.), *Positive Sum: Improving North-South Negotiations*, New Brunswick 1987, S. 171–212.

Eva-Maria Masyk, Dr. phil., M. A., geb. 1954, seit 1985 Leiterin des Instituts für Außen- und Sicherheitspolitik (IAS) in München.

Veröffentlichungen u. a.: *Die Guam-Doktrin. Grundlegung und Strategie der Asienpolitik der Nixon-Regierung*, München 1981; *Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber ASEAN unter der Reagan-Administration*, München 1986; zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung *DAS PARLAMENT*, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung *DAS PARLAMENT* einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Ist Amerika konservativ?

I.

Die Vereinigten Staaten werden als die konservative Gesellschaft schlechthin angesehen. Sie können aber auch als die liberalste politische Gesellschaft in der entwickelten Welt verstanden werden. Die erste Einschätzung wird häufig mit der Tatsache begründet, daß Amerika die kapitalistische Nation par excellence ist, die einzige fortgeschrittene Industriegesellschaft, die keine sozialistische Partei oder Arbeiterpartei aufweist, deren Arbeiterbewegung schwach ist und die Sozialismus und Kommunismus im Ausland bekämpft. Das zweite Urteil läßt sich, wie der kanadische Philosoph George Grant betont hat, mit der Tatsache begründen, daß die Vereinigten Staaten die westliche Nation sind, die am wenigsten die „organischen“ Gemeinschaftstraditionen der europäischen Vergangenheit angenommen haben und die dazu neigen, sowohl Innen- wie Außenpolitik in moralisierend utopischen und kreuzzughaften Kategorien zu sehen.

Für das Verständnis amerikanischer Politik muß man deshalb berücksichtigen, daß Konservatismus, wie er außerhalb der Vereinigten Staaten verstanden wird, hier besonders schwach entwickelt ist. Der Konservatismus in Europa und Kanada, der sich aus der historischen Allianz von Kirche und Staat ableitet, bedeutet Unterstützung für staatsorientierte und gemeinschaftsbezogene „noblesse oblige“-Politik. Unter Konservatismus fassen die Amerikaner eine ganz andere Weltanschauung, nämlich das, was Europäer immer Liberalismus genannt haben, das heißt eine zutiefst anti-staatliche Einstellung, die die Tugenden des laissez-faire zum wichtigsten Wert erhebt. Seit den zwanziger Jahren hat der amerikanische Begriff „Liberalismus“ allerdings immer mehr eine Bedeutung angenommen, die ihn der Sozialdemokratie angenähert hat.

Die politisch-ideologischen Grundströmungen der Vereinigten Staaten sind im Vergleich zu denen anderer ökonomisch hoch entwickelter Länder außergewöhnlich. Der Begriff der amerikanischen Ausnahmestellung (american exceptionalism) bezieht sich auf die Entwicklung sozialer, politischer und religiöser Systeme, die sich qualitativ von denen in Europa unterscheiden. Der Begriff entstand in der Auseinandersetzung über die kommunistische Parteitaktik in den zwanziger Jahren. Der damalige Führer der amerikanischen kommunistischen Partei, Jay Lovestone, beging den Fehler (der zu seinem Parteiausschluß führte), den Versuch zu

unternehmen, Stalin davon zu überzeugen, daß eine Politik, die für andere kapitalistische Länder gedacht war, in den Vereinigten Staaten nicht funktionieren würde. Er hob hervor, daß Amerika eine Ausnahmestellung einnahm und eine revolutionäre Doktrin dort wenig Attraktivität hatte.

Die Frage, die Lovestone aufwarf, war auch das Thema von Werner Sombarts Buch: „Warum gibt es keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten?“, das 1906 in Deutschland erschien. Warum sind die Vereinigten Staaten die einzige wichtige Industrienation ohne sozialistische Bewegung? Die American Socialist Party erreichte nur wenige Prozent der Wählerstimmen bei nationalen Wahlen vor dem ersten Weltkrieg, wobei sie mit sechs Prozent der Stimmen 1912 ihr bestes Ergebnis erzielte. 1984 erreichte keine der sozialistischen Parteien wenigstens ein Viertel Prozent der Stimmen. Eine damit zusammenhängende Frage ist, warum die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, der mächtigsten Industrienation, am schwächsten ist. Die Zahl der Mitglieder in amerikanischen Gewerkschaften hat seit der Mitte der fünfziger Jahre ständig abgenommen, so daß heute der Punkt erreicht ist, wo nur noch 17 Prozent der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigen gewerkschaftlich organisiert sind.

Ungefähr zur gleichen Zeit wie Sombart versuchte sich ein anderer Europäer mit dem einzigartigen Zuschnitt der amerikanischen Politik auseinanderzusetzen. H. G. Wells, bei dem wir meistens an seine Romane, insbesondere seine utopischen Romane, denken, war ein aktives Mitglied der Fabian Society; er besuchte oft Amerika und hielt seine Erfahrungen schriftlich fest. In seinem Buch „The Future in America“ stellte Wells fest, daß es in der amerikanischen Politik nicht nur keine sozialistische Partei oder Arbeiterpartei gebe, sondern auch keine konservative. Unter einer konservativen Partei verstand er natürlich eine wie die Britischen Konservativen oder die Deutschnationale Volkspartei. Wie schon erwähnt, bezog man in Großbritannien wie fast überall in Europa den Begriff Konservatismus auf Parteien, die Vertreter der Allianz von Monarchie und Kirche waren und die die traditionellen Werte der Aristokratie und der ländlichen Gebiete repräsentierten. Sie traten für die Verteidigung oder Aufrechterhaltung von gesellschaftlicher Hierarchie, von Staatsreligion und staatlicher Kontrolle ein. Ihre ländlich-feudale In-

teressenbindung bewirkte eine anti-bourgeoise, anti-kapitalistische Haltung. Die Alternative zur konservativen war die liberale Partei. Die Liberalen waren die Partei der Bourgeoisie. Sie traten für einen schwachen Staat, Handelsfreiheit, für größere Chancengleichheit und mehr Demokratie ein. Wells behauptete, daß nach britischen Kategorien beide amerikanischen politischen Parteien (die Demokraten und die Republikaner) dem linken und rechten Flügel der liberalen Partei entsprachen.

Die von Wells vorgetragene Argumentation wurde in größerer Ausführlichkeit fast ein halbes Jahrhundert später von dem amerikanischen Politik-Theoretiker Louis Hartz wiederholt. Sein Buch „The Liberal Tradition in America“ übt bis heute großen Einfluß aus. Hartz vertrat die These, daß die legitime nationale Tradition der Vereinigten Staaten der Liberalismus im Sinne des europäischen 19. Jahrhunderts sei. Wie Wells hob er hervor, daß es Konservatismus im europäischen Sinne seit der Beseitigung der britischen Monarchie in den Vereinigten Staaten nie gegeben hat. Die liberale Tradi-

tion in Amerika, die Weltanschauung der amerikanischen Revolution, ist von Mißtrauen gegenüber staatlicher Macht geprägt. Die erste amerikanische Verfassung, die Konföderationsartikel, schufen einen Staat ohne Exekutive. Als man erkannte, daß dieses System nicht funktionieren konnte, entwarfen die Gründungsväter eine neue Verfassung, die von einem System der Kontrollen und Gegengewichte charakterisiert war, das dazu dienen sollte, die exekutive Macht dadurch in Schach zu halten, daß man die staatlichen Befugnisse auf die beiden Häuser des Kongresses und die Präsidentschaft aufteilte (checks and balances). Alle Instanzen sollten zu unterschiedlichen Zeiten gewählt werden. Ein unabhängiger oberster Gerichtshof sollte über Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den Instanzen der Bundesebene und der Bundesebene und den Einzelstaaten entscheiden. Wie James Madison bemerkte: „Allen Menschen, die Macht besitzen, gilt es zu mißtrauen . . .“ Sein Hauptanliegen war die Suche nach Methoden, die „die Regierung dazu verpflichten, sich selbst zu kontrollieren“.

II.

Diese transatlantischen Unterschiede setzten sich bis ins 20. Jahrhundert fort. Natürlich gab es staatsorientierte Kräfte in Amerika. Wie schon erwähnt, erreichten die Sozialisten in den Präsidentschaftswahlen von 1912 sechs Prozent. Die größtenteils republikanischen „Progressives“, die Staatsinterventionismus weitgehend befürworteten, eroberten mit der Nachfolge von Vizepräsident Theodore Roosevelt auf den ermordeten McKinley sogar die Präsidentschaft.

Die staatsorientierte Linke blieb jedoch relativ schwach. Bis in die dreißiger Jahre lehnte ihr sprichwörtlicher Stützpfiler, die Gewerkschaftsbewegung, staatliche Interventionen in die Wirtschaft kompromißlos ab. Die American Federation of Labor (AFL) war unter Samuel Gompers in ihrer Einstellung syndikalistisch und nicht sozialistisch. Die Industrial Workers of the World (IWW), der radikale Flügel der Arbeiterbewegung, war anarcho-syndikalistisch. Sowohl die AFL wie die IWW waren anti-staatlich in ihrer Ausrichtung. Gompers stellte ausdrücklich fest, daß sich die Arbeiter nicht auf den Staat verlassen sollten, denn was der Staat gewährte, könne er auch wieder wegnehmen. Die Arbeiter würden sich nur durch gewerkschaftliche Aktionen selbst helfen können.

Die AFL aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war wesentlich aggressiver, destruktiver und streikfreudiger als sozialistische Gewerkschaften in Europa. Aber im Gegensatz zur europäischen Gewerkschaftsbewegung war ihre Einstellung anti-

staatlich. Gompers und andere Führer des AFL gingen von folgender Prämisse aus: „Es ist viel einfacher, die Kapitalisten zu bekämpfen, als sich gegen den Staat zu wenden. Wenn der Staat zum Arbeitgeber wird, dann werden wir mehr Ärger haben. Wir ziehen es vor, mit Privateigentümern zu verhandeln anstatt mit dem Staat als Eigentümer.“ Sie behaupteten, daß, wenn die Sozialisten je die Macht übernähmen, die Arbeiter größere Schwierigkeiten hätten, sich gegen das Management zu verteidigen, als dies unter dem Kapitalismus der Fall sei. Obwohl die radikale Gewerkschaftsbewegung, die IWW, kompromißlos anti-kapitalistisch war, lehnte sie auch Sozialismus und Vergesellschaftung ab.

Die Einstellungen in der Gewerkschaftsbewegung änderten sich in den dreißiger Jahren mit dem Aufstieg des New Deals und des CIO (Congress for Industrial Organisation), der im Hinblick auf viele Problemstellungen sozialdemokratische Positionen einnahm. Aber die natürliche Orientierung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ist immer schon syndikalistisch gewesen. Als Louis Hartz die Schwäche des Sozialismus in den USA zu erklären versuchte, bemerkte er in bezug auf Europa, daß die nationalen konservativen Traditionen den Staat als einen Handlungsträger legitimieren; in Amerika dagegen negieren sie ihn. Sozialismus ist die „linke Ausgabe“ der europäischen Staatsorientierung. In den Vereinigten Staaten dagegen gehen linke Ausrichtung und Sozialismus nicht Hand in Hand. Dies ist eine Ironie, da die Vereinigten Staaten das kapi-

talistischste Land sind. Diesen Tatbestand hoben Friedrich Engels und viel später auch Antonio Gramsci hervor. Engels betonte, daß Amerika das einzige industrialisierte Land sei, das keine bedeutenden Residuen von Feudalismus, Aristokratie und Monarchie aufweise.

Amerikas Sozialstruktur ist der reinste Ausdruck eines marktorientierten Gesellschaftssystems. Aber dies bedeutet auch, daß sie das reinste Beispiel für eine liberale Gesellschaft ist. Engels begriff nicht, daß diese Tatsache den Aufbau einer starken sozialistischen Bewegung wesentlich schwieriger, wenn nicht gar ganz unmöglich machte, da die Idee, den Staat als Hauptvehikel für soziale Veränderung einzusetzen, gegen den Strich amerikanischer Traditionen geht.

In Europa dagegen ist der Kapitalismus mit dem Entstehen des Wohlfahrtsstaates verbunden. Die beiden Namen, die damit am ehesten in Verbindung gebracht werden, sind Bismarck und Disraeli. Als Führer des Konservatismus in ihren Ländern repräsentierten sie ländliche und aristokratische Elemente, das heißt Teile der Gesellschaft, die den Kapitalismus verachteten, das Bürgertum verabscheuten und materialistische Werte ablehnten. Ihre Politik reflektierte die Werte von noblesse ob-

lige, die Verpflichtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten, die weniger vom Schicksal Begünstigten zu beschützen.

Beispiele der konservativen Opposition gegen bürgerliche Wertvorstellungen lassen sich in „Das Kapital“ und in Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ finden. Beide Bücher enthalten viele Beispiele darüber, wie schrecklich die britischen Kapitalisten ihre Arbeiter behandelten. Die Belege kamen von Berichten königlicher Kommissionen und Parlamentsenqueten, die eine moralisierende und anti-kapitalistische Sprache sprachen. Diese Berichte (die die Methoden, wie man Arbeiter behandelte, sowohl dokumentierten als auch moralisch verurteilten) wurden von Konservativen geschrieben, die der Meinung waren, daß die Kapitalisten die Arbeiter schlecht behandelten.

Die Arbeiter wurden auf die Straße gesetzt, sobald die Konjunktur einbrach, sie wurden ohne Einkommenssicherung entlassen, sobald sie krank oder alt waren. Ein derartiger Umgang verletzte die Normen des Herrschaftsverhältnisses, das die patrimoniale Beziehung der Aristokratie und des Kleinadels zu ihren Untergebenen, zu denen sie persönliche Bindungen hatten, widerspiegelte.

III.

Die Unterschiede zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Konservatismus können auf Unterschiede kirchlicher Tradition und Organisation zurückgeführt werden. Die europäischen Kirchen sind großenteils Staatskirchen gewesen, beispielsweise die Anglikaner in England, die Lutheraner in Skandinavien und die Orthodoxen in Rußland. Diese Kirchen wurden nicht nur vom Staat finanziert und unterstützt, sondern sie behielten auch Strukturen und Wertvorstellungen bei, die sich in mittelalterlichen agrarischen Gesellschaften gebildet und institutionalisiert hatten. Sie sind hierarchisch strukturiert, und sie haben aus säkularer Sicht den Verantwortungssinn der Gemeinschaft für das Wohlergehen ihrer Mitglieder gefördert. Daraus folgt, daß die europäischen Kirchen wie die Aristokratie und der Kleinadel der Logik der kapitalistischen Gesellschaft kritisch gegenüberstanden.

In den Vereinigten Staaten jedoch ist die vorherrschende religiöse Richtung das protestantische Sektentum. Max Weber identifizierte diese Doktrin als die Kraft, die rationales, wettbewerbsbezogenes und individualistisches Verhalten, das für unternehmerischen Erfolg entscheidend ist, stimuliert. Die überwiegende Mehrheit der Amerikaner gehört Sektten statt Kirchen an. Die beiden größten sind die Methodisten und Baptisten, aber daneben gibt es Hunderte von anderen religiösen Gemeinschaf-

ten, von denen viele ursprünglich amerikanisch sind. Die Mitglieder europäischer Staatskirchen, die Episcopalians, die Lutheraner, die Katholiken und die Orthodoxen sind eine Minderheit in den Vereinigten Staaten. Das amerikanische religiöse Ethos ist nicht nur einer bürgerlichen Wirtschaftsform adäquat, sondern auch einem liberalen Staatswesen. Es hat egalitäre und populistische Werte begünstigt, die eine antielitäre Ausprägung erfahren haben, da die meisten der Sektten gemeinschaftlich und nicht hierarchisch organisiert sind. Die protestantischen Sektten, die die religiöse Szene in Amerika beherrschen, werden in Großbritannien Nonkonformisten oder Abweichler (dissenters) genannt. Deshalb hat sich auf beiden Seiten des Atlantik das politische und das religiöse Ethos gegenseitig verstärkt.

Die Betonung des Amerikanismus als politischer Ideologie hat unter amerikanischen Liberalen und Konservativen eine utopische Orientierung begünstigt. Beide sind bestrebt, die „gute Gesellschaft“ zu errichten. Aber die religiösen Traditionen der protestantischen Abweichler haben die Amerikaner dazu angehalten, sich moralisierend zu verhalten und ihrem Gewissen mit einer Rigorosität zu folgen, die man nicht bei den religiösen Gemeinschaften findet, die sich aus den Staatskirchen herleiten. Das protestantische religiöse Ethos in Amerika hat in der Praxis und vielleicht auch in der

Theorie immer die Vervollkommnung der Menschheit und ihre Verpflichtung zur Vermeidung von Sünde vorausgesetzt; die Kirchen dagegen, deren Anhänger in Europa, Kanada und Australien dominieren, haben die den Menschen inhärente Schwäche, ihre Unfähigkeit, Sünde und Verfehlung zu entgehen, und die Pflicht für Kirchen, Schutz und Vergeben zu gewähren, akzeptiert.

Das Bedürfnis, das eigene Verantwortungsbewußtseins zu entlasten, hat die Amerikaner dazu gebracht, gesellschaftliche Bewegungen zur Beseitigung des Bösen — auch mit illegalen, und wenn notwendig sogar mit gewalttätigen Mitteln — zu unterstützen. Ein wesentliches Element in jenen Konflikten, die im Bürgerkrieg ihren Höhepunkt erreichten, war die Tendenz beider Seiten, die andere als zutiefst verdorben, als Handlanger des Teufels anzusehen. Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen, die eng mit dem protestantischen Sektentum zusammenhängt, war bis vor kurzem mehr oder weniger ein amerikanisches Phänomen. Die Gegner des Vietnamkrieges erneuerten ein zwei Jahrhunderte altes protestantisches persönliches Verantwortungsbewußtsein, das den einzelnen dazu veranlaßte, ausschließlich seinem Gewissen zu folgen.

Eine Studie von Sol Tax von der University of Chicago, die versuchte, das Ausmaß von Antikriegs-Protest in der amerikanischen Geschichte zu vergleichen, kam zu der Schlußfolgerung, daß bis 1968 der Vietnamkrieg auf der Popularitätsskala an viertletzter Stelle unserer Konflikte mit einem ausländischen Feind stand. Mit der möglichen Ausnahme des Zweiten Weltkrieges bestand weit verbreitete Opposition gegen alle amerikanischen Kriege. Eine große Zahl von Menschen weigerte sich, den Krieg von 1812, den Mexikanischen Krieg, den Bürgerkrieg und den Korea-Krieg zu unterstützen.

Die Befürworter amerikanischer Kriege verstehen diese als Feldzüge im Sinne der Moral, die dazu dienen, monarchische Herrschaft zu beseitigen (Krieg von 1812), die katholischen Kräfte des Aberglaubens auszuschalten (mexikanischer Krieg), die Sklaverei abzuschaffen (Bürgerkrieg), den Kolonialismus in der westlichen Hemisphäre zu beenden

(Spanisch-Amerikanischer Krieg), die Welt für die Demokratie zu sichern (Erster Weltkrieg) und der totalitären Expansion Einhalt zu gebieten (Zweiter Weltkrieg). Im Gegensatz zu anderen Ländern verstehen sich die USA selten als eine Nation, die bloß ihren nationalen Interessen folgt. Da jeder Krieg ein Krieg zwischen Gut und Böse ist, ist das einzig akzeptable Resultat die bedingungslose Kapitulation des Feindes.

Der unentschiedene Kampf mit dem Kommunismus ist insbesondere für amerikanische Konservative ein Schlag gegen ihre Vorstellung einer gerechten Auseinandersetzung, die mit dem Sieg über den Satan enden muß. Amerikas anfängliche Reaktion auf den Kommunismus ließ keinen Kompromiß zu. Nach jedem bedeutenden kommunistischen Triumph — Rußland, China, Nordkorea, Kuba, Vietnam — haben die USA eine Phase durchlaufen, in der sie sich weigerten, den unverzeihlichen, hofentlich vorübergehenden Sieg des Bösen anzuerkennen. Dieses Verhalten steht im Gegensatz zu dem anglikanischer Konservativer wie Churchill oder katholischer Politiker wie de Gaulle, deren Gegnerschaft zum Kommunismus keine Nichtanerkennung oder Weigerung zur Kooperation beinhaltete. Auch Francos Spanien nahm bald nach seiner Machtübernahme Beziehungen zu Castro auf. Kanada unterhält unter einer konservativen Regierung Handelsbeziehungen zu Kuba und Nicaragua und kritisiert die amerikanische Politik in Zentralamerika.

Die Politik von Bewegungen, die solche Weltanschauungen vertreten, lebt bis heute fort. Amerikanische Konservative folgen diesen Leidenschaften in ihren Bemühungen, Abtreibung für verfassungswidrig zu erklären und die amerikanische Außenpolitik zu unterstützen. Genauso leidenschaftlich wenden sich amerikanische Liberale gegen die Hilfe an die nicaraguanischen Contras, versuchen, die Möglichkeit legaler Abtreibung offen zu halten, die sie als das Recht der Frauen definieren, über ihren Körper selbst zu bestimmen, und drängen auf volle Gleichheit der Rassen und Geschlechter. Beide halten ihre innenpolitischen Gegner für Befürworter unmoralischer Politik, wie das Verhalten bei den Anhörungen zur Iran-Contra Affäre deutlich machte.

IV.

Diese Unterschiede auf religiösem, politischem und ökonomischem Gebiet zwischen den Vereinigten Staaten und Europa kann man nicht nur zwischen Großbritannien oder Deutschland oder Europa im allgemeinen, sondern auch zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada entdecken. Die Vereinig-

ten Staaten sind das Land der Revolution, Kanada das Land der Konterrevolution. Die Vereinigten Staaten sind der Teil von Britisch-Nordamerika, der erfolgreich seine Selbständigkeit erlangte, während Kanada als das Gebiet angesehen wird, das britisch blieb. Diese unterschiedlichen Ausgangsla-

gen haben dazu geführt, daß Kanada im Hinblick auf die Bedeutung von Konservatismus und die Stellung der Sozialdemokratie eher Europa als den USA ähnelt. In Kanada wie in Europa beinhaltet Konservatismus Unterstützung für einen starken Staat, für die Monarchie und innerhalb gewisser Grenzen für staatliche Unterstützung der Kirche. Der Konservatismus in Kanada leitet sich aus dem Toryism ab. In Nordamerika wandten sich die Tories gegen die Revolution. Nach der Revolution zogen ungefähr 80 000 amerikanische Tories nach Kanada. Umgekehrt wanderten viele „Yankee-Bewohner“ des Gebietes, das ursprünglich nördliches Neuengland, New Brunswick und Nova Scotia war, in die neue Nation aus.

Während der Revolution gab es eine interessante Veränderung auf religiösem Gebiet. In Nova Scotia und New Brunswick dominierte die Congregational Church, wie fast überall in Neuengland vor der Revolution. Nach dem Vertrag von Paris im Jahre 1783 zogen die Pfarrer dieser Kirche nach Süden. Umgekehrt zogen viele anglikanische Geistliche nach Norden. So gab es eine Bevölkerungsverschiebung im politischen und religiösen Sinne innerhalb des Englisch sprechenden Nordamerikas.

Das katholische Quebec, das 1763 ein britischer Staat geworden war, blieb aus praktischen Erwägungen bei seinen Eroberern. Quebec wurde völlig von Geistlichen beherrscht, da fast alle säkularen Eliten nach der britischen Eroberung nach Frankreich zurückkehrten. Die Priesterschaft der Provinz verstand nur allzugut, daß sie mit den anti-päpstlichen puritanischen Yankees viel größeren Ärger haben würden als mit den britischen Anglikanern. Bald nach der Revolution ergaben sich noch andere gute Gründe, britisch zu bleiben. Die französische Revolution war anti-klerikal und materialistisch. Die frankophonen Geistlichen betrieben bewußt den Abbruch aller Kontakte mit Frankreich. Dies machte Quebec zur zweiten konterrevolutionären Gesellschaft. So wurde Kanada das Land der zwei Konterrevolutionen. Das englische Kanada wandte sich genauso wie das französische Kanada gegen die Amerikanische Revolution. Das französische Kanada lehnte ebenso die Französische Revolution ab.

In Kanada waren die Kerngedanken der dominanten Tory-Tradition immer ein starker Staat, gemeinschaftsbezogene Werte, Gruppensolidarität und Elitedenken. Der Staat unterhält immer noch von der Kirche kontrollierte Schulen. Verstaatlichte Industriezweige, von denen ein großer Teil von konservativen Regierungen geschaffen wurde, haben einen viel größeren Anteil als in den Vereinigten Staaten. Kanada gibt verhältnismäßig mehr für Sozialprogramme aus. Sein Strafverfolgungs- und Strafvollzugssystem ähnelt dem in Europa, das Verbrechensbekämpfung und die hoheitsstaatli-

chen Rechte in den Mittelpunkt stellt. In Amerika dagegen liegt die Betonung auf rechtsstaatlichem Verfahren und den Rechten des Angeklagten.

Obwohl Kanada heute von der konservativen Partei regiert wird, sind seine Gewerkschaften und die sozialistische Partei viel stärker als in den USA. Wie schon weiter oben erwähnt, gehören nur 17 Prozent der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitnehmer Gewerkschaften an. Die entsprechende Zahl für Kanada beträgt 40 Prozent. Die kanadischen Sozialdemokraten, die New Democratic Party (NDP), waren von drei Parteien in Umfragen 1987 stets an der Spitze und haben alle Nachwahlen gewonnen. Zudem unterstützen in Kanada alle drei Parteien, die Konservativen, die Liberalen und die NDP den Wohlfahrtsstaat.

In den USA dagegen ist Konservatismus immer noch mit Ablehnung staatlicher Eingriffe verbunden. Ronald Reagan und Milton Friedman, die beiden Namen, die diese Weltanschauung am besten verkörpern, repräsentieren den Konservatismus in den USA. Der Ausdruck bedeutet immer noch *laissez-faire*. Bis heute versteht man darunter die Ablehnung von Aristokratie und klassengebundener Hierarchie. Vor kurzem diskutierten in den April- und Juni-Ausgaben der britischen Zeitschrift „Encounter“ zwei führende transatlantische konservative Intellektuelle, Max Beloff (Lord Beloff) und Irving Kristol, den Sinn von Titeln. Kristol argumentiert, daß „einem in Großbritannien das Leben schwer gemacht wird durch oberflächliche, aber hartnäckige aristokratische Präntionen, die Chancengleichheit ausschließen und jedes Gleichheitsbewußtsein unterdrücken, das sich immer noch nicht richtig entfalten kann“. Daher stammten auch bei so vielen Briten die Frustrationen. „die das Leben in Großbritannien so freudlos, so voll von Resentiment machen“. Wie Tocqueville hebt er soziale und nicht ökonomische Gleichheit hervor, die es ermöglicht, „die anderen Ungleichheiten in der modernen Demokratie erträglich zu gestalten.“ Beloff, ein Tory, argumentiert dagegen, daß das, was den Konservatismus in Großbritannien heute schwächt, nicht seine verbliebenen Bindungen an die aristokratische Tradition seien, sondern seine angebliche Indifferenz gegenüber bestimmten Mißständen im Kapitalismus. Es sind nicht die Herzöge, die für unsere Stimmenverluste verantwortlich sind, sondern die ‚Übeltäter des großen Vermögens‘. Er fragt sich, „warum Mr. Kristol sich für einen ‚Konservativen‘ hält“, da er doch wie die meisten Amerikaner genauso unfähig ist, in irgendeinem wirklichen Sinne konservativ zu sein“. Lord Beloff kommt zu der Schlußfolgerung, daß „Konservatismus ein Tory-Element enthalten muß, sonst sei er nicht mehr als die alte ‚Manchester Schule‘“, und das heißt liberal.

Kanadas herausragendster konservativer Intellektueller George Grant betont in seinem Buch „Lament for a Nation“, daß „Amerikaner, die sich selbst Konservative nennen, nur in einem ganz bestimmten Sinne ein Anrecht auf diesen Titel haben. In Wirklichkeit sind sie klassische Liberale . . . Ihre Betonung von Freiheit vor staatlichen Eingriffen hat mehr mit dem Liberalismus des 19. Jahrhundert gemeinsam als mit dem klassischen Konservatismus, der das Recht der Gesellschaft auf Beschneidung der Freiheit zugunsten des Gemeinwohls behauptet“. Grant bedauert die Tatsache, daß der amerikanische Konservatismus mit seiner Betonung der Vorteile des Wettbewerbs und der Nähe zur Weltanschauung der Geschäftswelt, nur die Rechte des Individuums wahrnimmt, und die gesellschaftlichen Rechte und Pflichten ignoriert. Er stellt fest, daß es in der amerikanischen politischen Philosophie keinen Raum gibt „für den organischen Konservatismus, der dem Zeitalter des Fortschritts vorausging. In der Tat sind die Vereinigten Staaten die einzige Gesellschaft auf der Welt, die keine Traditionen aus der Zeit vor dem Fortschrittszeitalter kennen“. In seinen Schriften aus der Mitte der sechziger Jahre finden sich die Ideen von H. G. Wells wieder, die dieser ein halbes Jahrhundert früher geäußert hatte. „Die Rechte und die Linke in Ame-

rika sind nur verschiedene Abarten des Liberalismus.“

Dennoch muß man festhalten, daß die amerikanische Politik sich gewandelt hat. Die dreißiger Jahre führten zu qualitativen Veränderungen. Wie Richard Hofstadter geschrieben hat, brachten sie zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten ein „sozial-demokratisches Element“ nach Amerika. Die große Wirtschaftskrise löste zwar Begeisterung für Planung, den Wohlfahrtsstaat und den Staat als wichtigste Eingriffsinanz aus; der New Deal hatte gleichwohl keinen sozialistischen Anstrich. Franklin D. Roosevelt wollte zweifellos den Kapitalismus erhalten. Aber der New Deal verstärkte die staatsorientierten Tendenzen in der amerikanischen Politik, verbunden mit verstärkter öffentlicher Unterstützung für die Gewerkschaften. Die neue Arbeiterbewegung, die in der Form des CIO gleichzeitig mit dem New Deal ihren Aufstieg erlebte, war im Gegensatz zur AFL sozialdemokratisch in ihrer Orientierung. Und sogar Kommunisten und Sozialisten spielten eine wichtige Rolle in der Bewegung. Der CIO war politisch aktiver als der ältere Gewerkschaftsbund und war dafür verantwortlich, daß die Demokraten weiter nach links rückten.

V.

Die Wirtschaftskrise führte zu einer gewissen Europäisierung der amerikanischen Politik wie der Gewerkschaftsbewegung. Klassenzugehörigkeit wurde zunehmend zum Kriterium für Parteiidentifikation. Die Konservativen, die sich mehr und mehr bei den Republikanern sammelten, blieben anti-staatlich in ihren Einstellungen und betonten das laissez-faire, aber viele von ihnen waren bereit, eine aktive Rolle des Staates zu akzeptieren. Als Folge langanhaltenden Wohlstandes kehrte sich diese Entwicklung jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich um. Die Vereinigten Staaten wie andere Länder der entwickelten Welt haben eine Entwicklung hinter sich, die von vielen als ein wirtschaftliches Wunder angesehen wurde. Der Zeitraum von 1945 bis heute ist durch erhebliches Wachstum, das Fehlen größerer ökonomischer Einbrüche, höhere soziale Mobilitätsraten sowohl auf der Massen- wie auf der Elitenebene und durch eine enorme Expansion des Bildungssystems charakterisiert. Letzteres schlug sich darin nieder, daß die Zahl der Hochschulabsolventen von wenigen Millionen auf elf oder zwölf Millionen anstieg, was die soziale Mobilität beschleunigte. Die Vereinigten Staaten waren ökonomisch besonders erfolgreich und Europa und Japan im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze deutlich überlegen.

Eine Konsequenz dieser Entwicklung, die in den USA stärker ausgeprägt ist als in Europa oder Kanada, war die Wiederbelebung der klassischen liberalen Weltanschauung, das heißt des amerikanischen Konservatismus. Die Klassenspannungen, die von der Wirtschaftskrise ausgelöst worden waren, haben nachgelassen, was sich in dem Niedergang der Arbeiterbewegung widerspiegelt. Die Mitgliederzahl in amerikanischen Gewerkschaften, die 1955 34 Prozent der nicht-landwirtschaftlichen Erwerbspersonen erreichte, ist seitdem ständig zurückgegangen. In Kanada dagegen nahm die Gewerkschaftsmitgliedschaft von 25 Prozent am Ende des Zweiten Weltkrieges, über 33 Prozent in der Mitte der fünfziger Jahre, auf 40 Prozent Anfang der achtziger Jahre zu, was die amerikanische Rate um das Doppelte übertraf. Schon bevor Ronald Reagan ins Weiße Haus einzog, hatten die Vereinigten Staaten niedrigere Steuersätze, einen weniger ausgebauten Wohlfahrtsstaat und weniger verstaatlichte Industrien als fast alle anderen Industrienationen.

Ironischerweise erwies sich der Vietnamkrieg, ein Ereignis, das eine massive linke Protestbewegung auslöste, als Katalysator für die Wiederbelebung des amerikanischen Konservatismus. Diese Protestwelle löste eine echte Autoritätskrise aus, die

die Infragestellung traditioneller Normen und Verhaltensweisen in vielen Lebensbereichen zuließ und dazu ermutigte: Sex, Drogen, Kleidung, Familie, Erziehung, Rassenbeziehungen und vieles mehr. Die in diesen Bereichen erfolgten Veränderungen, die von der Öffentlichkeit mit der politischen Linken in Verbindung gebracht wurden, lösten eine Gegenreaktion bei vielen Menschen mit geringerem Bildungsstand sowie armen und religiösen Wählergruppen aus, die mit den Konservativen eine Koalition eingingen. In seinem erfolgreichen Wahlkampf für den Gouverneursposten von Kalifornien war Ronald Reagan der Repräsentant dieser neuen Entwicklung. Er verband einen an Barry Goldwater erinnernden Wahlkampf für *laissez-faire*, niedrige Steuern und Ablehnung staatlicher Eingriffe mit einer Attacke auf die Studentenrevolte von Berkeley und die Studentenunruhen im allgemeinen, auf Drogenmißbrauch und sexuelle Freizügigkeit.

Die sozialen Prozesse, die den ökonomischen Konservatismus stärkten, begünstigten auch einen neuen Typus linker Politik in allen Ländern der entwickelten Welt, nicht nur in den USA, wo er zuerst in großem Maßstab auftauchte. Veränderungen in den ökonomischen und beruflichen Strukturen, verbunden mit einem immer größeren Anteil an Hochschulabgängern, führte zu einer massiven Ausweitung der Intellektuellenschicht und brachte eine „neue Klasse“ hervor. Obwohl diese Schicht eine Massenbasis für sozialen Protest abgab, zeigte sie wenig Interesse an materiellen Themen, wie zum Beispiel Wirtschaftswachstum, Gewerkschaftsrechten oder Sozialpolitik. Sie war vielmehr an einer Verbesserung der Lebensqualität interessiert, an nicht-ökonomischem Liberalismus, an dem, was Ronald Inglehardt „Post-Materialismus“ genannt hat: eine pazifistische Außenpolitik, Betonung der Umweltproblematik, Gleichheit zwischen den Rassen, Gleichberechtigung der Geschlechter,

Toleranz gegenüber Homosexuellen. Diese Themen, die in der Bundesrepublik Deutschland am ehesten mit den GRÜNEN in Verbindung gebracht werden, sind in Amerika vom „new politics“-Flügel der Demokraten besetzt worden, der von Führungspersönlichkeiten wie George McGovern und Gary Hart repräsentiert wird. Für sie setzt sich immer mehr die Bezeichnung Neoliberaler durch. Sie befürworten einen Abbau staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft und staatlicher Sozialprogramme, weshalb man sie auch als Teil der Wiedergeburt des klassischen Liberalismus verstehen kann.

Libertarianism (ein Begriff, der von Befürwortern freier Marktwirtschaft benutzt wird, um eine Verwechslung mit dem sozialdemokratischen oder New-Deal-Liberalismus zu vermeiden) erlebte auch innerhalb der neuen Linken der sechziger und siebziger Jahre (der amerikanischen Studentenbewegung und ihren Verbündeten) eine Wiedergeburt. Diese Bewegung, aus der der SDS, die Students for a Democratic Society, hervorsticht, war nicht sozialistisch. Sie war vielmehr quasi-anarchistisch und anti-staatlich eingestellt. Einige ihrer Führerpersönlichkeiten wie Noam Chomsky arbeiteten mit marktwirtschaftlich orientierten libertarians zusammen, die für Steuersenkungen und die Zurückdrängung von Staatsmacht eintraten. Die Persönlichkeit in der sozialistischen Tradition, die auf die meiste Resonanz bei der neuen amerikanischen Linken stieß, war die deutsche Revolutionärin Rosa Luxemburg, an der man die staatskritische Haltung und den Antibolschewismus schätzte. Die SDS-Gruppe am Massachusetts Institute of Technology, auf die Chomsky den stärksten Einfluß hatte, nannte sich „Rosa-Luxemburg-Zelle“. Diese Bezeichnung legt nahe, daß der letzte bedeutende Versuch zur Wiederbelebung des amerikanischen Radikalismus mehr Gemeinsamkeiten mit dem Anarchismus als mit dem Sozialismus hatte.

VI.

Mit Blick auf den heutigen amerikanischen Konservatismus sollte man beachten, daß seine Politik sich nicht auf Versuche beschränkt, die Rolle des Staates zurückzudrängen, Steuern zu senken, und die Wirtschaft zu deregulieren. Sie ist unnachgiebig anti-kommunistisch und anti-sowjetisch und betont deshalb auch die Notwendigkeit militärischer Verteidigung, was natürlich sehr kostspielig ist. Aufgrund ihres ungebrochenen Antikommunismus in der Außenpolitik haben die traditionellen Konservativen in den siebziger Jahren ein Bündnis mit sozialdemokratischen und ex-trotzkistischen Intellektuellen geschlossen, die früher zwar einmal bei den Linken zu finden waren, aber ebenso kompro-

mißlos anti-sowjetisch waren. Angesichts ihres Streites mit den Hauptströmungen des amerikanischen Liberalismus in außenpolitischen Fragen ging man dazu über, diese Liberalen (oder Sozialdemokraten) mit einer harten Linie in der Außenpolitik als Neokonservative zu beschreiben (der Begriff ist von Michael Harrington, dem Führer der Demokratischen Sozialisten erfunden worden mit dem Ziel, sie von der Hauptströmung links-liberaler Couleure zu unterscheiden). Trotz ihrer geringen Anzahl haben die Neokonservativen, besonders Irving Kristol, Jeane Kirkpatrick und Norman Podhoretz, die zu den Republikanern überwechselten, eine wichtige Rolle bei der intellektuellen

Artikulation der konservativen Bewegung in Amerika, besonders im außenpolitischen Bereich, gespielt.

Die Konservativen erhielten wichtige Wahlunterstützung von den religiösen Traditionalisten, die hauptsächlich weiße Mitglieder fundamentalistischer protestantischer Sekten sind. Die religiöse Rechte war beunruhigt über den Niedergang traditioneller Moralvorstellungen, die sich in sexuellen Freiheiten, der Ausbreitung von Drogenkonsum, dem Verbot von Gebeten in öffentlichen Schulen, der Legalisierung von Abtreibung, der Schwächung von Autorität in Familie und Schule, dem Entstehen des Feminismus, der Homosexuellenbewegung und zu einem gewissen Grad in der zunehmende Betonung rassistischer Gleichheit manifestierte. Die Fundamentalisten sind überproportional unter traditionell demokratischen Wählergruppen vertreten: den weniger gebildeten Bürgern mit niedrigerem Einkommen aus den Südstaaten. Diese Anhänger konservativer religiöser Wertvorstellungen, die früher größtenteils unpolitisch waren, sind sehr offen gegenüber ideologischen Tendenzen, die ihre Basis bei den wirtschaftlich Wohlhabenden haben. Sehr unterschiedliche Elemente verbergen sich hinter der Weltanschauung, die Ronald Reagan artikuliert; sie ist von *laissez-faire*, Moralismus und einer ausgeprägten antikommunistischen und patriotischen Haltung geprägt.

Die moderne konservative Ideologie enthält jedoch Widersprüche, die ihre ablehnende Haltung gegenüber einem starken Staat relativieren. Antikommunismus ist mit der Unterstützung für eine Position der militärischen Stärke verbunden, was natürlich einen starken Staat und hohe Haushaltsansätze impliziert. Die Weltanschauung der protestantischen Sekten stärkt die Bereitschaft, staatliche Gewalt zur Beseitigung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen einzusetzen. Deshalb fordern sie Gesetze gegen Pornographie und Abtreibung. Viele Konservative scheinen der Meinung zu sein, daß man staatliche Gewalt für die Durchsetzung moralischer Vorstellungen, nicht aber für wirtschafts- oder sozialpolitische Ziele einsetzen sollte. Als Reaktion auf diese Widersprüche haben einige Anhänger des klassischen Liberalismus eine dritte Partei gebildet, die „Libertarians“. Diese Gruppierung befürwortet ein *laissez-faire* Wirtschaftssystem, einschneidende Kürzungen im Verteidigungshaushalt und die fortgesetzte Legalisierung der Abtreibung. Sie wendet sich gegen das Verbot von Pornographie. Obwohl sie immer noch recht klein ist — sie erreicht noch nicht einmal eine Million Wählerstimmen — ist sie bei weitem größer als die verbliebenen sozialistischen Sekten.

Der Hauptgruppe der Konservativen, die größtenteils in der republikanischen Partei organisiert sind, könnte vielleicht ein Phänomen zur Hilfe kommen, das sich möglicherweise als das wichtigste unserer Zeit erweisen wird, nämlich AIDS. AIDS könnte die Politik auf der Welt völlig verändern. Diese Krankheit wird politisch mit der Linken in Verbindung gebracht, da ihre Ausbreitung in einem Zusammenhang mit deren Kampagne für Rechte von Homosexuellen, sexueller Freizügigkeit und einer neuen freieren Moral und dem Niedergang der Religion gesehen wird. Fundamentalistische Prediger sprechen von AIDS wie von einem Fluch, der von Gott gesandt wurde, um die sexuellen Sünder zu strafen. Wie die Ausbreitung der Syphilis, die zu dem Entstehen des Puritanismus geführt hat, könnte AIDS die religiöse Rechte stärken.

Man darf jedoch nicht den Schluß ziehen, daß diese konservative Allianz zwangsläufig die nächsten Präsidentschaftswahlen gewinnen oder zur dominanten politischen Kraft in Amerika aufsteigen wird. Dafür spricht allerdings, daß die Republikaner sechs der letzten neun Präsidentschaftswahlen gewonnen haben. Schon vor der Enthüllung des Iran-Contra Skandals hatten die Demokraten wieder die Kontrolle über beide Häuser des Kongresses erlangt. Sie gewannen die Kongreßwahlen von 1986 deutlich. Umfragen verweisen darauf, daß Gleichheit ein bedeutender Wert innerhalb der traditionellen amerikanischen Weltanschauung bleibt, der die Fürsorge für die Unterprivilegierten und Unterstützung für Maßnahmen, die ihnen Chancen eröffnen und die die weniger Begünstigten beschützen, motiviert. Derartige Maßnahmen vermittelt man den Amerikanern am besten, wie Lyndon Johnson es formuliert, als Schritte zu größerer Chancengleichheit, nicht zur Herstellung gleicher Resultate. In seinem Plädoyer für die Reformprogramme der „Great Society“ verwendete Johnson folgende Analogie: Jeder befindet sich in einem Rennen um sozialen Aufstieg, aber viele — die Schwarzen und die Armen — haben keine Chance zu gewinnen, da sie das Rennen mit Ketten an den Füßen beginnen. Es ist Aufgabe des Staates, die hinderlichen Ketten zu sprengen, indem er Slums beseitigt, für gute Bildungsangebote sorgt, alleinstehenden Müttern hilft und so die sozialen Bedingungen schafft, die es den Unterprivilegierten erlauben, an dem Rennen mit der Aussicht auf Erfolg teilzunehmen. Die liberale Betonung staatlicher Verantwortung für die Ausweitung von Chancengleichheit findet immer noch bei den meisten Amerikanern Resonanz, wenn sie auch die Herstellung der Gleichheit von Resultaten aufgrund staatlicher Eingriffe ablehnen.

VII.

Schließlich gilt zu beachten, daß der europäische Tory-Konservatismus sich amerikanisiert und eine Liberalisierung im Sinne des 19. Jahrhundert durchmacht. Margaret Thatcher ist die Hauptvertreterin und die einflußreichste Führerin der neuen europäischen Ausrichtung. Sie ist eine konservative amerikanische Zuschnitts, eine eingeschworene Anhängerin Milton Friedmans. Als klassische Liberale schätzt sie die aufstiegsbewußte Mittelschicht mehr als die Aristokraten. Der Economist bemerkte vor längerer Zeit über ein neu berufenes Kabinettsmitglied, daß er ein typischer Thatcher Typ sei, nämlich jemand, der das öffentliche Schulsystem durchlaufen hat, jüdisch ist und zur Mittelschicht gehört. Die Aristokratie zeigt wenig Hochachtung für Margaret Thatcher, gerade weil sie eine bürgerliche Liberale ist.

Harold Macmillan, der letzte große Tory, empfand nur Verabscheuung für sie. Er beschrieb einmal Toryism als paternalistischen Sozialismus. Als Thatcher vor zwei Jahren den Bergarbeiterstreik brach, erschien der Neunzigjährige im House of Lords, um die Bergarbeiter zu preisen und Thatchers Politik anzugreifen. Er argumentierte, daß die Bergarbeiter zu unserem Volk gehörten, daß sie während der Kriegsjahre hingebungsvoll Kohle gefördert hätten und daß sie loyale englische Bürger seien, die Thatcher wie Feinde behandelte. Macmillan gab der gleichen Gefühlshaltung Ausdruck wie die Konservativen im 19. Jahrhundert. Wie Max Beloff bemerkte, sind noch viele in der konservativen Partei Tories und nicht Liberale.

In Frankreich, wo die Rechte ausgesprochen staatsorientiert war, sind die Konservativen gezwungen worden, symbolische Verbeugungen vor dem Liberalismus zu machen. Ja, sie beschreiben sich jetzt selbst sogar als Liberale. Jacques Chirac und Valéry Giscard d'Estaing stellen die Tagesprobleme als Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Sozialismus dar. Staatsorientierung bleibt jedoch in der französischen politischen Klasse tief verwurzelt.

Man muß jedoch festhalten, daß die Bewegung für den klassischen Liberalismus eine internationale Bewegung ist. Bezeichnenderweise sind in ihr viele Sozialisten und Kommunisten vertreten. Man hat einmal gesagt, daß wir alle Sozialisten seien. Jetzt scheinen wir an einem Punkt angelangt zu sein, wo wir alle Liberale sind, sogar die Sozialisten und Kommunisten. Den Führern der unterschiedlichen Systeme ist die Einsicht gemeinsam, daß der Staat nicht effizient funktioniert, daß der Markt besser arbeitet als eine staatliche Planungskommission, daß Arbeiter und Manager ökonomische Anreize brauchen. Die stärksten Meinungsäußerungen in dieser Richtung kommen von Oppositionellen in der kommunistischen Welt, wenn auch die Herrschenden dort sich in die gleiche Richtung bewegen. Da aber alle Trends einmal an ihr Ende gelangen, wird es diesem wahrscheinlich ebenso ergehen. Der ökonomische Liberalismus wird Unglück und Entfremdung nicht beseitigen können. Er wird seine Krisen haben, und die Menschen werden sich wieder an den Staat wenden, aber eine derartige Kehrtwende wird sich nicht in naher Zukunft ereignen.

Über die Europäisierung Amerikas

I. Elemente deutscher Amerikabilder

Vorstellungen, die in der Bundesrepublik Deutschland über die USA verbreitet sind, haben in den vergangenen Jahren vermehrt die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Entsprechende Debatten wurden ausgelöst von den militärpolitischen Kontroversen um den NATO-Doppelbeschluß und die Nachrüstung. Die Befürworter der Nachrüstung warfen deren Kritikern auf der linken Mitte des politischen Spektrums Antiamerikanismus vor. Letztere revanchierten sich, indem sie den Exponenten der rechten Mitte Vasallentreue gegenüber den USA und die Mißachtung sogenannter deutscher Interessen ankreideten. Das deutsch-amerikanische Verhältnis avancierte so zum Prüfstein politischer Tugenden. Inzwischen sind die Vorwürfe des Antiamerikanismus und der vaterlandslosen Vasallentreue für die propagandistische Selbstinszenierung der Parteien unbrauchbar geworden. Die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsinitiativen haben die vormaligen Freunde der amerikanischen Politik enttäuscht, während die ehemaligen Opponenten des Nachrüstungsbeschlusses ihre Abrüstungsinteressen jetzt auch bei den USA gut aufgehoben fühlen könnten.

Daß Einstellungen gegenüber den USA als Ausweis politischer Tugenden verstanden werden, hat in Deutschland eine lange Geschichte. Im Mittelpunkt deutscher Amerikabilder steht dabei seit jeher der westliche Individualismus. Die Maßstäbe, an denen er gemessen wird, ergeben sich aus den jeweils vorherrschenden Einstellungen gegenüber der Demokratie und der Marktwirtschaft¹⁾. Die antidemokratische Rechte hat ebenso wie die kommunistische Linke die USA stets unter einem abwertenden Blickwinkel betrachtet. Die feudalistisch-reaktionäre Rechte, das deutsch-national gesonnene Bürgertum und das Bildungsbürgertum einschließlich der meisten Intellektuellen haben der liberalen Demokratie und dem Kapitalismus stets mißtraut und folglich auch jener Gesellschaft, in der beide, so wie in kaum einer anderen, institutionalisiert sind²⁾. Antiindividualistische Motive kennzeichnen auch den Kommunismus in seiner leninistischen Variante. Der Amerikanismus als Utopie eines Vereins freier Menschen ist hier stets auf Ablehnung gesto-

Ben. Die USA-Kritik der neuen Linken ist ganz anders gerichtet als die des dogmatischen Kommunismus. Sie zielt nicht auf diese Utopie, sondern darauf, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Realisierung im Wege stehen. Entsprechende Analysen thematisieren deswegen auch nicht die nationalen Spezifika der amerikanischen Gesellschaft, sondern deren ökonomische Grundstruktur, die derjenigen der Bundesrepublik und anderer westlicher Staaten grundsätzlich gleicht.

Die rechte Mitte in Deutschland rühmt sich heute ihrer politischen Nähe zu den USA und befürchtet davon nicht mehr Dekadenz und nationalen Substanzverlust. Die linke Mitte hat zahlreiche Verhaltens Elemente der amerikanischen Tradition in sich aufgenommen und erblickt im westlichen Individualismus nicht mehr einen Gegensatz zu sozialistischen Utopien, sondern fordert eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse gerade im Namen jener Tradition. Diese beiden politisch-kulturellen Trends, die kennzeichnend sind für die Bundesrepublik Deutschland, haben den Antiamerikanismus zu einer bloßen Randerscheinung gemacht. Daß er kein Massenphänomen mehr ist, zeigen auch Meinungsumfragen. Wie immer deren Aussagekraft zu veranschlagen ist, auf anti-amerikanische Ressentiments lassen sie nicht schließen. „Mögen Sie eigentlich die Amerikaner oder mögen Sie sie nicht besonders?“ So fragte das Allensbacher Institut für Demoskopie im Jahre 1985 einen Querschnitt der Bevölkerung und erhielt folgende Antworten: (siehe Tabelle auf der folgenden Seite).

Nur eine kleine Minderheit äußerte, Amerikaner nicht besonders zu mögen. Am ehesten neigten noch Sympathisanten der GRÜNEN zu dieser distanzierten Einstellung. In dieser Distanz mögen sich vereinzelt auch Motive eines Antiamerikanismus äußern. Bei der Interpretation dieser Daten ist aber das Folgende zu bedenken: Die Sympathisanten der GRÜNEN bilden in ihrer Mehrheit eine Subkultur, in der die Errungenschaften der amerikanischen Massenkultur vermutlich höher geschätzt werden als in irgendeiner anderen sozialen Gruppe. Die alternative Gegenkultur ist fasziniert von amerikanischen Umgangsformen, von amerikanischer Musik, von legerer Kleidung, und sie praktiziert mit ihren sit-ins, go-ins, teach-ins Formen politischer Auseinandersetzung, die in den USA ihren Ursprung haben. Die Gleichzeitigkeit

¹⁾ Vgl. G. Schwan, Das deutsche Amerikabild seit der Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/1986.

²⁾ Vgl. F. Trommler (Hrsg.), Amerika und die Deutschen, Opladen 1986.

**Das Amerikabild nach parteipolitischer Affinität
(in Prozent)**

Frage: „Mögen Sie eigentlich die Amerikaner, oder mögen Sie sie nicht besonders?“ (Mai 1985)

	Gesamtbevölkerung	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE GRÜNEN
Mag sie	52	64	46	64	36
Mag sie nicht	18	11	26	15	31
Unentschieden oder keine Antwort	30	25	28	21	33
	100	100	100	100	100

Quelle: E. P. Müller, *Antiamerikanismus in Deutschland*, Köln 1986, S. 40.

dieser kulturellen Vorlieben für Amerikanismen und einer kritischen Haltung gegenüber der amerikanischen Außenpolitik lassen es nicht zu, die politische Distanz der Grün-Alternativen gegenüber den USA einfach als Antiamerikanismus zu charakterisieren. Ironischerweise hat die schon in den fünfziger Jahren unruhige Jugend ihre Vorliebe für Amerikanismen gegen die Anwälte kultureller Restauration durchgesetzt, die sich — damals nicht anders als heute — als Freunde der USA ausgaben. Die zitierte Meinungsumfrage zeigt auch: Der Antiamerikanismus als Kehrseite der konservativen Sorge um nationale Werte hat heute auch bei CDU-Anhängern keine Basis mehr.

Zuverlässiger als Meinungsumfragen indiziert die kulturelle Alltagspraxis das Verhältnis des breiten Publikums zur amerikanischen Massenkultur. Hier versucht man, es sich wohlsein zu lassen bei amerikanischen Fernsehserien, Musik, Freizeitmode, Hamburgern, Coca-Cola und anderen Erregenschaften, die für die amerikanische Lebensart stehen. Daß sich so viele Menschen in Deutschland — wie übrigens auch in zahlreichen anderen Ländern — von diesem Lebensstil angezogen fühlen, hat vielfältige Ursachen. Eine davon wird deutlich, wenn man fragt, welche Umgangsformen durch die amerikanische Massenkultur abgelöst werden. Vergleicht man den Aufenthalt in einer Verkaufsstelle für Hamburger und in einem Restaurant älteren Typs, dann gewinnt man eine Idee davon. Beim Verzehr von Hamburgern sind keinerlei Normen einer ständischen Lebensführung zu beachten. Die Frage, wie man sich benimmt, und damit die Sorge, daß der öffentliche Auftritt mißlingen könnte, brauchen deswegen hier niemanden zu beunruhigen. Hier spürt jedermann, daß er ausschließlich nach Maßgabe seiner Kaufkraft bedient wird, und daß Preis und Gegenleistung, die Aufmerksamkeit der Bedienung eingeschlossen, ausschließlich dem Tauschprinzip folgen. Die Verhält-

nisse sind zwar hoch standardisiert, aber egalitär. Niemand wird ständisch diskriminiert, und jedermann wird wegen seiner Kaufkraft ernst genommen. Das vom Profitinteresse motivierte Bemühen, es dem Kunden recht zu machen, gleichviel welcher sozialen Kategorie er zugehörig ist, wird offenkundig als attraktiv empfunden. Das zeigt sich nicht zuletzt an der besonderen Vorliebe, mit der Kinder sich hier bedienen lassen. Sie, die andernorts in Deutschland noch immer nicht recht ernst genommen werden, spüren sehr gut, daß sie in den Hamburger-Ketten zählen und den Erwachsenen gleichgestellt sind.

Der Schnellimbiß taugt als Beispiel, um noch eine andere Seite des wirtschaftlichen Fortschritts der USA hervorzuheben. Das ökonomische Tauschprinzip hat mit den Normen ständischer Lebensführung und Abhängigkeiten gebrochen. Aber dadurch ist der Weg nicht nur frei geworden für individuelle Selbständigkeit, sondern auch für die Ausbildung privatwirtschaftlicher und staatlicher Großorganisationen. Sie nehmen immer mehr Lebensbereiche in ihren bürokratischen Griff. Die Hamburger-Ketten stehen an der Spitze dieses Fortschritts: Die Herstellung der Hamburger folgt zentralisierter Kontrolle, das Produkt ist standardisiert, ebenso wie die Art des Verzehrs und das Bedürfnis, das es erzeugt. Die Fremdbestimmung von Arbeit und Konsum, die hier so sinnfällig werden, ist weltweit, auch wenn sie im öffentlichen Bewußtsein allein für die amerikanische Lebensart steht.

So scheinen uns die Amerikaner auf dem Weg in die kommerzialisierte Massengesellschaft atomisierter Individuen ein paar Schritte voraus zu sein: Mehr als andernorts, so glauben wir, sind hier soziale Bindungen und Solidarität individualistischer Entwurzelung zum Opfer gefallen. Der Sinn für höhere Werte, so scheint es, ist hier besonders radikal der engherzigen Kalkulation von Vor- und Nachteilen geopfert, die Kultivierung der Sinne hat ihre

Grundlagen verloren im flachen Massenkonsum. Amerikaner gelten uns als technizistische Draufgänger und hemmungslose Konsumfetischisten, die, weil sie den Sinn für Tradition verloren haben, bedenkenlos auf alles Neue setzten, wenn es nur effizienter und profitreicher ist als das Alte oder den oberflächlichsten Genüssen dient. Die amerikanischen Verhältnisse gelten in all diesen Hinsichten als die fortgeschrittensten.

Das Bild des amerikanischen Vorreiters auf dem Weg bürgerlicher Selbsterstörung kann sich darauf berufen, daß sich das privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftssystem in den USA früher durchsetzen konnte als in Deutschland und dabei auf viel weniger Widerstände stieß. Mit den vorbürgerlichen Herrschaftsverhältnissen hatten die ersten Siedler innerlich und äußerlich radikal gebrochen. Sie waren von der Utopie einer bürgerlichen Gesellschaft beseelt, in der jeder sein Glück machen könne. Mißtrauen gegenüber staatlicher Macht und Vertrauen in die Kräfte des Individuums wurden zur politischen Tugend, und der freie Markt schien beiden bestens zu entsprechen³⁾.

Das in Deutschland so verbreitete kulturkritische Bild der USA enthält nicht nur plausible Elemente, sondern auch solche, die der Realität gänzlich unangemessen sind. Denn die Entwicklung der westlichen Gesellschaften folgt einem anderen Pfad als dem, auf dem wir die Vereinigten Staaten als Vorreiter zu erkennen glauben. Die beklagten Phänomene westlicher Kulturdestruktion sind an erster Stelle nämlich nicht bedingt durch die Ausweitung des Tauschprinzips als gesellschaftlicher Organisationsform, sondern durch die Bürokratisierung der Lebensverhältnisse.

Das marktwirtschaftliche System freier Verträge zwingt die Tauschpartner zur wechselseitigen Anerkennung ihrer Bedürfnisse und Interessen und wurde deswegen, zusammen mit der demokratischen Öffentlichkeit und der bürgerlichen Familie zur Grundlage individueller Autonomie. An den Tauschverhältnissen hat man zu Recht kritisiert, daß sie die Individuen in ein Verhältnis bringen, in dem sie sich wechselseitig zur Ware werden, sich also wie Sachen behandeln. Die Versachlichung der sozialen Beziehungen, die mit dem Tauschprinzip institutionalisiert ist, wird aber übertroffen von derjenigen, die die Bürokratien erzwingen⁴⁾. In der Kultur des Tauschens und des Gewinnes ist es legitim, daß die Beteiligten ihre Interessen anmelden, auch wenn diese Interessen entfremdete sind. In der bürokratischen Kultur des Fachmenschentums ist aber nicht einmal dies mehr erlaubt. Der Fachmann muß sich rein sachlich verhalten, eigene In-

teressen zurückstellen und sich in selbstvergessener, fragloser, mechanischer Disziplin in den Dienst einer Sache stellen. Die Entwicklung der westlichen Gesellschaften zeichnet sich dadurch aus, daß private, vor allem aber staatliche Großbürokratien auf Kosten marktförmiger Tauschbeziehungen an Bedeutung gewinnen. Hierin und nicht, wie häufig unterstellt, in der Kommerzialisierung der sozialen Verhältnisse besteht der gesellschaftliche Fortschritt.

Die Ausweitung der Bürokratien hat nicht nur ständische Restriktionen zerstört, sondern auch bürgerliche Selbständigkeit, wo sie einmal entstanden war. An ihrer Stelle sind andere soziale Existenzformen getreten, die des abhängig Beschäftigten, des Kunden, des Klienten und Mitglieds großer Bürokratien. Sie lassen dem einzelnen wenig Einflußmöglichkeit und deswegen auch wenig Veranlassung für die Kultivierung weiterreichender Engagements. Von dem bürgerlich revolutionären Gedanken individueller Autonomie ist kaum mehr geblieben als der Rückzug der Individuen auf die allerunmittelbarsten Eigeninteressen. Die Hoffnung auf Emanzipation ist zusammengeschrumpft auf den Glauben an technischen Fortschritt und wachsenden Konsum.

In der bürokratischen Versachlichung der sozialen Beziehungen stimmt das Wirtschaftssystem der USA mit dem der Bundesrepublik Deutschland überein. Aber worin sich beide Kulturen unterscheiden, ist nicht amerikanische Traditionslosigkeit und kulturelle Stabilität auf Seiten der bundesdeutschen Gesellschaft. Was uns am spezifisch amerikanischen Verhalten als Ausdruck massengesellschaftlicher Traditionslosigkeit erscheint, ist in Wahrheit gerade traditionsbestimmt. Und diese individualistische Tradition bietet einen gewissen Schutz gegen die entpersönlichenden Wirkungen der bürokratischen Gesellschaft. Diese Tradition ist aber in den USA mit ihren radikal demokratischen Ursprüngen bedeutungsvoller gewesen als in Europa. Gegenüber den Kräften der Gesellschaft sind die staatlichen Bürokratien der USA stets viel schwächer gewesen als diejenigen Europas, und deswegen ist die Verstaatlichung der Lebensverhältnisse dort viel langsamer vorangekommen. So scheint es, als wären wir die Vorreiter auf dem Entwicklungspfad der bürokratischen Gesellschaft und die Amerikaner die darin rückständige Nachhut.

Die Stabilität amerikanischer Traditionen entgeht dem deutschen Auge leicht. Denn wir legen dem an Amerikanern beobachteten Verhalten einen Sinn bei, wie er uns aus unseren eigenen Erfahrungen vertraut ist. Diesen Sinn gewinnen wir aus den in Deutschland geltenden kulturellen Bedeutungen und Normen. Die unterscheiden sich aber gerade von dem, was den spezifischen Charakter der amerikanischen Kultur ausmacht. Die folgenden Be-

³⁾ Vgl. A. M. Tocqueville, *Democracy in America*. New York 1945.

⁴⁾ Vgl. M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen 1972.

richte machen dies deutlich. Sie zeigen zum einen, wie sehr sich die Verhältnisse in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland gleichen. Sie verdeutlichen zugleich spezifische Differenzen, die sich aus unterschiedlichen Traditionen ergeben. Sie werfen ein Licht auf die Tradition eines radikalen Individualismus und auf politische Utopien, die

selbst die Forderungen grüner Fundamentalisten als „ausgewogen“ und einfalllos erscheinen lassen. Sie zeigen auch, wie die bürokratische Staatsmacht ihnen ein Ende setzt. Man kann das in allen Bereichen des amerikanischen Alltags erkennen. Hier soll allein vom religiösen Leben und von Schulen die Rede sein.

II. Die frommen Revolutionäre

Vergleicht man die bundesdeutsche mit der amerikanischen Gesellschaft, dann sind die Gleichartigkeiten der beiden unübersehbar. Faßt man die Differenzen zwischen beiden ins Auge, dann ist an hervorragender Stelle der amerikanische Traditionalismus zu nennen. Das wird greifbar im religiösen Leben der Amerikaner. Es unterscheidet sich von dem deutschen durch Intensität, organisatorische Formen und die Inhalte der religiösen Überzeugungen.

Das religiöse Leben in den USA ist von einer Intensität, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht ihresgleichen hat. Ein Zerrbild davon ist bei uns durch die Berichte über den protestantischen Fundamentalismus entstanden. Derartige fundamentalistische Wiedererweckungsbewegungen hat es in den USA immer wieder gegeben; sie sind die Reaktion des ländlichen und kleinbürgerlichen Amerika auf die Liberalisierungstendenzen der verstärktesten Mehrheit. Die politische Bedeutung der lautstarken Fundamentalisten wird aber weithin überzeichnet. Seit dem Höhepunkt der konservativen Welle 1981 sind sie in Schwierigkeiten geraten, teils, weil die Beiträge nicht mehr so großzügig fließen, teils, weil ihre Einpeitscher sich moralisch diskreditiert haben, und teils, weil die Konflikte zwischen religiösen und weltlichen Konservativen das Fassungsvermögen der Republikanischen Partei zu sprengen drohen.

Weniger fernsehwirksam, aber insgesamt doch um so wichtiger, sind die lokalen religiösen Gemeinden. Amerikaner sind im allgemeinen Mitglied einer örtlichen Religionsgemeinschaft, die mit freiwilligen Beiträgen unterhalten wird. Diese örtlichen Gemeinden schließen sich einer Vielzahl religiöser Vereinigungen an. Im Jahre 1984 gab es mehr als 338 000 solcher Organisationen.

Ein Licht auf das religiöse Engagement der Amerikaner werfen auch internationale Vergleiche. Umfragen zufolge besuchen fast die Hälfte der Amerikaner, aber nur weniger als 10 Prozent der Bundesdeutschen sonntags regelmäßig einen Gottesdienst. Eine Gallup-Umfrage ergab, daß 41 Prozent der Amerikaner mit Collegeabschluß „in der vergangenen Woche einen Gottesdienst besucht“ hatten; der entsprechende Anteil der Befragten ohne High-

schoolabschluß betrug 38 Prozent, die Anteile der übrigen Bildungsgruppen lag dazwischen. 81 Prozent der Collegeabsolventen glauben, Gott sei ein himmlischer Vater, zu dem man mit Gebeten vordringen könne, von den Befragten ohne Highschoolabschluß waren sogar 93 Prozent dieser Meinung. 22 Prozent der Collegeabsolventen berichteten von persönlichen Wiedererweckungserlebnissen, unter denen ohne Highschoolabschluß waren es sogar 40 Prozent. Interessant ist, daß religiöses Engagement besonders stark entwickelt ist unter Protestanten und nicht, wie bei uns, unter den Katholiken⁵⁾.

Kennzeichnend für die Organisation des religiösen Lebens in den USA sind, anders als in Deutschland, nicht staatlich privilegierte und hoch bürokratisierte kirchliche Organisationen mit politischen Machtansprüchen. Die Amerikaner kennen zwar auch Kirchenanstalten — die katholische Kirche versammelt heute in den USA die größte einzelne Glaubensgemeinschaft; sie ist aber die Kirche der gesellschaftlich nicht so erfolgreichen Minderheiten, der irischen, italienischen, polnischen und lateinamerikanischen Einwanderer. Bestimmend für den religiösen Geist ist die Koexistenz von 250 teilweise sehr kleinen Sekten. Sie fühlen sich gewissermaßen alle als Außenseiter. Sie sind zumeist protestantisch. Obwohl sie nicht einmal die Mehrheit der gläubigen Christen versammeln, strahlt ihr Geist auf die Gesellschaft als Ganzes aus. Den Sekten fehlt die Privilegierung durch den Staat, die für unsere Kirchenanstalten typisch ist, und sie treten dem einzelnen nicht als mächtige Bürokratien entgegen, die unabhängig von den persönlichen Wünschen oder Überzeugungen der Mitglieder über Glaubensfragen befinden. Das Gemeindeleben der Sekten steht und fällt vielmehr mit dem individuellen Engagement der Gläubigen. Vor den Gemeindegliedern, und nicht vor bürokratischen Amtsinhabern, will sich der einzelne Gläubige in seinem Lebenswandel bewähren. Auch in den USA sind Sekten im strengen Sinne zur Ausnahme geworden. Daß Individuen ihren Lebenswandel völlig religiösen Normen unterwerfen und in der Welt, aber

⁵⁾ Vgl. The Washington Post National Weekly Edition vom 10. August 1987, S. 37.

nicht für die Welt leben wie Mennoniten, Amish und einige andere, ist eine Ausnahme. Wichtig ist aber, daß kirchliche Bürokratien in den USA eine sehr schwache, die Individuen im Gemeindeleben dagegen eine sehr starke organisatorische Stellung einnehmen. In der Bundesrepublik Deutschland ist es dagegen gerade umgekehrt.

Entscheidend sind die Differenzen zwischen den religiösen Dogmen der kirchlichen Anstalten und denjenigen, denen die vom Sektenprotestantismus inspirierten Gemeinden anhängen. In den Augen der amerikanischen Protestanten ist das Verhältnis zwischen Gott und Individuum ein ganz persönliches. Der Gedanke kirchlicher Anstaltsnade ist ihnen fremd. Gott offenbart sich nicht durch amtliche Sachwalter, sondern ganz unmittelbar im Gewissen des einzelnen. Und der einzelne ist ausschließlich seinem wohlverstandenen Gewissen verpflichtet. Auf den Inhalt der Gebote, die das individuelle Gewissen anmeldet, kommt es in den radikaleren Sekten, etwa bei den Quäkern, unmittelbar nicht an. Gott offenbart sich den einzelnen Individuen in verschiedener Weise — und deswegen erscheint es ihnen nur als natürlich und legitim, wenn Gemeindemitglieder auch gegensätzliche Normen vertreten. Das individuelle Gewissen erfährt dadurch eine ungeheure Aufwertung und wird zur Instanz höchster Autorität. Die göttliche Ordnung wird zur Privatsache des individuellen Gewissens und nicht der anstaltskirchlichen Obrigkeit.

Dieser basisdemokratische Zug des religiösen Lebens in Gemeindeorganisation und Dogma gewinnt im gesellschaftlichen Alltag an Gewicht, weil die amerikanischen Protestanten vor allem „brauchbare (useful) Christen“ sein wollen. Sie fühlen sich aufgerufen, tatkräftig an der Errichtung des Gottesreiches auf Erden mitzuwirken. Diese instrumentalistische Orientierung sticht scharf ab von der subjektivistischen des Luthertums, das dem Gläubigen die Wendung der religiösen Aufmerksamkeit nach innen empfiehlt. Hier geht es stärker um Anstrengungen zur Rettung der Seele als um brauchbare Beiträge zur Errichtung des Gottesreiches. In der calvinistischen Tradition können nach innen gerichtete Aktivitäten zur Rettung der Seele kaum entste-

hen. Denn hier gilt das Prädestinationsdogma, demzufolge Gott in unumstößlichem Ratschluß über die Verteilung seiner Gnade entschieden hat, ohne daß die einzelnen darauf irgendeinen Einfluß hätten. Das zweite Ziel der christlichen Tradition, die Implementierung christlicher Werte in der Welt, erfährt dadurch einen entscheidenden Bedeutungszuwachs. Immerhin hat der amerikanische Protestantismus in Abweichung vom Calvinismus den Gläubigen doch noch einen Weg nachgewiesen, wie der individuelle Gnadenstand beeinflußt werden könne: nicht durch gute Werke wie im Katholizismus, sondern — dem Luthertum ähnlich — durch festen Glauben. Wer fest glaubt, wird der Gnade teilhaftig, und wer der Gnade teilhaftig ist, ist befähigt, wirkungsvoll am Gottesreich mitzuarbeiten⁶⁾. Ein auf die Welt gerichtetes instrumentelles Engagement wird so zum Medium religiöser Bewährung. Die Attraktivität, die technische Superlative und Utopien in den USA finden, hat hier ihre religiösen Wurzeln.

Daß mit dem Anbruch des Gottesreiches auf Erden unmittelbar gerechnet werden könne, wenn sich nur alle Menschen gehörig dafür anstrengten, ist eine Vorstellung, die die amerikanischen Protestanten immer wieder erfüllt. Die derzeit bloß im Fernsehen aktiven Fundamentalisten oder Reagans Visionen vom letzten Kampf zwischen dem Reich des Guten und dem des Bösen sind Beispiele für diese Endzeitvorstellungen. Sucht man nach einer Parallele in Europa, dann liegt es nahe, die revolutionären Hoffnungen des radikalen Sozialismus — etwa dem von Rosa Luxemburg — mit den christlichen Endzeitvorstellungen der Amerikaner zu vergleichen. Die Bürokratien der Sozialdemokratie, der Kommunisten-Leninisten, der Gewerkschaften und vor allem die des Staatssozialismus haben diesen Geist fast erlöschen lassen. Im Hinblick auf das individuelle Engagement gleichen sie also unseren Kirchenanstalten.

So hat die Emanzipation der Individuen im amerikanischen Protestantismus eine bis heute noch wirksame Stütze gefunden, während sie in Deutschland den Katholizismus und das Luthertum eher zum erbitterten Gegner hatte. Die Spuren der Religiosität findet man im amerikanischen Alltag allerorten, und zwar nicht in der Form von Machtansprüchen, die Kirchenanstalten erheben, sondern in individuellem Engagement und in verbreiteter Skepsis gegenüber den Ansprüchen politischer und ideologischer Großbürokratien.

⁶⁾ Vgl. T. Parsons, *The Cultural Background of American Religious Organization*, in: H. Cleveland/H. P. Lasswell (Eds.), *Ethics and Bigness — Scientific, Academic, Religious, Political and Military*, New York 1962.

III. Die Verstaatlichung des Bildungssystems

Anders als die deutschen Konservativen zeichnen sich die amerikanischen Konservativen durch einen basisdemokratischen Zug aus; und der rückt die deutschen Grün-Alternativen, die soviel amerikakritische Vorbehalte anmelden, in die Nähe der demokratischen Tradition der USA.

Gewiß, die amerikanischen Konservativen verknüpfen mit dem freien Markt viel größere Hoffnungen als dieser tatsächlich erfüllen kann. Die Freiheit, die dieses Wirtschaftssystem eröffnet, ist nur eine formale, so die Kritik, während der Markt materielle Zwänge begründet, die in der Abhängigkeit der Arbeitenden vom Einkommen, in ökonomischen Krisen und Arbeitslosigkeit und in Zerstörungen der Umwelt greifbar werden. Was der freie Markt den Individuen schuldig bleibt, soll ihnen der Staat verschaffen. Das ist das Credo der Linken. Aber der Staatsinterventionismus ist gleichbedeutend mit der Bürokratisierung von immer mehr Lebensverhältnissen. Für ein gewisses Maß an materieller Sicherheit handelt man sich individuelle Ohnmacht gegenüber staatlichen Großbürokratien ein. Die westlichen Gesellschaften haben bis heute keinen Ausweg aus diesem Dilemma gefunden. Es scheint, als bilde die Verstaatlichung der Lebensverhältnisse den Fluchtpunkt einer gesellschaftlichen Entwicklung, der sich alle zu fügen haben. Konfrontiert mit den Alternativen marktwirtschaftlicher oder staatsbürokratischer Abhängigkeit, akzeptieren Amerikaner weniger leicht und nicht so selbstverständlich die Verstaatlichung ihrer Lebensverhältnisse wie Sozialdemokraten und Konservative in Deutschland.

Mit dem Vorrücken der Bürokratien des sozialen Interventionsstaats aber gleichen sich die amerikanischen Lebensverhältnisse den europäischen an. Der Unterschied zwischen Westeuropa und den USA, der vor allem darin bestand, daß bürgerliche Freiheit in den USA viel radikaler verwirklicht war als in Europa, ist im Schwinden begriffen. An der bildungspolitischen Entwicklung wird das deutlich.

Schulen in den USA sind von Bürgern begründet worden und wurden von ihnen als Mittel gegen die Staatsmacht verstanden. Die Spuren der feudalen und deswegen korrupten Verhältnisse Europas sollten abgeschüttelt werden. Die Bürgerschulen sollten die Fesseln des Traditionalismus, der Unfreiheit und der Sünde sprengen. In den Herzen und Köpfen der Individuen – und nicht in der Staatsmacht – sollte die neue Gesellschaft ihre Einheit finden. Und wenn die Erziehung der jungen Generation vollendet sei, dann werde Jesus Christus herabsteigen und sein ewiges Reich beginnen. Den Beginn des Gottesreiches erwarteten die Anhänger dieser millenarischen Bewegungen in Zeiträumen,

die nicht länger waren als jene, die Marx in Europa für das Eintreten der sozialistischen Revolution veranschlagt hatte.

So sind die Ursprünge des Erziehungssystems, streng genommen, nicht kapitalistisch, sondern bürgerlich revolutionär. Sie folgten nicht der Urbanisierung und Industrialisierung, sondern gingen ihr voraus. Das zeigt sich daran, daß die Entwicklung der Schulen in den ländlichen Gebieten des Nordens und Westens schneller vorankam als in den Städten. Dabei expandierten die Schulen um so erfolgreicher, je größer der Anteil evangelischer Protestanten und je geringer derjenige der Katholiken an der regionalen Bevölkerung war. Die ökonomischen Grundlagen, auf denen das Bildungssystem seine Entwicklung begann, sind privates Kleineigentum, agrarische Produktion nicht für den Eigenbedarf, sondern für den Markt und ein Wirtschaftsverhalten, das nicht bäuerlich-traditionalistisch orientiert ist, sondern planmäßig Kriterien technischer und ökonomischer Effizienz folgt. Dem entsprechen die protestantischen Tugenden der Nüchternheit, der Mäßigung und Ordnung, des sparsamen Umgangs mit Zeit und Geld, der religiös begründete Anspruch auf individuelle Autonomie und die unanfechtbare Autorität des eigenen wohlverstandenen Gewissens.

Die bildungspolitischen Träger dieser Vorstellungen einer individualistischen politischen Kultur mit rationalen und universalistischen Prämissen waren Akteure ohne staatliche Ämter, aber mit persönlichem Engagement. Es waren Vereinigungen und Bewegungen mit antibürokratischen und antistaatlichen Gefühlen. In ihren Augen war die zu verwirklichende Nation eine Geisteshaltung und nicht eine staatsbürokratische Macht. Es erschien ihnen nur allzu natürlich, daß religiöse Führer, Missionare, Bürger und Politiker sich zu einer Bewegung zusammenschlossen, um gemeinsam Schulen zu gründen. Was sie zusammenhielt, war nicht die Macht und die Autorität des Staates, sondern ihr gemeinsames Bewußtsein von Gottes Geboten und der Anspruch auf eine rationale menschliche Ordnung. Und es ging ihnen nicht um partikularistische Statusinteressen für ihre Kinder, sondern um nichts weniger als die Errichtung des Gottesreiches als Gesellschaft für alle Kinder. Darin sahen sie ihre eigenen Interessen aufgehoben. Dieser Geist hatte in der an Europa orientierten Plantagenwirtschaft des Südens kein Pendant, und deswegen hat es dort auch keine Schulbewegung gegeben⁷⁾.

⁷⁾ Vgl. I. W. Meyer u. a., Public Education and Nation Building in America: Enrollments and Bureaucratization in the American States, 1870–1930, in: American Journal of Sociology, 85 (1979) 3.

Seit der revolutionären Frühzeit Amerikas sind dieser charismatischen Schulbewegung bürokratische Zügel angelegt worden. So wie in anderen Lebensbereichen auch, ist bürgerliche Selbstorganisation staatlicher Bürokratie gewichen. Die Verdrängung von Charisma durch Bürokratie (Weber) im Bildungssystem läßt sich mit folgenden Indikatoren verdeutlichen:

— Die Zahl der Schulen im ganzen Land hat abgenommen, während ihre durchschnittliche Größe dramatisch zugenommen hat.

— Aus Nachbarschaftsschulen sind große Schuleinheiten geworden, was die Professionalisierung der Verwaltung notwendig gemacht hat. Während im Jahr 1940 noch mehr als drei Viertel der Schulen ohne einen Rektor als Verwaltungsspitze ausgekommen sind, gibt es heute mehr Rektoren als Schulen.

— Auch die Zahl der Schuldistrikte ist geschrumpft, jener Organisationseinheiten also, die so wichtige Aspekte des Schullebens in Händen halten wie die Auswahl der Lehrer und ihre Anstellungsbedingungen sowie die materielle Ausstattung der Schulen. Im genannten Zeitraum ist ihre durchschnittliche Zahl pro Staat von 2 400 auf 300 zurückgegangen.

— Mit der Vergrößerung der Schuldistrikte hat auch der Bedarf an bürokratischem Fachpersonal zugenommen. Die Bürokratisierung der Distriktsverwaltung ist aber gleichbedeutend mit der Auflösung der klassischen Formen amerikanischer Schulkontrolle, die von Eltern als Laien wahrgenommen wurde. In den „Boards of Education“ wirkten 1940 pro Staat im Durchschnitt 7 000 mit; ihre Zahl beträgt heute weniger als 2 000.

— Im Gegensatz ist das bürokratische Fachpersonal zur Verwaltung der Schulen auf der Ebene der einzelnen Staaten dramatisch gewachsen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die staatlichen Bil-

dungsbürokratien noch kleiner als das Management einer High School.

— Die organisatorischen Differenzen zwischen den Schuldistrikten des ganzen Landes sind immer unbedeutender geworden. Es zeichnet sich in dieser Entwicklung ein bürokratisches Standardmodell der amerikanischen Schule, des Schuldistrikts und der staatlichen Schulbehörden ab.

— Die Bürokratisierung der Schulen geht einher mit der „Monetarisierung“ der Schulverwaltung. Die Mitarbeit der Eltern war unentgeltlich, bürokratisches Fachpersonal muß entlohnt werden. Diese Monetarisierung ist aber gleichbedeutend mit einer Machtverschiebung zugunsten derer, die Steuern erheben können.

— Auf eine Enteignung der Basis von der Kontrolle über die Schulen deuten auch Veränderungen der Finanzierungsströme hin. Lokale Steuern liefern heute im Durchschnitt nur noch 43 Prozent der Bildungsbudgets, entsprechend gewachsen sind die Anteile der staatlichen und Bundessteuern⁸⁾.

Diese Stichworte mögen genügen, um das Vorrücken der Bürokratie im Schulwesen zu illustrieren. Die amerikanischen Schulen nähern sich damit einem Modell, das in Europa seit je praktiziert wurde⁹⁾. Schulen werden auch hier zu Anstalten in der Hand des Staates. Vor allem soziale Randgruppen setzen ihre Hoffnungen auf den Staat. Sie verschaffen ihren Erwartungen Nachdruck, indem sie die gesellschaftlichen Spielregeln außer Kraft zu setzen drohen, deren Funktionsweise sie so schwer belastet. So waren es nicht zuletzt die Diskriminierung der Schwarzen und das dagegen gerichtete civil rights movement, das den Staat auf bildungspolitischem Terrain vordringen ließen. Die entsprechenden Konflikte dauern bis heute an. Gekämpft wird nicht mehr auf der Straße, sondern in den Formen der schulischen Demokratie und der Gerichtsbarkeit.

IV. Rassenintegration

Mit den Kirchengemeinden bilden die Schulen die Grundlagen nachbarschaftlicher Selbstorganisation. Daß sie nicht als Staatsanstalten entstanden sind, sondern als Einrichtungen in der Hand der Bürger, merkt man bis heute. Schüler, Eltern und Kinder erblicken in den Schulen an erster Stelle nicht staatliche Einrichtungen, auch wenn diese inzwischen dazu geworden sind. Im öffentlichen Be-

ußtsein lebt ein anderes Bild von der Schule fort. Es enthält noch die bürgerlich-revolutionären Sentiments, die der Gründung des amerikanischen Schulwesens zugrunde lagen. Sie werden greifbar bis heute in der größeren Bürgernähe der Schulen.

Die Türen stehen jedermann offen, und wenn bekannt wird, daß eine Mutter oder ein Vater über freie Zeit verfügen, werden sie alsbald eingeladen, zum Unterricht beizutragen. Um den Austausch zwischen Schule und Eltern zu verdichten, werden Informationsschriften und Fragebögen in riesigen Mengen periodisch verteilt. Unabhängig voneinan-

⁸⁾ Vgl. D. Strang, *The Centralization of American Education: District Consolidation*. Stanford University, Dep. of Sociology (unveröffentl. Manuskript) 1985.

⁹⁾ Vgl. G. Lenhardt, *Schule und bürokratische Rationalität*. Frankfurt 1984.

der werden Kinder und Eltern gebeten, ihrer Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit der Schule in mehrseitigen, detaillierten Fragebögen Ausdruck zu verleihen. Diese Leistungsbeurteilung durch die Eltern wird als ein organisationstechnisches Hilfsmittel verstanden, um alle im Gespräch zu halten und die produktiven Möglichkeiten des demokratischen Diskurses zu nutzen. Kritik gilt als Anregung und wird auch so vorgetragen. Die Kommunikation zwischen Schule und Eltern vollzieht sich dort vielleicht nicht in vielfältigeren Formen, aber sie ist doch viel intensiver als in Deutschland. Die Kette von Einladungen zu Hilfeleistungen im Unterricht, zu Picknicks, zu Wanderungen, zu Geldmittelbeschaffungsaktionen und zu ausgiebigen festlichen Ritualen bei der Einschulung und Entlassung von Schülern reißt selten ab. Und die einmal geschlossenen Bekanntschaften finden sehr leicht ihre Fortsetzung unabhängig von der Schule und erstrecken sich dann alsbald über die Kinder hinaus auf ganze Familien.

Die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ zwischen Schule und Elternhaus gilt auch im deutschen Schulbetrieb als wichtiges Anliegen. Es manifestiert sich im Alltag aber vor allem darin, daß den Eltern kaum etwas anderes übrig bleibt, als der Schule zu vertrauen, während die Schulen mit Hausmeistern und ritualistisch beschworenen Versicherungsproblemen dafür sorgen, daß die Eltern nicht allzu viel Einblick in das Schulgeschehen nehmen.

Bürgernähe ist gleichbedeutend auch mit Problemen schichtenspezifischer und ethnischer Segregation. Segregation stützt sich hier stärker auf gesellschaftliche, in Deutschland stärker auf staatliche Strukturen¹⁰⁾. Der schulbürokratische Zentralismus hat in der Bundesrepublik Deutschland bis vor kurzem mit dem dreigliedrigen Schulsystem auf formalem Wege dafür gesorgt, daß sich die Kinder der verschiedenen sozialen Schichten nicht zu nahe kamen. Innerhalb der einzelnen Schulkategorien waren die materiellen Verhältnisse aber seit je einigermaßen ähnlich. Die immer noch größere Bürgernähe der Schulen in den USA begründet dagegen Segregationstendenzen innerhalb formal gleicher Schulkategorien. Das formal einheitliche Schulsystem zeichnet sich tatsächlich durch wesentliche materiale Differenzen aus.

Die schichtenspezifische und ethnische Segregation in den Schulen geht einher mit Segregationstendenzen auf dem Wohnungsmarkt und die wiederum mit der sozialen Ungleichheit in der Arbeitswelt. Eine wichtige Ursache der Segregation auf dem Wohnungsmarkt und in den Schulen bildet das System der Grundsteuern. Diese nehmen einen Teil der

individuellen Einkommen in Anspruch, der zu groß ist, als daß man ihn ignorieren könnte. Wieviel jeweils gezahlt werden muß, hängt von der Größe der Grundstücke und der Wohngegend ab. Die Unterschiede sind beträchtlich und sorgen zuverlässig dafür, daß die verschiedenen Einkommensgruppen unter sich bleiben. Ein anderes Mittel der Ausgrenzung haben die Gemeinden dagegen inzwischen verloren. Sie hatten früher das Recht, jemandem den Zuzug in eine bestimmte Nachbarschaft mit der Begründung zu verwehren, er sei nicht „ehrenhaft“. Aber das System der Grundsteuern trennt die sozialen Schichten immer noch. Die Segregation auf dem Wohnungsmarkt sorgt für schichtenspezifische Homogenität der Schülerschaft in den jeweiligen Schulen. Wer an der Bildung seiner Kinder interessiert ist, kann nicht umhin, bei der Wahl seines Wohnorts die Qualität der vorhandenen Schulen in Rechnung zu stellen. Diese weisen beachtliche Qualitätsunterschiede auf, und es wäre unverantwortlich, sie zu ignorieren. Bedingt werden diese Unterschiede durch die geschilderten Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt. So gibt es zwischen Schule und Wohnungsmarkt einen Teufelskreis, dem niemand entgeht und der für die Segregation der Kinder und Erwachsenenbevölkerung sorgt. Was die Bildungsfinanzierung angeht, so hängen in Kalifornien die Schulen nicht mehr vom lokalen Steueraufkommen ab, aber in den reichen Bezirken verfügt man nicht selten über Grundbesitz und andere Einkünfte, die es einem erlauben, die staatlichen Schulmittel aufzustocken.

Gemessen an deutschen Verhältnissen ist die Trennung der verschiedenen sozialen Schichten zum Beispiel in Palo Alto äußerst radikal. Palo Alto und East Palo Alto grenzen dicht aneinander, aber sie sind durch mehr als nur eine Autobahn getrennt. In mexikanischem Kolonialstil, in kalifornischem Rancho-Stil oder in viktorianischem Stil sind die idyllischen Häuser auf der westlichen Seite einer Autobahn errichtet. Sie liegen in schattigen Gärten ohne Zäune, und ihre Fronten und Haustüren sind einladend. Der Gedanke an Schutz und Trutz ist dieser Architektur fremd. Wer hier lebt, ist gut situiert. Jenseits der Autobahn, in East Palo Alto, ist das Ghetto der Schwarzen und der mexikanischen und asiatischen Einwanderer. Die Straßen sind schlecht, die Häuschen sind ärmlich, die Gärten wenig gepflegt. Hier gibt es Zäune, und bei zahlreichen der auf der Straße abgestellten Wagen ist nicht klar, ob sie noch fahrtüchtig sind. ‚Whiskey-schlucht‘, so heißt im Volksmund die erste Straße hinter der Autobahn, in die man gerät. Im Schnellimbiß wird das Inkasso wie an einem Bankschalter erledigt: hinter kugelsicherem Glas. Aus Sicherheitsgründen gibt es einen Automaten, der 10- oder 20-Dollar-Scheine als Wechselgeld nur in Abständen von zwei Minuten zugänglich macht. Nach Einbruch der Dunkelheit soll man dieses Viertel auf

¹⁰⁾ Vgl. D. Baker/Y. Esmer/G. Lenhardt/I. W. Meyer, Effects of Immigrant Workers on Educational Stratification, in: *Sociology of Education*, Vol. 58, 1985.

jeden Fall meiden. Von Straßenraub und Vergewaltigungen ist die Rede. Es ist offenkundig, daß hier die Arbeitslosenraten hoch und die Familieneinkommen klein sind.

Der sozialen Segregation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt folgt die in den Schulen. Dieses System der Segregation hält sich unabhängig von etwaigen rassistischen Neigungen des Publikums. Auf Elternversammlungen zum Thema Desegregation, zu denen der jeweils zuständige Board of Education in Ost- und West-Palo Alto eingeladen hatte, ist nicht ein einziger Redner gegen Desegregation aufgetreten. Die Versammlungen waren notwendig geworden, nachdem ein Bundesgericht gedroht hatte, einen seit zehn Jahren andauernden Streit um die Rassenintegration zu schlichten, das heißt die Entscheidung dem Board of Education aus der Hand zu nehmen. Der Ablauf der Versammlung läßt erkennen, daß hier jedermann mit den Routinen bildungspolitischer Basisdemokratie vertraut ist.

Der Rechtsanwalt des Board of Education gibt zunächst einen eindrucksvollen Bericht über die bürokratischen Schwierigkeiten, die mit der einen oder anderen Integrationsstrategie verbunden wären. So sind mehrere Landkreise an dem Integrationsprojekt zu beteiligen, und die mit weitgehenden Rechten ausgestatteten lokalen Schulbehörden und Elternvertretungen sind nicht leicht zu koordinieren. Es gibt finanzielle und rechtliche Probleme. Nachdem schriftlich gestellte Fragen präzise beantwortet wurden, kommen die Eltern zu Wort. Jeder einzelne stellt sich vor, nennt namentlich seine Frau und seine Kinder, teilt mit, wie lange die Familie schon in der Gemeinde lebt und was ihr hier gefällt, und kommt dann zur Sache. Alle sprechen sich für die Desegregation aus, das heißt für die Verteilung einer Anzahl von Ghettokindern auf die Schulen der besser gestellten sozialen Schichten in der Umgebung. Interessant ist die dafür am häufigsten genannte Begründung. Sie ist nicht paternalistisch, und sie geht auch über die Norm der Chancengleichheit hinaus. Mit demokratischem Pathos argumentieren sie von den Interessen ihrer eigenen Kinder aus. Der Entwicklung ihrer Kinder entspräche es am besten, wenn sie mit ihren Alterskameraden aus dem Ghetto vertraut würden, und es werde ihr Leben als Bürger erleichtern, würden sie durch Rassismus nicht belastet. Der Rassismus schädige nicht nur die Interessen der Schwarzen, sondern diejenigen aller Mitglieder der Gesellschaft.

Einige der schwarzen Eltern, die in kleiner Zahl anwesend sind, geben Berichte vom alltäglichen Rassismus aus ihrer Schulzeit. Sie sind bestürzend, weil sie die subjektiv bedrohlichen Auswirkungen ganz undramatischer Ereignisse im Schulalltag er-

kennen lassen. Die Versammelten wissen, daß sie ihre Lebensbedingungen so unter Kontrolle haben, daß sie mit den Folgen der Desegregation schon fertig werden. Stolz und Zuversicht äußern sie sowie selbstironische Kommentare zur Basisdemokratie und glücklichen Schulsituation in Palo Alto. Man könnte argwöhnen, daß das demokratische Engagement nur vorgeschoben ist, und daß sich dahinter letztlich doch rassistische Vorurteile verbergen. Vielleicht verhält es sich in einigen Fällen auch so. Aber daß sich der Rassismus, falls vorhanden, nicht öffentlich hervorwagen darf, muß doch als Sieg liberaler Normen in der politischen Kultur interpretiert werden.

Auch im Ghetto hatte der verantwortliche Board of Education zu einer Elternversammlung eingeladen. Eine ungeteerte und unbeleuchtete Straße führt zu dem Versammlungslokal. Für seine Möblierung gelten offensichtlich die gleichen Ausstattungsnormen wie in dem reicheren Bezirk. Unter den Versammelten ist nur eine ganz kleine Zahl von Vätern, die übergroße Mehrzahl wird gebildet durch schwarze Mütter, lediglich auf dem Podium dominiert das männliche Geschlecht. Für alle scheint diese Versammlung eine Anstrengung zu bedeuten, die Gesichter sind ernst, eher verschlossen, nirgends erkennt man das gewinnende Strahlen, das zur physiognomischen Grundausstattung weißer Protestanten gehört.

Es geht polemischer und konfliktreicher zu als auf der Elternversammlung der Weißen. Die Eltern fühlen sich schlecht informiert und äußern Mißtrauen. Vor allem aber sehen sie sich in einem Dilemma. Sie wissen, daß ihre Schule schlecht ist, daß sie über viel weniger Finanzen verfügt als die Schulen auf der anderen Seite der Autobahn. Sie wissen, daß sie in der Konkurrenz um gute Lehrer unterlegen sind. Und vor allem steht jedermann vor Augen, daß die Schule keine pädagogische Insel ist, daß die sozialen Probleme der Eltern den Unterricht unerträglich belasten.

Da der vorgeschlagene Austausch von weißen und anderen Kindern freiwillig sein soll, ist klar, daß der Auszug schwarzer Kinder kaum durch den Zuzug weißer Kinder kompensiert werden wird. Man denkt nicht im entferntesten daran, den weißen Eltern daraus einen Vorwurf zu machen. Sie beklagen indessen, daß durch das „bussing“ (Transport von schwarzen Schulkindern in Schulen mit überwiegend weißen Kindern) die eigene Gemeinde geschwächt wird. Denn neben den religiösen Gemeinschaften bilden die Schulen ein wichtiges Zentrum des dichten Geflechtes nachbarschaftlicher Beziehungen. „Warum soll ich hier leben, wenn meine Kinder hier nicht zur Schule gehen und ich folglich kaum am Gemeindeleben teilnehmen kann?“, fragt eine Mutter.

V. Die „oberflächliche Freundlichkeit“ der Amerikaner

Für den Umgang mit Leuten, gleichviel ob man sie kennt oder nicht, hält die amerikanische Kultur ein großes Arsenal an Formen und Gesten bereit, die allerorten Kommunikation nahelegen. Die Enge eines Fahrstuhls schafft zwischen den Passagieren nicht das Gefühl der Peinlichkeit und erzwingt nicht Blicke zum Boden oder zur Decke. In den Warteschlangen der Supermärkte, beim Tanken, an Straßenkreuzungen oder wo immer sonst kommt man leicht ins Gespräch. Zwanglos werden Belanglosigkeiten ausgetauscht, die auch nichts anderes als belanglos sein sollen. Diese routinierte Freundlichkeit ist Standardthema in Reiseberichten aus Amerika.

Die „oberflächliche Freundlichkeit“ ist sicher anders als die in Deutschland üblichen Freundlichkeitsbezeugungen. Fragt man Amerikaner nach Kommentaren zu ihren Beobachtungen an Supermärkten, Tankstellen, Fahrstühlen usw. in Deutschland, wo man sich eher schweigend ignoriert, ungeduldig wird und leicht auch unhöflich bis aggressiv, dann erfährt man etwas über den Sinn, den Amerikaner mit ihrer Freundlichkeit verbinden. Sie finden unser Verhalten vor allem ungeschickt, in einem technischen Sinne insuffizient, weil es nichts zu dem beiträgt, was man auf jeden Fall erreichen will, nämlich „to go along“. Man will mit seinem Mitmenschen auf jeden Fall klarkommen. Die Freundlichkeit ist Mittel und wird auch so verstanden. Sie ist gewollt und konstruiert und wird nicht selten auch mit Anstrengung erzeugt. Sie ist nicht, wie bei uns, Ausdruck jener „vegetativen Gemütlichkeit“ (Max Weber), in der zwischen Zweck und Mittel nicht unterschieden wird, und in der die Grenzen zwischen den einzelnen unbemerkt zerfließen. Der Argwohn, diese gewollte Freundlichkeit sei gar nicht „echt“, sondern bloß manipulativ, ist ganz unberechtigt. Denn sie soll gar nichts anderes sein als ein Mittel, und in diesem Sinne ist sie immer „echt“. Weil das jedermann weiß, haftet ihr auch nicht die Bedeutung einer Täuschung an; der andere weiß, hier hält sich einer an vernünftige Spielregeln, deren Einhaltung garantieren soll, daß man miteinander klarkommt. Der Verdacht einer Täuschung beruht auf Unkenntnis des spezifischen kulturellen Bedeutungskontextes.

Unbefangen ist die Freundlichkeit nicht. Sie ist vielmehr Ausdruck der Norm, individuelles Verhalten in Begriffen von Zweck-Mittel-Rationalität zu orientieren. Die Grenzen der Unbefangenheit werden bereits im Schulunterricht zugunsten einer rationalen Kalkulation des persönlichen Ausdrucks zurückgedrängt. Ein Merkblatt mit „Empfehlungen zur Konversation“, das in der sechsten Klasse einer öffentlichen Grundschule verteilt wurde, kann das beispielhaft verdeutlichen. Bei diesem Leitfaden

geht es nicht um Normen mit ständischem Charakter, nicht darum, was sich gehört. Es geht offenkundig auch nicht darum, wie man das, was man „wirklich“ denkt und fühlt, ausdrückt oder verschleiert. In allen Regeln dieses Leitfadens geht es um die Systematisierung der Produktion von Freundlichkeit als kultureller Selbstverständlichkeit.

Guidelines for Starting Conversations

- Look at the person while you are talking, giving your full attention to him/her.
- Occasionally add comments about yourself, sharing some of the information about yourself that you have asked of the other. Example: My father can't get away during vacation so we're just going up to San Francisco for an afternoon and evening.
- Smile, but don't laugh or giggle, even if you are nervous.
- Use a tone of voice that shows you are sincere and interested.
- Allow for silences if the person has to think, or if you want to shift what you are talking about.
- Say something of appreciation when ending the conversation such as "It's been fun talking with you. Hope I see you again."

Richtlinien für eine Konversation

- Schau Deinen Gesprächspartner an, während Du sprichst, schenke ihm/ihr Deine volle Aufmerksamkeit.
- Füge bei Gelegenheit einige Bemerkungen über Dich selbst an, biete persönliche Informationen darüber an, wonach Du den anderen gefragt hast. Beispiel: Mein Vater kann während der Ferien nicht weg, so daß wir nur für einen Nachmittag und einen Abend nach San Francisco fahren.
- Lächele, aber lache oder kichere nicht, auch wenn Du nervös bist.
- Verwende eine Stimmlage, die aufzeigt, daß Du aufrichtig und interessiert bist.
- Mache Gesprächspausen, wenn der andere Zeit zum Überlegen wünscht, oder wenn Du das Gesprächsthema wechseln willst.
- Sage etwas Nettes zum Schluß der Unterhaltung wie beispielsweise: „Es war mir eine Freude, mich mit Ihnen zu unterhalten. Ich hoffe, daß wir uns wieder einmal sehen.“

Nicht nur was man zweckmäßigerweise sagen könnte, sondern auch noch die Qualität des Ausdrucks wird unter Zweckmäßigkeitgesichtspunkt

ten erörtert: wie man sein Lachen, seinen Blick, die Intonation seiner Stimme, sein Schweigen, die inneren Ängste organisieren könnte. Diese Wendung gegen alle Unbefangenheit ist uns fremd und führt zu Enttäuschungen, wenn man auf Nähe aus ist, so wie das in Deutschland als legitim gilt. Populär ist der Text im Schulliederbuch „Put on a happy face“ mit Aufforderungen, die sich wie eine Trivialversion der protestantischen Ethik liest:

Grey skies are gonna clear up
put on a happy face
Brush off the clouds and cheer up
put on a happy face
Take off the gloom of tragedy, it's not your style
you look so good that you'll be glad
you decided to smile
Pick out a pleasant outlook
pick up that noble chin
Wipe out that "full of doubt" look
slap on a happy grin.
And spread sunshine all over the place
just put on a happy face.

Die Aufforderung zum Lächeln wird hier singend eingeübt, und wer hätte nicht beobachtet, daß diese Lektion bei den meisten Amerikanern auch „sitzt“. Die Wendung „you decided to smile“ macht deutlich, daß das Lächeln nicht unwillkürlicher Ausdruck einer inneren Regung sein soll, sondern Produkt eines bewußten Willensaktes, der sich am sozialen Erfolg orientiert. Die einzige „innere“ Regung, von der die Rede ist, ist der Selbstzweifel, und dem wird der Kampf angesagt. Wir sind leicht geneigt, ein derartiges Verhalten negativ als das Ende aller Spontaneität und Autonomie des einzelnen Menschen anzusehen. Dabei wird freilich übersehen, daß wir nur dadurch freie Menschen werden können, daß wir aus uns herausgehen und uns auf andere einlassen. „Ein Mensch, der unter äußerem Zwang, ja durch sein egoistisches Interesse zur Freundlichkeit gebracht wird, gelangt am Ende eher zu einer gewissen Humanität in seinem Verhältnis zu anderen Menschen als jemand, der nur, um mit sich selbst identisch zu sein — als ob diese Identität immer wünschbar wäre —, ein böses, vermuffeltes Gesicht macht“, so kommentiert Theodor W. Adorno die amerikanische Freundlichkeit und die bei uns verbreitete Kritik daran, die uns nur allzuleicht selbst oberflächlich macht und uns verhärtet läßt¹¹⁾.

Danach findet sich im Liederbuch ein Text, den man jetzt auch in Deutschland gelegentlich im Radio hört. Er versichert die Kinder ihres Wertes und ihrer Zuständigkeit für die Verbesserung der Welt. Das Denken in Begriffen politischer Utopien ist wie selbstverständlich vorausgesetzt. Nachdem zahlrei-

che Nöte dieser Welt aufgezählt werden, heißt es im Refrain:

We are the world, we are the children,
we are the ones who make a brighter day.
So let's start giving, there is a choice we are making.
We are saving our own life
It's true we'll make a better day
Just you and me.

Wenn bei uns die Kinder mit der Welt gleichgesetzt werden, dann eher in dem Sinn: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Dabei wird heute sicher an erster Stelle nicht mehr an den Bestand von Rasse und Armee gedacht, sondern eher an „Pillenknicke“, „Schülerberg“ und das zukünftige Beitragsaufkommen der Rentenversicherung. Gemeinsam ist allen diesen Perspektiven aber die instrumentelle Betrachtung der Kinder. Im zitierten Lied dagegen tauchen sie als Subjekte auf, in deren Händen Entscheidungen liegen, und zwar nicht solche zur Selbstaufopferung, sondern solche im Eigeninteresse.

Die Unterscheidung von Zwecken und Mitteln wird im schulischen Alltag schärfer getroffen als in Deutschland. Das zeigt sich daran, daß die Leistungen und Fähigkeiten der Schüler in technischen Begriffen definiert werden. Zur Disposition steht jeweils nicht die ganze Person und schon gar nicht deren moralische Zuverlässigkeit. Und mit Leistung verbindet sich nicht die vordemokratische Vorstellung einer Kulturqualität, die zur Mitgliedschaft in sozialen Schichten mit ständischem Charakter berechtigt. Die Unterschiede individuellen Leistungsvermögens werden vor allem quantitativ definiert, wie man es am Gebrauch der unzähligen formalisierten Tests leicht ablesen kann. Eine konkrete Leistung hat nicht einen unmittelbaren Eigenwert, sondern gilt als Indikator für individuelles Leistungsvermögen. Die Frage, ob man davon zu wenig besitzt, ob man ein Versager ist, ist der Inhalt quälender Selbstzweifel und hat auch moralische Bedeutung; aber die konkreten Anlageformen, in die man dieses Vermögen bringt, haben selbst keinen Eigenwert. Die Kritik lautet nicht „das gehört sich nicht“, sondern sehr viel konsequenter als bei uns „er schafft es nicht“.

Die quantifizierende Vorstellung von Fähigkeiten und Leistung geht einher mit einer beachtlichen Distanz zwischen Schülern und Lehrern. Die Kinder sind so vor der Überlegenheit der Schule geschützt. Die eher als Techniken verstandenen Schulrituale der Unterweisung und Leistungskontrolle sind eingebettet in jene freundlich egalitären Umgangsformen, wie sie auch zwischen Erwachsenen gelten. Innerhalb und außerhalb der Schule ist es Norm, Kinder in Formen anzusprechen, die von diesen selbst im Umgang mit Erwachsenen gebraucht werden können, ohne als unhöflich zu er-

¹¹⁾ Vgl. Th. W. Adorno, Gesammelte Werke, Bd. 10, Teil 2, Frankfurt 1977, S. 736.

scheinen. Die Definition dessen, was als ein Individuum anzusehen ist, schließt Erwachsene und Kinder unterschiedslos ein. Vielleicht liegt es daran, daß es zur festen Schulfolklore gehört, daß man

auch im schwierigen „Backfischalter“ gerne zur Schule geht. Zum guten Ton in den entsprechenden Altersgruppen bei uns gehört wohl eher eine Abneigung gegen die Schule.

VI. Challenger: Die Verstaatlichung des „amerikanischen Traums“

Die Enteignung der Gemeinden durch den Staat im Bereich der Schulen läßt sich ablesen an einem nationalen Ereignis, das Amerika zu Beginn des Jahres 1986 erschütterte, an der Explosion der Raumfähre „Challenger“. Ihrem Start war die Bedeutung eines Bildungsereignisses zugedacht worden.

Die Repräsentanten des amerikanischen Individualismus, darunter die Reagan-Regierung, hatten den Start der Raumfähre als nationales Ereignis inszeniert. Wichtige Symbole der amerikanischen Tradition sind in Anspruch genommen worden. Sie kündeten von bürgerlichen Tugenden, von individueller Bewährung und utopischen Hoffnungen. Aber de facto ist die Show so totalitär gewesen, als wäre sie in Moskau inszeniert worden. So hat die NASA bei der Auswahl der Astronauten ein sehr gutes Gespür für öffentlich wirksame Symbole bewiesen, als sie eine Lehrerin in die Mannschaft aufgenommen hat. Die Lehrerin ist eine Symbolfigur des zivilisatorischen Fortschritts; sie folgt gewissermaßen dem Cowboy, der der Held der Zeit vor dem Gesellschaftsvertrag ist. Darüber hinaus waren die Vertreter anderer Minderheiten an Bord der Fähre.

Der Weltraum ist als „new frontier“ vorgestellt worden. Die damit verbundenen Phantasien gibt es nur in den USA. Angespielt hat die NASA auf die Besiedelung des Westens. Die entsprechende Legende kündigt von individueller Bewährung bei der Ausdehnung christlicher Zivilisation. Das Raketenprogramm ist als Teil dieses mit immer noch viel Optimismus und massenhaftem Engagement vertretenen historischen Projekts dargestellt und in der Öffentlichkeit auch so verstanden worden. Die Astronauten sind wie tugendhafte Pioniere vorgeführt worden, die gewissermaßen schon einmal mit dem elektronischen Planwagen vorausziehen. In Begriffen dieses Mythos ist auch das Scheitern der Unternehmung beschrieben worden. Die Todesopfer waren gut vorbereitet, sie haben Mut bewiesen, sie haben sich der Herausforderung gestellt, sie haben das Risiko gekannt, und für diesmal hat es nicht geklappt; aber das Zivilisierungsprojekt lassen wir uns nicht stoppen. So mögen viele der Zuschauer empfunden haben. Überindividuelle Kollektivaltäre, auf die man die Opfer des Unglücks hätte legen können, wurden nicht errichtet.

Am Bild der Nation als einem Verein von Privatleuten hat auch der Präsident in seinen Auftritten

eisern festgehalten. Wenn er in der Pose eines Kleinunternehmers bekennt, daß seine Frau, genauer wiedergegeben, daß Nancy und er vom Verlust so tüchtiger und grundständiger Mitbürger sehr betroffen sind, dann trifft er genau das, was man hier von einem Präsidenten erwartet: einen weiteren guten Nachbarn, der seinen Job zuverlässig verrichtet.

Ungeachtet dieser Propaganda ist die amerikanische Vorstellung vom Zivilisationsprojekt unabhängiger Privatleute durch die Inszenierung des Raketenstarts tatsächlich eher strapaziert worden. Das nationale Selbstbewußtsein hat durch dieses Ereignis Einbußen erlitten, aber nicht durch den Absturz der Rakete, sondern schon durch ihren Start. Der Weltraum ist eben nicht der Westen, in dem man sich durch Bewährung im Zivilisierungsprozeß moralisch qualifizieren kann — nimmt man einmal die Legende für bare Münze. Seine Eroberung durch das Pentagon ist etwas ganz anderes als die Aneignung der Natur durch bürgerlichen Gewerbefleiß und biedere Frömmigkeit. Im Weltraum bewähren sich nicht Individuen, sondern die Sozialtechniken der bürokratischen Großorganisationen. Die Leute an Bord der Fähre waren nicht ihre Kommandanten, von deren Tüchtigkeit irgend etwas abhing. Sie hatten eher die Bedeutung von Luftfracht und Schaustücken. Daß die Großbürokratie des Staates das Bild von der „new frontier“ besetzen, ist selbst schon ein Anschlag auf die bürgerliche Kultur.

Die Lehrerin aus der Neighbourhood-School sollte der ganzen Nation vom Weltraum aus eine Unterrichtsstunde halten; das war Programmbestandteil der Show. Diese Verbindung von technischen Umständen mit dem Gedanken der Erziehung kann die Vorstellung von der Selbsterziehung der freien Nachbarn nur unterminieren. Wer kann schon mit einem Stück Kreide und mit aufklärerischen Intentionen gegen die suggestive Wirkung der Weltraumlehrerin antreten. Dieser Gag erinnert nicht an Demokratie, sondern eher an den Geist jener, die in Ost-Berlin den Fernsehturm in den Mittelpunkt der Hauptstadt gerückt haben: Erziehung durch staatlich kontrollierte Einwegkommunikation, gleichviel ob bei Kaffee und Kuchen oder potatoe chips.

Die jungen Leute sollten mit der amerikanischen Tradition individueller Bewährung und unterneh-

merischen Geistes vertraut gemacht werden. Tatsächlich sind sie aber einmal mehr vor den Fernsehapparat gesetzt worden, und das Fernsehen hat schulischen Segen erhalten. In geschlossenen Klassenformationen waren sie versammelt worden, um diesem Ereignis beizuwohnen, und die Medien haben berichtet, als wären sie gleichgeschaltet. Es hat in diesen Tagen wohl niemanden gegeben, der die weiße Explosionswolke vor dem blauen Himmel Floridas nicht mehrfach vorgeführt bekommen hätte. Die Bürger wurden organisiert in Millionen und alle dem gleichen staatlich bezahlten Reiz ausgesetzt. Diese Praxis der Propaganda verkehrt den gemeinten individualistischen Inhalt ins Gegenteil.

Der Raketenstart, das war der Sinn dieser Praxis, geht jeden einzelnen ganz unmittelbar an. Nach dem Absturz hat sich diese Zumutung nationaler Identifikation in der Erwartung geäußert, die Kinder müßten nun von dem Unglück geschockt sein. Widerstand gegen dieses Ansinnen hat eine gewisse Energie erforderlich gemacht. Die neunjährige Sophia aus Deutschland fand, daß sie die Abgestürzten doch gar nicht kenne und daß sich deshalb bei ihr so recht auch Trauer nicht einstellen wollte. Gegen die freundliche Aufgeregtheit und Betroffenheit der nationalen Hinterbliebenen ist sie aber nicht angekommen, und so hat sie auch einen Kondolenzbrief nach Houston geschickt. Um dem unterstellten Schock zu begegnen, haben die Fernsehstationen Psychologen auftreten lassen. Gestützt auf die Autorität der Wissenschaft und auf ihre staatlich sanktionierten Diplome haben sie fachmännische Hilfestellung bei der Trauerarbeit gegeben. Dabei waren sie gelegentlich ganz gut. So hat einer darauf hingewiesen, daß sich das verdrängte Unbewußte gern an solchen Masseninszenierungen festmacht und sich so in heftigen Ausbrüchen auslebt. Dabei hatte er bloß den Absturz der Rakete im Auge, seine Feststellung ist richtig auch für deren Start. Der Glaube an den Fortschritt hat sich alsbald wieder Bahn gebrochen, und Kinder und Bürgerinitiativen haben sich daran gemacht, Geld für den Ankauf einer neuen Fähre zu sammeln.

Das Spektakel von kleinen Kindern und großen Raketen, von weinenden Frauen in Großaufnahme und gefaßter Präsidentenstimme in Stereo hätte so

auch vom Ostberliner Fernsehturm kommen können. Die Leute sind in Anspruch genommen worden für Dinge, die sie buchstäblich nichts angehen. Nichts wird sich am Leben eines Amerikaners durch diesen Unglücksfall ändern. Die Darstellung der Raketen hatte deswegen auch eher den Charakter einer Massensuggestion, die sich nicht an den Kopf wendet, sondern an das Gefühl.

Die Medien haben den Bürgern Kondolenztelegramme zur Kenntnis gebracht, die von Staatsmännern aus verschiedenen Ländern nach Washington geschickt worden waren. Von Gorbatschow bis Gaddafi waren sie vertraut mit der Vorstellung, daß das technische Unglück eine nationale Katastrophe sei, daß Absender und Adressat für Nationales die Regierungen seien und daß Staatsapparate trauern und Trauerbeweise entgegennehmen könnten. Die Medien der amerikanischen Gesellschaft, die ihrem Selbstverständnis nach auf Nüchternheit und Privatheit bedacht ist wie so leicht keine andere, äußerten keinerlei Skepsis oder Überraschung über diese Gesten. Es gibt über alle politischen Kontroversen hinweg offenkundig einen festen Konsensus über die Bewertung und Handhabung derartiger Ereignisse. Welche Regierung führte den Bürgern denn auch nicht staatliche Macht und bürgerliche Ohnmacht mit Hilfe technischer Großprojekte vor? Mit Burgen und Palästen ist kein Staat mehr zu machen. In diesem Gebrauch der Technik ist sich das politische Spitzenpersonal aller Länder einig, und darin versteht man sich auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Autobahneröffnungen, die Inbetriebnahme von Völkerfreundschaftsprojekten oder Raketenstarts, das sind die Requisiten einer internationalen Ideologie, in der der Staat zum Fetisch wird und individuelle Autonomie ihr Opfer. Die Vergötterung überindividueller letzter Werte und politischer Mächte war dem bürgerlich-revolutionären Amerika so fremd wie vielleicht keiner anderen Kultur. Die Bürokratisierung der Lebensverhältnisse durch den Staat schwächt aber auch hier die Prinzipien bürgerlicher Autonomie. Raketenstarts, ihre Inszenierung und die bereitwillige Teilnahme des Publikums an diesem Staatsspektakel werfen ein Licht darauf, daß Amerika im Bürokratisierungsprozeß Europa ähnlicher wird.

Aktuelle Spannungsfelder in den amerikanisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen

Mit Beginn der zweiten Amtsperiode der Reagan-Administration ist eine Neubestimmung der amerikanischen Außenpolitik erfolgt, die im amerikanisch-europäischen Verhältnis insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen betrifft. Die Wirtschaftspolitik blieb in der ersten Amtsperiode Reagans stark binnenwirtschaftlich orientiert. Verfolgt wurde das Ziel, die Inflationsrate auf ein niedriges Niveau zurückzuführen, die private Wirtschaftstätigkeit mit Steuersenkungen anzukurbeln und die Staatsquote durch Ausgabenkürzungen zu senken. Dieses Konzept einer angebotsorientierten Politik in Verbindung mit einer straffen Geldpolitik hat im Außenbereich eine dramatische Verschlechterung der amerikanischen Handelsposition bewirkt. Die Industrie mußte in den letzten Jahren starke Positionsverluste an den internationalen Märkten hinnehmen — in praktisch allen Sektoren und gegenüber allen Handelsregionen. Im vergangenen Jahr belief sich der Importüberschuß im Warenhandel auf rund 160 Mrd. US-Dollar, und die amerikanische Leistungsbilanz wies ein Rekorddefizit von 141 Mrd. US-Dollar aus. Wachsende protektionistische Bestrebungen im Kongreß haben die Handelspolitik der USA zunehmend offensiver werden lassen. Die Handelskonflikte haben dementsprechend zugenommen.

Die Ursachen für die dramatische Verschlechterung der amerikanischen Außenhandelsposition

sind im makroökonomischen Umfeld der Wirtschaftspolitik zu suchen. Der Fehlbetrag im US-Bundeshaushalt ist enorm gestiegen. Seine Finanzierung über die internationalen Kapitalmärkte trieben Zinsraten und Dollarkurs in die Höhe. Von 1981 bis zu seinem Höchststand im Februar 1985 wurde der Dollar von 1.80 DM auf 3.47 DM aufgewertet. Dadurch entstanden für die einheimische Industrie nicht nur preisliche Wettbewerbsnachteile; mit einer Auslandsverschuldung von derzeit rund 300 Mrd. US-Dollar sind die USA zum weltgrößten Schuldnerland geworden. Diese Konstellation — Haushalt-, Handels- und Finanzschwächen von historischer Größenordnung — hat schließlich zur Aufgabe der passiven amerikanischen Wechselkurspolitik geführt und eine wirtschaftspolitische Reorientierung zur internationalen Ebene hin bewirkt. Seit Beginn der zweiten Amtsperiode Reagans sind die USA bemüht, ihr enormes Leistungsbilanzdefizit abzubauen und gleichzeitig die konjunkturelle Stabilität zu bewahren. Damit hat sich neben dem Handelsbereich, in dem die USA mehr Marktzugang und „fair trade“ fordern, in den amerikanisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen ein weiterer Bereich entwickelt, in dem sich auf die westeuropäischen Partner Erwartungen richten. Sie betreffen Fragen des „burden-sharing“ im Rahmen einer verstärkten währungs- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit.

I. Strukturveränderungen und Konfliktbereiche in den Handelsbeziehungen

Das wirtschaftliche und politische Gewicht der USA und Westeuropas, welches über die gemeinsame Handelspolitik der EG-Mitglieder als ein den Vereinigten Staaten ebenbürtiger Partner auftritt, wirkt im multilateralen Handelssystem dominierend. Zusammen entfallen auf die USA und die Europäische Gemeinschaft 34 Prozent des Weltexports und beinahe zwei Drittel des Bruttosozialproduktes (BSP) aller Industrieländer. In den bilateralen Handelsbeziehungen der USA liegt die EG mit rund 130 Mrd. US-Dollar knapp vor Kanada, dem größten individuellen Handelspartner der USA, und Japan an dritter Stelle. Aus Tabelle 1 ist zu ersehen, daß, gemessen am jeweiligen Gesamthandel beider Wirtschaftsräume, der Handel mit der

EG für den amerikanischen Außenhandel von größerem Gewicht ist als umgekehrt der Amerikahandel für die Gemeinschaft. Seit 1980 hat jedoch der EG-Anteil am amerikanischen Import von 15,2 Prozent auf 24,5 Prozent zugenommen; die Lieferungen in die USA am Gesamtexport der Gemeinschaft haben sich von 5,6 Prozent auf 9,3 Prozent erhöht. Die mit einer Exportquote (EG-externe Exporte als Prozent des EG-BSP) von rund 10 Prozent im Vergleich zu den USA (5 Prozent) viel exportabhängigere Gemeinschaft wickelt den Großteil ihres Handels zwar innerhalb des europäischen Raums ab. EG-Handel und Wirtschaftswachstum konnten in den letzten Jahren von der starken Inlandsnachfrage der USA aber profitie-

Tabelle 1: U.S.-Einfuhren nach Region (in Prozent der Gesamtimporte)

	1975	1980	1984	1985	1986
OECD-Europa	21.3	19.2	21.7	22.9	24.1
davon EG	17.3	15.2	18.5	19.6	20.5
davon Bundesrepublik Deutschland	5.6	4.9	5.2	5.9	6.8
Japan	11.8	12.8	17.5	20.0	22.1

U.S.-Ausfuhren nach Region (in Prozent der Gesamtimporte)

	1975	1980	1984	1985	1986
OECD-Europa	27.8	30.3	26.4	26.3	28.1
davon EG	21.4	24.7	23.2	23.0	24.5
davon Bundesrepublik Deutschland	4.9	5.0	4.2	4.2	4.9
Japan	9.0	9.4	10.8	10.6	12.4

EG-Einfuhren nach Region (in Prozent der Gesamtimporte)

	1975	1980	1984	1985	1986
USA	8.2	8.3	8.3	8.0	7.3
OECD-Europa	59.6	59.2	61.0	62.5	67.4
davon Bundesrepublik Deutschland	13.0	12.1	12.5	13.0	15.1
Japan	2.0	2.5	3.3	3.4	4.3

EG-Ausfuhren nach Region (in Prozent der Gesamtimporte)

	1975	1980	1984	1985	1986
USA	5.5	5.6	9.5	10.1	9.3
OECD-Europa	64.2	67.5	64.7	65.4	68.5
davon Bundesrepublik Deutschland	12.3	12.7	12.0	12.0	12.2
Japan	0.9	0.9	1.2	1.2	1.4

Quelle: OECD. Monthly Statistics on Foreign Trade. verschiedene Ausgaben.

ren. Nachdem die EG, anders als zum Beispiel Japan, gewöhnlich mehr Waren aus den USA importiert als nach den USA exportiert hat, kehrte sich dieser Trend in den letzten Jahren um: 1986 ver-

zeichnete sie einen Warenhandelsüberschuß mit den USA von rund 18 Mrd. US-Dollar, verglichen mit einem amerikanischen Defizit gegenüber Japan von 59 Mrd. US-Dollar¹⁾. Tabelle 2

Tabelle 2: Leistungsbilanzsalden (Mrd. US-Dollar)

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 % BSP
USA	-1,0	1,9	6,3	-9,1	-46,6	-106,5	-117,7	-140,6	-3,3
Europa	-6,0	-47,2	-15,9	-12,6	7,6	17,2	24,6	61,5	
davon Bundesrepublik									
Deutschland	-6,0	-15,7	-5,2	4,1	4,2	7,0	13,3	36,0	4,0
Frankreich	5,2	-4,2	-4,8	-12,1	-4,7	-0,8	-0,2	3,7	0,5
Großbritannien	-1,5	6,8	12,5	6,9	4,8	1,7	3,8	-1,6	-0,3
Italien	5,5	-9,7	-8,2	-5,5	0,8	-2,9	-4,2	4,7	0,9
Japan	-8,8	-10,7	4,8	6,9	20,8	35,0	49,2	86,0	4,4

Quelle: IWF, World Economic Outlook, April 1987, S. 18, 150.

macht diese enorme Verschlechterung auf der amerikanischen Seite sowie die hier entstandenen Ungleichgewichte zwischen den USA, Westeuropa und Japan anhand eines Vergleichs der jeweiligen Leistungsbilanzen (die neben dem Waren- auch den Dienstleistungshandel und die Kapitalerträge einschließen) deutlich. Während die 1980 noch positiv abschließende Leistungsbilanz der USA 1986 ein Rekordminus von 141 Mrd. US-Dollar auswies, erwirtschafteten umgekehrt die westeuropäischen Partner – an zweiter Stelle nach Japan – einen Gesamtüberschuß von 62 Mrd. US-Dollar, die Bundesrepublik allein 36 Mrd. US-Dollar.

Die enorme Verschlechterung der amerikanischen Handelsposition ist aber auf weitergehende Veränderungen zurückzuführen. Die USA importieren mehr aus den Entwicklungsländern als Westeuropa oder Japan, und die Schuldenkrise der Dritten Welt hat das amerikanische Exportgeschäft wesentlich stärker belastet, weil sie zum Zusammenbruch der traditionellen amerikanischen Exportmärkte in Lateinamerika führte. Gemessen am Volumen ging der Weltimport der lateinamerikanischen Länder im Zeitraum 1981–86 um 27 Prozent zurück, während diese Länder ihre Weltexporte um 13 Prozent steigern konnten. Dies hat dazu beigetragen, daß der 1980 noch rund 30 Mrd. US-Dollar betragende US-Exportüberschuß im Fertigwarenhandel mit den Entwicklungsländern sich nach fünf Jahren in ein etwa gleichwertiges Handelsminus verwandelte.

Mit der rapiden Verschlechterung der amerikanischen Außenhandelsposition haben sich in den transatlantischen Beziehungen auch die Handelskonflikte gehäuft. Die Zunahme der Warenimporte aus aller Welt und der Verlust amerikanischer Absatzmärkte im Ausland machen sich im innenpolitischen Umfeld der USA dadurch bemerkbar, daß nicht nur importbedrängte Branchen größere Anstrengungen unternehmen, der Regierung Schutzmaßnahmen abzurufen.

Wie die Forderungen im Kongreß nach „fair trade“ und „reciprocity“ veranschaulichen, hat die amerikanische Toleranzschwelle gegenüber Handelschranken und anderen wettbewerbsverzerrenden Praktiken im Ausland einen Tiefstand erreicht. Als Folge haben sich die transatlantischen Auseinandersetzungen nicht nur im landwirtschaftlichen Bereich verschärft. Auch beim Handel mit Hochtechnologieprodukten und Dienstleistungen haben sich Konfliktherde gebildet.

Die Handelskonflikte haben nicht zuletzt an Virulenz gewonnen, weil Meinungsverschiedenheiten verhinderten, daß frühzeitig eine neue Runde multilateraler Verhandlungen zur Handelsliberalisierung im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zustande kamen, um protektionistischen Forderungen, vor allem im amerikanischen Kongreß, die Spitze zu nehmen. Die im Herbst 1986 schließlich offiziell eröffnete „Uruguay-Runde“ soll den Abbau insbesondere der nichttariflichen Handelshemmnisse fortsetzen, den Agrarhandel liberalisieren und multilaterale Verhaltensregeln für bislang unregelte Bereiche wie Dienstleistungshandel, Direktinvestitionen und

¹⁾ Vgl. Europe, No. 268. Delegation of the Commission of the European Communities, Washington, July/August 1986, S. 29.

Schutz geistigen Eigentums festlegen²⁾). Obwohl sich diese außerordentlich komplexen Verhandlungen zur Stärkung und Ausweitung der multilateralen GATT-Handelsrunde über Jahre hinwegziehen dürften, wird sich das amerikanisch-europäische Kooperationsvermögen bereits in einem frühen Verhandlungsstadium erweisen müssen. Die Reagan-Administration wünscht schnelle Zwischenergebnisse, weil sie Kongreß und Wirtschaft gegenüber beweisen muß, daß die Verhandlungen konkrete Handelsvorteile bringen.

Auf westeuropäischer Seite macht man sich indessen weitaus mehr Sorgen über ein umfassendes Handelsgesetz, das der Kongreß gegenwärtig erarbeitet. Durch die Vorlage würden zwar notwendige Verhandlungsvollmachten des Präsidenten für die Uruguay-Runde verlängert, sie enthält aber eine ganze Reihe protektionistischer Elemente und ist von westeuropäischer Seite aufs schärfste attackiert worden. Zu den offensiven Bestimmungen zählen Verschärfungen der amerikanischen Antidumping- und Ausgleichszollregeln, um der einheimischen Industrie die Einleitung entsprechender Beschwerde- und Untersuchungsverfahren gegen ausländische Lieferer zu erleichtern. Andere, zum Teil handelssektor- oder länderspezifische Bestimmungen legen die Betonung jedoch deutlich auf ein härteres Vorgehen gegen „unfaire“ Behinderungen amerikanischer Exporte und Auslandsaktivitäten durch die Handelspraktiken anderer Regierungen. Darunter fällt das sogenannte „Gephardt-Amendment“, das Ländern Strafmaßnahmen androht, die sich auf diese Art und Weise „excessive and unwarranted trade surpluses“ erwirtschaften.

Die EG-Kommission hat den USA Vergeltungsmaßnahmen für den Fall angekündigt, daß die Handelsvorlage nicht wesentlich modifiziert werden sollte und vor der Gefährdung der neuen GATT-Runde gewarnt. Die schärfsten Bestimmungen dürften an der ambivalenten Stimmung im Kongreß selbst und nicht zuletzt an der Veto-Bereitschaft Reagans scheitern. Für die Erneuerung der Verhandlungsvollmachten werden sowohl die Reagan-Administration als auch die Handelspartner der USA die Fortschreibung eines „Verfahrensprotektionismus“ im amerikanischen Handelsrecht in Kauf nehmen müssen, der bereits im Handelsgesetz von 1974 anlässlich der Tokio-Runde festzustellen war. Um so mehr wird deshalb der gemeinsame Wille zur Zusammenarbeit bei der Stärkung der multilateralen Handelsregeln an den Verhandlungstischen des GATT erforderlich sein. Solange hier und beim Abbau des US-Handelsdefizits keine beträchtlichen Fortschritte gemacht werden, bleiben insbesondere der Agrarhandel, aber auch der

Hochtechnologie- und Dienstleistungsbereich Gegenstand konfliktgeladener bilateraler Konkurrenzbeziehungen.

1. Der Agrarhandel

Die USA und die EG sind nicht nur die größten Agrarexporteure der Welt, sondern auch die schärfsten Antagonisten im Streit um agrarpolitische Reformen. Daß bei der fortschreitenden Liberalisierung des Welthandels dieser Sektor weitgehend ausgespart worden ist, liegt an der jahrzehntelangen Protektion der Landwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks. Obwohl der Agrarbereich ein chronisches Konfliktfeld der transatlantischen Beziehungen ist und die von der EG praktizierte gemeinsame Agrarpolitik wegen ihrer effektiven Abschottung des europäischen Marktes schon in den sechziger Jahren zur Zielscheibe amerikanischer Handelsbeschwerden wurde, hat sich die Lage seit Beginn der achtziger Jahre noch wesentlich zugespitzt. Die auf einem komplexen System der Preisstützungsmechanismen aufbauende Gemeinschaftspolitik deckt heute mehr als 90 Prozent der Agrarproduktion innerhalb der EG (im Vergleich zu 50 Prozent der EG-Produktion Anfang der sechziger Jahre)³⁾. Sie verursacht inzwischen nicht nur chronische Haushaltskrisen in Brüssel, sondern Produktionsüberschüsse, deren subventionierter Export die EG in Teilbereichen wie Getreide zum Nettoexporteur und zum Rivalen der USA auf dem Weltmarkt gemacht hat. Diese Entwicklung bewirkt eine zunehmende Verlagerung bilateraler Agrarkonflikte weg vom EG-Binnenmarkt und hin zum Weltmarkt. Zwar sind Exportsubventionen nach den Regeln des GATT insofern grundsätzlich verboten, als sich ein Land dadurch keine Anteile am Weltexport zu Lasten anderer verschaffen darf. Zur Frustration auf amerikanischer Seite stehen in der Praxis diesbezügliche Interpretationsschwierigkeiten einer effektiven Regelung von Streitfällen im Wege.

Verschärfte Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten treffen die exportorientierten amerikanischen Farmer zu einer Zeit, wo sie durch Verschuldung und rückläufige Auslandsumsätze die schwerste Einkommenskrise seit den dreißiger Jahren durchmachen. Obwohl die Landwirtschaft der USA zu den effizientesten der Welt gehört, sank ihr traditioneller Exportüberschuß, der anderweitige Defizite in der US-Handelsbilanz auszugleichen hilft, von 26,6 Mrd. US-Dollar 1981 auf

²⁾ Zur Verhandlungsaenda der Uruguay-Runde siehe Ministerial Declaration on the Uruguay Round, GATT Press Release GATT/1396 vom 25. September 1986.

³⁾ Vgl. Jürgen B. Donges, *Whither International Trade Policies? Worries about Continuing Protectionism*. Beitrag zur Second Biennial Conference of Research Institutes des Institute for International Economics, Washington, September 1986.

5 Mrd. US-Dollar im vergangenen Jahr⁴). Mit rund 6,5 Mrd. US-Dollar (25 Prozent aller US-Agrarexporte) bleibt die EG der wichtigste, allerdings rückläufige Absatzmarkt, während Japan aufgerückt ist. Zudem ist der Exportüberschuß der USA gegenüber der EG in diesem Sektor seit 1980 durch sinkende Ausfuhren bei gleichzeitigem Importanstieg geschrumpft. Bemühungen um den Abbau der eigenen Programme zur Einkommensstützung sind in den USA gescheitert und die Gesamtaufwendungen derart sprunghaft gestiegen, daß sie diejenigen der EG nun übertreffen. Vor allem aber wird die Kritik an der Agrarpolitik der EG inzwischen von offensiven Exportsubventionen zur Rückeroberung verlorengangener Märkte sekundiert. Zielscheibe ist insbesondere Frankreich, das als größter Agrarexporteur der Gemeinschaft den europäischen Widerstand gegen ein von der Reagan-Administration gefordertes Verbot aller Exportsubventionen anführt.

Mit der „Globalisierung“ des transatlantischen Agrarkonflikts — insbesondere zu Lasten von Drittländern — sind die bilateralen Auseinandersetzungen in diesem Bereich einem ständigen Krisenmanagement unterworfen. Die Beispiele des sogenannten „Pasta-Kriegs“, bis hin zu den amerikanischen Kompensationsforderungen in Verbindung mit der EG-Süderweiterung um Spanien und Portugal, zeigen, daß Eskalation und politische Vernunft gefährlich nahe beieinander liegen, bevor beide Seiten sich schließlich zu einer Kompromißlösung durchringen. Der Ansatz für bilaterale Regelungen ist aber begrenzt, so daß dauerhafte Lösungen nur über multilateral ausgehandelte Agrarreformen gefunden werden können. Der nächste Konflikt zeichnet sich bereits in der Androhung von Vergeltungsmaßnahmen ab, sollte 1987 ein von den USA als diskriminierend und illegal attackiertes Fleischhormonverbot der EG in Kraft treten. Daß der Agrarhandel überhaupt zum Gegenstand ernsthafter Liberalisierungsbemühungen in der Uruguay-Runde erklärt wurde und beide Seiten nun dabei sind, ihre Verhandlungspositionen zu konkretisieren, dürfte bereits ein Fortschritt sein. Um sich die politische Unterstützung der Farmer-Lobby zu erhalten, die in den USA eine einflußreiche Wählergruppe ist und zu den freihändlerischen Kräften zählt, drängt die Reagan-Administration auf den Abschluß eines Abkommens über Reformmaßnahmen noch vor Ablauf ihrer Amtszeit.

Dieses Anliegen, wie auch der jüngst im GATT eingebrachte amerikanische Aktionsplan zur radikalen Eliminierung aller Agrarsubventionsprogramme und Einfuhrbeschränkungen bis zum Jahr 2000, findet innerhalb der EG wenig Unterstüt-

zung⁵). Doch hat sich die EG-Kommission in einem Gegenentwurf bereit erklärt, zunächst über eine abgestimmte Stabilisierung der Märkte zu verhandeln, mit der Aussicht auf eine langfristig koordinierte Verringerung der Maßnahmen zur Preisstützung. Dies entspricht den gegenwärtigen Bemühungen Brüssels, strengere Mechanismen zur Eindämmung der Agrarüberschüsse und -ausgaben der Gemeinschaft durchzusetzen. Die überstrapazierte Agrarkasse der EG wird vom nicht minder haushaltgeplagten Gegenspieler USA als letztlich bestes Druckmittel für eine Verhandlungsbereitschaft auf beiden Seiten gewertet. Auf die agrarpolitische Finanzlage der EG wirkt sich auch der zunehmende Verfall des Dollars negativ aus, was mit ein Grund für die EG-Kommission ist, auch eine möglichst geschlossene europäische Front gegenüber den USA bei der Währungspolitik zu fordern.

2. Verschärfte Konkurrenz und Konflikte im Bereich der Hochtechnologie

Strukturbedingte Anpassungszwänge haben sowohl in Westeuropa als auch den USA Diskussionen über Stand und Förderungsmöglichkeiten der eigenen Wettbewerbsfähigkeit ausgelöst. Während nationale und gemeinschaftliche industriepolitische Anstrengungen der Verbesserung vorhandener Wettbewerbsgrundlagen dazu beigetragen haben, daß die westeuropäische Selbsteinschätzung der internationalen Konkurrenzfähigkeit heute wesentlich optimistischer ist als noch zu Beginn der achtziger Jahre, beschäftigt das Problem der Wettbewerbsfähigkeit die USA derzeit umso stärker. Eine verschärfte Konkurrenz zwischen den USA, Japan und Westeuropa auf dem Technologiesektor hat dazu geführt, daß die Handelskonflikte der achtziger Jahre vor den Bereichen des Handels mit hochtechnologisierten Waren und dem Dienstleistungsverkehr nicht mehr halt machen. Eine gezielte Förderung von Technologie und Innovation erfolgt im westeuropäischen Kontext durch die Initiativen der EG oder einzelner europäischer Länder, das technologische Know-how in einer — inzwischen ansehnlichen — Liste von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu bündeln. Hierzu zählt das 1984 gestartete zehnjährige Programm ESPRIT (European Strategic Program for Research and Development in Information Technology), das 1985 angelaufene Projekt Eureka in Reaktion auf die amerikanische „Strategic Defense Initiative“, RACE (Research and Development in Advanced Communication Technologies in Europe) und BRITE (Basic Research in Industrial Technologies in Europe).

⁵) Vgl. Eliminate All Farm Trade Barriers, U.S. Proposes, U.S. Policy Information and Texts vom 6. Juli 1987, S. 21–24; Ablehnung der US-Agrarinitiative durch Brüssel, Neue Zürcher Zeitung vom 9. Juli 1987, S. 9.

⁴) A Comparison of Agriculture in the United States and the European Community. U.S. Department of Agriculture, Economic Research Service, June 1987, S. 17.

Hauptzielsetzung bei all diesen Projekten ist es, Kooperationsvorhaben zwischen Firmen und Forschungseinrichtungen europäischer Staaten zu fördern, um Rückstände bei Technologien aufzuholen bzw. den eigenen Unternehmen im Bereich der Hochtechnologie durchschlagende Vorteile auf dem europäischen und Weltmarkt zu verschaffen.

In den USA hat das Wirtschaftsprogramm der Reagan-Administration im Bereich der kommerziellen Technologiepolitik auf Eigenleistungen der Privatwirtschaft gesetzt und das Schwergewicht der staatlichen Direktmittel für Forschung und Entwicklung auf den militärischen Bereich gelegt. Inzwischen ist die gesamte amerikanische Industrie in Schwierigkeiten geraten. Nicht nur Basisindustrien wie Textil und Stahl, welche sich schon länger im chronischen Zustand des Abbaus und der Umstrukturierung befinden, mußten in den letzten Jahren weitere Marktverluste hinnehmen. Erstmals gerieten auch die Hochtechnologiebranchen, auf die rund 30 Prozent der US-Exporte entfallen, vom Regen in die Traufe. Eine von der Regierung beauftragte Commission on Industrial Competitiveness (Young-Kommission), die 1985 einen Empfehlungskatalog zur Sicherung der eigenen Hochtechnologieleistung erstellte, warnte, daß auch die technologische Überlegenheit der USA nicht mehr selbstverständlich sei: „Obwohl für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine Steigerung der technologischen Fähigkeiten in West-Europa und Japan erwartet werden mußte, geben die Geschwindigkeit und die Ausdauer der Veränderung der Position gegenüber den Vereinigten Staaten Anlaß zur Beunruhigung. Auf dem High-Technology-Sektor, der dem Rest der US-Wirtschaft stark überlegen ist, hat sich der Anteil am Weltmarkt nur für ein Produkt verbessert, nämlich für Computer, während die anderen an Boden verloren haben“⁶⁾. Im vergangenen Jahr haben die USA ihren allerersten Importüberschuß in diesem Sektor verzeichnet. Entsprechend mehren sich die Fälle, wo wettbewerbschwachen High-Tech-Branchen mit Ad-hoc-Maßnahmen der Importkontrolle und Subventionierung unter die Arme gegriffen wird. Öffentliche Mittel zur Innovationsförderung fließen verstärkt – vorwiegend über den Verteidigungshaushalt – in die bereits durch Abkommen zur freiwilligen Exportbeschränkung (Japan, Taiwan) geschützten Werkzeugmaschinenindustrie. Ähnliche Unterstützung wird auch der Zusammenschluß amerikanischer Chip-Hersteller im kommerziellen Entwicklungsprojekt „Sematech“ erhalten, mit dem man den japanischen Vorsprung im Halbleitermarkt bei der nächsten Generation der Mikrochip-Verarbeitung überholen will. Obwohl die Mittel aus dem Pentagon kommen, ist der Akzent auf kommer-

zielle Förderung und nicht auf militärische Forschungs- und Beschaffungsprogramme gesetzt. Sowohl die Werkzeugmaschinen- als auch die Halbleiterindustrie erhalten verstärkt finanzielle Unterstützung, nachdem die Administration vorher mit dem Argument ihrer militärischen Bedeutung handelspolitische Schutzmaßnahmen ergriffen hat. Ließ sich zu früheren Zeiten überzeugend argumentieren, daß sicherheitspolitische Nationalinteressen eine liberale Handelspolitik erforderlich machten, geht der Trend zusehends in die andere Richtung.

Wirtschaft und Regierung versprechen sich von der Dollarabwertung seit 1985 hier wie auch anderswo eine baldige Wende zum Besseren. Die Optimisten, die wie der Präsident an die ungebrochene Stärke des amerikanischen Unternehmertums glauben, haben bisher die Oberhand behalten, wenn es auch pessimistische Stimmen gibt, die strukturelle Schwächen der amerikanischen Leistungsfähigkeit sehen⁷⁾. Die Administration hat in ihren diesjährigen Handelsgesetzesvorschlägen jedenfalls diverse Empfehlungen der Young-Kommission aufgegriffen – nicht zuletzt um politische Gruppierungen, die für mehr industriepolitische Staatsaufsicht oder Importschutz plädieren, zu beschwichtigen. Statt dessen sollen Auszubildende, Wissenschaftler und Technologie gefördert, der Schutz von geistigem Eigentum verbessert sowie die bestehenden Exportkontrollen im Rahmen des Export Administration Act unter anderem bei Produkten gelockert werden, über die die USA kein Technologiemonopol besitzen. Im letztgenannten Bereich klagen die Hersteller lizenzpflichtiger Waren, sie würden von ausländischen Abnehmern zunehmend gemieden⁸⁾.

Stärker noch als nach Europa blicken die USA im internationalen Technologiewettlauf in Richtung Pazifik. Das Zusammenschmelzen ihrer Außenhandelsüberschüsse im Bereich hochtechnologischer Produkte seit Beginn der achtziger Jahre ist weniger auf steigende Importe aus dem westeuropäischen Raum zurückzuführen als auf Importe aus Japan und den südostasiatischen Schwellenländern⁹⁾. Wie die scharfe Kritik und anschließende GATT-Beschwerde der EG hinsichtlich einer amerikanisch-japanischen Kartellvereinbarung bei Halbleitern illustriert, werden durch die von den USA mit der pazifischen Seite erwirkten Preis- oder

⁷⁾ Zu diesen unterschiedlichen Einschätzungen siehe u. a. C. Fred Bergsten, *Crisis and Reform*, in: *Vital Speeches of the Day*, LIII (1987) 9, S. 281–288; Peter G. Peterson, *The Morning After*, in: *The Atlantic Monthly*, October 1987, S. 43–69.

⁸⁾ *Export Controls*, Hearings before the Subcommittee on International Finance and Monetary Policy of the Committee on Banking, Housing and Urban Affairs, U.S. Senate, 100th Congress, first session, March 12 and 17, 1987.

⁹⁾ *The U.S. Trade Position in High Technology: 1980–1986*. A Report prepared for The Joint Economic Committee of the United States Congress, Washington, October 1986.

⁶⁾ *Global Competition. The New Reality. The Report of the President's Commission on Industrial Competitiveness*, Washington, January 1985, Vol. II, S. 309.

Exportbeschränkungsvereinbarungen auch die europäischen Märkte betroffen. Die gegen ausländisches industriepolitisches „targeting“ (das heißt staatlich gelenkte Entwicklung bestimmter Industrien, Produktionsbranchen oder Technologien), Dumping- und Subventionspraktiken gerichtete Handelsoffensive der USA hat aber auch direkte Zusammenstöße mit den westeuropäischen Verbündeten bewirkt.

3. Die Airbus-Kontroverse

Die USA fühlen sich vor den Kopf gestoßen, da das europäische Projekt Airbus, welches Ende der sechziger Jahre gestartet wurde, um der damals weltweiten Dominanz der amerikanischen Flugzeugindustrie ein europäisches Gegengewicht zu schaffen, inzwischen in den USA Marktanteile gewinnt. Daß die Airbus-Industrie, wie sich Undersecretary of Commerce, Bruce Smart, jüngst ausdrückte, zum „major industrial trade issue with Europe“¹⁰⁾ geworden ist, hat zwei Gründe. Erstens verbuchen die USA beim zivilen Flugzeugbau zwar immer noch Exportüberschüsse, aber die Industrie befürchtet konkurrenzbedingte rückläufige Umsätze in einem Zeitalter, in dem steigende Entwicklungskosten einen harten Kampf um das Auftragsvolumen auslösen. Zweitens ist der Erfolg des expandierenden, sich bisher jedoch nicht selbstfinanzierenden Airbus-Programms den Subventionsmaßnahmen der beteiligten Regierungen zu verdanken, was in den Augen Washingtons unfaire Wettbewerbsbedingungen schafft. Die von einheitlichen Herstellern unter Druck gesetzte US-Regierung sah sich schließlich zur Beschwerde veranlaßt, Airbus habe im vergangenen Jahr mit einer unfairen Preispolitik rund die Hälfte der Neuaufträge amerikanischer Luftfahrtgesellschaften eingestrichen. Auf europäischer Seite, wo die öffentlichen Forschungsausgaben der USA im Verteidigungsbereich als Subvention der Industrien im Hochtechnologiesektor gewertet wird, wird daran erinnert, daß der Flugzeugsektor ebenso konstante staatliche Hilfe durch Militäraufträge erhält und amerikanische Unternehmen außerdem durch Auftragsbeteiligung am europäischen Programm profitieren. Ein handfester Konflikt, den unilaterale Vergeltungsmaßnahmen unweigerlich auslösen würden, ist bisher durch die Verlagerung der Auseinandersetzungen in das GATT vermieden worden. Sollte hier keine politische Einigung erzielt werden, könnte auf Airbus eine offizielle Subventionsbeschwerde der Hersteller unter dem US-Handelsrecht zukommen und zu Strafzöllen führen. Dies wäre um so wahrscheinlicher, wenn eine im Kongreß gestartete Initiative, den Anwendungsbe-
reich für das entsprechende Untersuchungsverfahren

ren explizit auf internationale Konsortien auszuweiten, erfolgreich wäre.

4. Der Telekommunikationsbereich

Den anderen Bereich wachsender transatlantischer Handelsbeziehungen bildet die Telekommunikation: Hier liegt die EG als weltweit zweitgrößter Markt vor Japan, aber noch weit hinter den USA¹¹⁾. Es ist das besondere Anliegen der amerikanischen Regierung, im Rahmen der Uruguay-Runde erstmals auch beim privaten Dienstleistungsverkehr, zu dem nicht nur der Telekommunikationssektor, sondern zum Beispiel auch das Bankenwesen, Transportleistungen, Versicherungen und der Bausektor gehören, international geltende Verhaltensnormen zu schaffen und Liberalisierungsschritte einzuleiten. Der Weltdienstleistungshandel beläuft sich jährlich schätzungsweise auf etwa 400 Mrd. US-Dollar oder ein Fünftel des Güterhandels. Rund 75 Prozent davon entfallen auf den Raum der OECD. Die USA, gefolgt von Großbritannien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Japan sind die wichtigsten Exporteure und Importeure¹²⁾. Abgesehen von direkten Handelsaktivitäten der Dienstleistungsunternehmen ist dieser Bereich für Entwicklung und Vermarktung von Hochtechnologieprodukten, den Investitionen und dem gesamten verarbeitenden Gewerbe von zunehmender Bedeutung – sowohl in seinen nationalen als auch internationalen Dimensionen. Er ist nicht nur in den USA, sondern auch in Europa die „Beschäftigungs“-Industrie für etwa 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung und trägt mit etwa derselben Größenordnung zum Bruttosozialprodukt beider Wirtschaftsräume bei. Obwohl der amerikanische Exportanteil im Vergleich zu den europäischen Ländern nicht herausragend ist und der Dienstleistungshandel allein zum Abbau der amerikanischen Handelsbilanz nur einen geringen positiven Beitrag leisten kann, sind restriktive Praktiken im Ausland zum Gegenstand vielfältiger Beschwerden einflußreicher amerikanischer Großunternehmen geworden.

Zwar hat diese multilaterale Initiative auch bei der EG Unterstützung gefunden. Doch zeigen die in den letzten Jahren auftretenden amerikanisch-europäischen Spannungen im Telekommunikationsbereich, daß der Weg in Richtung Liberalisierung ein besonders beschwerlicher ist, weil die Fortschritte auf EG-Ebene hinsichtlich der Freizügigkeit im Dienstleistungsverkehr noch weit hinter denen des Warenverkehrs liegen. Was den europäi-

¹¹⁾ Telecommunications, in: The Economist vom 17. Oktober 1987, S. 10; ebenso Stephanie Faul, Liberalizing Europe's Telecommunications, Europe, No. 269, Delegation of the Commission of the European Communities, Washington 1987, S. 22–23.

¹²⁾ World Invisible Trade, British Invisible Exports Council, London 1986, S. 14–15.

¹⁰⁾ Airbus is major trade issue with Europe, Smart says, U.S. Policy Information and Texts, No. 112 vom 23. Juni 1987, S. 24.

schen Telekommunikationsmarkt angeht, gibt es weder eine homogene Infrastruktur noch weitgehenden privaten Wettbewerb. Das Telephonnetz bildet ein Strickwerk national unterschiedlicher technischer Standards und Nutzergebühren. Im Unterschied zu den USA werden Dienstleistungs- und Endgerätektoren von staatlichen Postmonopolen reguliert; die zersplitterten EG-Beschaffungsmärkte dominieren die jeweiligen nationalen Computer- und Telekommunikationsproduzenten, so daß es selbst für europäische Anbieter schwer ist, außerhalb von Erwerbsbeteiligungen bzw. Zusammenschlüssen Zugang zum Markt des Nachbarlandes zu erhalten. 1985 belief sich die Importpenetrationsrate im Endgerätbereich in den USA auf 14 Prozent, in Großbritannien auf 9 Prozent und für Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland auf nicht einmal 3 Prozent¹³).

II. Gemeinsame Lastenteilung beim Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte: Währungs- und wirtschaftspolitische Kooperation

Blieb die Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration während der ersten Amtszeit stark nach innen konzentriert und die gegen Importbeschränkungen und unfaire Wettbewerbsbedingungen im Ausland gerichtete Handelsoffensive das zentrale Instrument der Kontrolle protektionistischer Strömungen im Inland, so ist seit 1985 eine grundlegende wirtschaftspolitische Reorientierung nach außen erfolgt. Wegen der Dominanz des Dollars als wichtigster Leit- und Reservewährung, ihres größeren Weltwirtschaftsgewichts und niedrigen Außenhandelsanteils sind die USA in der Lage, Anpassungen an außenwirtschaftliche Zwänge länger ignorieren zu können als die kleineren europäischen Partner oder Japan. Damit verbunden ist auch eine gewisse Neigung, den externen Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik weniger Beachtung zu schenken. So zeichnet sich praktisch jede amerikanische Regierung seit den siebziger Jahren durch ein anfänglich währungspolitisches „benign neglect“ aus, dem früher oder später Initiativen folgen, die dadurch entstehenden Fehlentwicklungen im Außenbereich im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit mit den westlichen Verbündeten zu meistern¹⁴). Im Fall der gegenwärtigen Regierung war die Phase des „benign neglect“ — an der internen finanzpolitischen und externen währungspolitischen Front — besonders lang, das daraus resultierende Ungleich-

seit mit dem Auseinanderbrechen des amerikanischen Privatmonopols A.T. & T. der US-Telekommunikationsmarkt zunehmend liberalisiert und für ausländische Anbieter interessant geworden ist, steht die Administration unter innenpolitischem Druck, von den Europäern für diese Konzession, die als einseitige Leistung der USA angesehen wird, Gegenleistungen der Öffnung ihrer eigenen, lukrativen Märkte zu verlangen.

Wenn es einen Bereich gibt, in dem sektorspezifische „Reziprozitäts“-Forderungen im Kongreß handelsgesetzliche Konsequenzen haben dürften und die Europäer vor die Wahl gestellt werden, entweder über eine Öffnung ihrer Märkte zumindest zu verhandeln oder ihre eigenen Aktivitäten im amerikanischen Markt eingeschränkt zu sehen, dann ist es der hier genannte.

gewicht der Handels- und Leistungsbilanzen wesentlich größer als in vergleichbaren Situationen während der siebziger Jahre. Der inzwischen angelaufene Prozeß der Korrektur dieses Ungleichgewichts, um den es in den transatlantischen Diskussionen über gemeinsame währungs- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit geht, könnte sich für die USA als lang und schmerzhaft erweisen.

1. Die makroökonomischen Hintergründe

Während die amerikanische Inflationsrate von 13,5 Prozent 1980 auf 1,9 Prozent im vergangenen Jahr gedrückt werden konnte, schnellte im gleichen Zeitraum das Bundeshaushaltsdefizit von 74 Mrd. US-Dollar (2,7 Prozent des BSP) auf 212 Mrd. US-Dollar (5 Prozent des BSP)¹⁵). Gemessen am Sozialprodukt ist der Stand der Netto- und Bruttoverschuldung im Vergleich etwa zu vielen westeuropäischen Ländern nicht auffallend hoch, doch stößt eine wachsende Kreditnachfrage in den USA viel schneller an die Grenzen der wesentlich niedriger nationalen Sparquote. Hohe Realzinsen zogen ausländisches Kapital an und führten zur anhaltenden Aufwertung des Dollars gegenüber anderen Hauptwährungen wie der DM und dem Yen. In Westeuropa (und Japan), wo im Gegensatz zur expansiven Haushaltspolitik der USA ein konsequenter fiskalpolitischer Sparkurs verfolgt wurde, kam es im Sog des Zinsenanstiegs ebenfalls zu erheblichen Zinssteigerungen, und die Zentralbanken versuchten,

¹³) U.S. and Europe Dominate 150 US-Dollar on World Market. Financial Times vom 21. September 1985, S. 4.

¹⁴) Vgl. C. Fred Bergsten, America's Unilateralism, in: Fred Bergsten/Etienne Davignon/Isamu Miyazaki, Conditions for Partnership in International Economic Management, The Trilateral Commission, New York 1986, S. 3-14.

¹⁵) Economic Report of the President, Washington 1987, S. 331.

durch eine restriktive Geldpolitik weitere Abwertungen ihrer Währungen gegenüber dem Dollar entgegenzuwirken und den Abfluß der privaten Ersparnisse in die USA im Interesse der eigenen Binnenkonjunktur zu unterbinden. Seit 1980 hat sich auch hier die zweistellige durchschnittliche Inflationsrate auf 3,6 Prozent (EG-Durchschnitt im Jahr 1986) zurückgebildet, während die Arbeitslosenquote mit einem EG-Durchschnitt über 11 Pro-

zent wesentlich höher liegt als in den USA, wo sie mit rund 6 Prozent auf das geringste Niveau seit mehr als sieben Jahren zurückgefallen ist. Insgesamt gesehen ist die westeuropäische Konjunktur-entwicklung seit Beginn der achtziger Jahre die schwächste der Nachkriegsgeschichte. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, fiel das reale Wirtschaftswachstum in den USA insbesondere in den Jahren 1983 und 1984 wesentlich höher aus.

Tabelle 3: Reale Wachstumsraten im Vergleich (in Prozent)

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	Durchschnitt 81-86
USA	1,9	-2,5	3,6	6,4	2,7	2,5	2,4
Europa	-0,1	0,4	1,6	2,6	2,5	2,4	1,6
davon Bundesrepublik Deutschland	0	-1,0	1,8	3,0	2,5	2,4	1,5
Frankreich	0,5	1,8	0,7	1,5	1,4	2,2	1,4
Großbritannien	-1,4	1,5	3,5	2,9	3,4	2,5	2,1
Italien	0,2	-0,5	-0,2	2,8	2,3	2,8	1,2
Japan	3,7	3,1	3,2	5,1	4,7	2,5	3,7

Quelle: IWF, World Economic Outlook, April 1987, S. 118.

Das außenwirtschaftliche Phänomen stellt natürlich die asymmetrische Entwicklung der Leistungsbilanzsalden der USA auf der einen und Westeuropas und Japans auf der anderen Seite dar. Den Hauptgrund bildet die wesentlich stärkere, über den internationalen Kapitalmarkt finanzierte, amerikanische Binnennachfrage. Waren es die USA, welche in den fünfziger und sechziger Jahren mit Kapalexporten den wirtschaftlichen Wiederaufbau ihrer europäischen Verbündeten mitfinanzierten, kehrte sich die Situation in den achtziger Jahren um. Die aus Europa und Japan stammenden Nettokapitalimporte, die den Ausgleich zum Defizit der US-Leistungsbilanz bilden, machten 1983 1,1 Prozent und 1986 schätzungsweise 3,5 Prozent des BSP aus¹⁶⁾. Dieses externe Kapitalangebot verhinderte zwar das „crowding out“ privater Investitionen in den USA, welches der steigende Kreditbedarf der öffentlichen Hand normalerweise bewirkt hätte. Doch wurde die Binnennachfrage über steigende Einfuhren gesättigt, mit deren Größenordnung die amerikanischen Ausfuhren aufgrund des starken Dollars, einer schwächeren Nachfrage in den europäischen Wirtschaften und einem starken Nachfragerückgang in den hochverschuldeten Ländern der Dritten Welt nicht mithalten konnten.

Was im währungs- und wirtschaftspolitischen Bereich der Beziehungen zwischen den USA und den

größten europäischen Ländern eine Phase verstärkter Kooperationsbemühungen eingeleitet hat, sind die nunmehr deutlichen Bemühungen der Reagan-Administration, das große Leistungsbilanzdefizit abzubauen, ohne dabei einen abrupten Konjunkturreinbruch zu riskieren. Das amerikanische Interesse, Westeuropa und Japan in eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik einzubinden, die diesem Ziel förderlich wäre, hat allerdings auch Auseinandersetzungen über die notwendigen Anpassungen der binnenwirtschaftlichen Entwicklungen bewirkt.

2. Die Anfangsphase der konzertierten Dollarkurs-Steuerung

Den Ausgangspunkt für eine intensivere Koordinierungspolitik bildet das „Plaza-Abkommen“ vom September 1985¹⁷⁾, mit dem die Reagan-Administration ihre passive währungspolitische Haltung aufgab und damit der Weg frei wurde, im Rahmen der sich aus den Hauptwährungsländern USA, der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, sowie Japan zusammensetzenden Fünfer-Gruppe eine Rückführung des Dollarkurses zu erreichen.

¹⁶⁾ Linking Trade and Budget Deficits, in: National Journal vom 14. Februar 1987, S. 374 f.

¹⁷⁾ Announcement of the Ministers of Finance and Central Bank Governors of France, Germany, Japan, the United Kingdom, and the United States, New York, September 22, 1985, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 62 vom 23. September 1985, S. 1-3.

Während der ersten Amtsperiode Präsident Reagans hatten europäische Notenbanken und Finanzminister wenig Erfolg gehabt, die amerikanische Regierung für eine koordinierte Wechselkurspolitik zu gewinnen. Da die europäischen Partner durch die Zinspolitik der USA und den steigenden Dollarkurs ihren eigenen konjunkturpolitischen Spielraum eingegrenzt sahen, wurde das amerikanische Haushaltsdefizit sehr früh zur Zielscheibe heftiger europäischer Kritik¹⁸⁾. Washington nahm hier den Standpunkt ein, daß die 1983 anlaufende konjunkturpolitische Lokomotive USA über die gestiegenen westeuropäischen Exporterlöse zur dortigen konjunkturellen Erholung beitrug. Die sich mit dem 1983 in den USA einsetzenden Konjunkturaufschwung ergebende Chance für einen Budgetausgleich wurde nicht ergriffen, weil Reagan sich von der Hoffnung leiten ließ, daß Wachstum und Steuerentlastung mehr Staatseinnahmen bringen und weitere Ausgabenkürzungen im Zivilbereich das übrige tun würden. Dies hat sich als ein fundamentaler Irrtum erwiesen. Als die Außenhandelsungleichgewichte stetig zunahmen, verharrte jede Seite auf der Position, daß die andere finanzpolitische Anpassungsmaßnahmen ergreifen sollte.

Es hat lange gedauert, bis sich innerhalb der amerikanischen Administration überhaupt die Einsicht durchsetzen konnte, daß zwischen der Haushaltslage, dem von Reagan als Symbol der wirtschaftlichen und politischen Stärkung der Nation gepriesenen Dollar, und der Handelsschwäche ein Zusammenhang bestand und es hier etwas zu tun gab. Das letztlich kritische Element im außenwirtschaftlichen „benign neglect“ lag in der Fehleinschätzung des Präsidenten, daß der Dollar zwar einen Symbolwert hatte, durch die protektionistischen Bestrebungen in den USA jedoch gleichzeitig die Integrität des liberalen Handelssystems in Frage stellte und die den Marktprinzipien verbundene Administration an der Handelsfront in immer größere innenpolitische Bedrängnis brachte. Die innenpolitische Lage spitzte sich zu, als immer mehr Wirtschaftsgruppen der Handels- und Währungspolitik ihre Unterstützung aufkündigten und der Kongreß ernsthaft über die Erhebung einer zeitweiligen Einfuhrsteuer zu diskutieren begann.

Das mit dem „Plaza-Abkommen“ schließlich erfolgte währungspolitische Umdenken der Reagan-Administration machte die Rückführung des Dollars nun zum Korrekturinstrument des Abbaus der US-Handels- und Leistungsbilanzdefizite. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für einen Kurswechsel waren günstig. Der Dollarkurs wies bereits

eine rückläufige Tendenz auf, und ein „leaning with the wind“ war für die Reagan-Administration, die Devisenmarktinterventionen als kostspielig und ineffektiv abgelehnt und sich zuvor nur bei ungewöhnlichen Devisenmarktstörungen eingeschaltet hatte, schon akzeptabler. Wie im Plaza-Kommuniqué betont wurde, trugen die Wechselkurse einer veränderten Konstellation der Wirtschaftsdaten in den jeweiligen Hauptwährungsländern nicht genügend Rechnung. Im transatlantischen Raum hatte sich das existierende Konjunktur- und Inflationsgefälle aufgrund einer in den USA rückläufigen Konjunkturentwicklung bei gleichzeitig verbesserten Aussichten insbesondere in der Bundesrepublik vermindert. In der Frage, welche geld- und fiskalpolitische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung eines nichtinflationären Wirtschaftswachstums in den Hauptwährungsländern zu ergreifen seien, konnte man sich im „Plaza-Abkommen“ nur auf allgemeine politische Selbstverpflichtungen einigen: Die USA würden ihr Haushaltsdefizit reduzieren, während insbesondere die Überschußländer Japan und die Bundesrepublik Deutschland einem Wirtschaftskurs zusagten, der die Konvergenz der nationalen Entwicklungen in den beteiligten Ländern in Richtung eines anhaltend nichtinflationären Wachstums stützen würde.

3. Wirtschaftsrisiken und politische Spannungsfelder der währungs- und wirtschaftspolitischen Kooperation

Die wachsende Verflechtung der globalen Geld- und Kapitalmärkte, deren Bewegungspotential viel unberechenbarer ist als die Handelsströme, hat die USA in ein wirtschaftspolitisches Dilemma gebracht. Auf der einen Seite gelang es ihnen, für ein langjähriges „deficit spending“ privates Auslandskapital zu mobilisieren, ohne das Vertrauen der Dollaranleger zu verlieren. Auf der anderen Seite haben sie sich mit ihrer Haushaltspolitik in eine Situation hineinmanövriert, die für sie bisher unbekannte Abhängigkeiten und Unwägbarkeiten birgt. Sie münden in die zentrale Frage, die seit dem währungspolitischen „Plaza-Abkommen“ im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Abstimmungsbestrebungen, aber auch der hierbei auftretenden politischen Konflikte zwischen den USA und ihren wichtigsten Partnerländern steht: Wie kann das amerikanische Leistungsbilanzungleichgewicht abgebaut werden, ohne daß eine Rezession entsteht?

Das erste mit dieser Frage angesprochene Problem stellen die internationalen Finanzmärkte und ihre Erwartungen hinsichtlich der Stabilität einer Wirtschaft mit wachsender Auslandsverschuldung. Die Gefahr, daß es zu einem dramatischen Dollarverfall kommen könnte, der eine Korrektur der amerikanischen Außenposition über eine Rezession erzwingen würde, wird in der inneramerikanischen Dis-

¹⁸⁾ Vgl. Ulrich Damm, Divergenzen und Konvergenzen im nordatlantischen Dialog, dargestellt am Beispiel der Diskussion um Währungs-, Zins- und Umschuldungsprobleme, in: Die Beziehungen zwischen der EG und den Vereinigten Staaten. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e. V., Band 21, Baden-Baden 1984, S. 67–79.

kussion unter dem Begriff der „harten“ Talfahrt oder „weichen“ Landung des Dollars diskutiert. Die „harte“ Landung und ihre möglichen Folgen wären „ein tiefer Sturz des Dollars, unerschwingliche Importe, eine lange Rezession, verschärfter Protektionismus, wuchernde Inflation und eine erhebliche Absenkung des amerikanischen Lebensstandards“¹⁹⁾. Um ihr Leistungsbilanzungleichgewicht in möglichst „weicher“ Landung des Dollars und damit bei anhaltender Konjunktur abbauen zu können, müssen die USA einen restriktiveren fiskalpolitischen Kurs einschlagen. Zwar sollte sich der Dollarrückgang durch die preisliche Wettbewerbsstärkung der amerikanischen Industrie nach einer gewissen Zeit in steigenden Exporten und abnehmenden Importen niederschlagen und damit eine Verbesserung der Leistungsbilanz bewirken. Ist jedoch die Kapitalzufuhr geringer als sie gesamtwirtschaftlich zur Finanzierung der Leistungsbilanz und des Haushalts benötigt wird, steigen die Zinsen und lösen möglicherweise eine Rezession mit weltweiten Folgen aus. Um diesen zweigleisigen Anpassungsprozeß bei fortgesetzter stabiler konjunktureller Entwicklung von außen her abzusichern, wird eine parallele Stimulierung der Inlandsnachfrage auf seiten der Länder mit externen Überschüssen, der Bundesrepublik und Japans, für erforderlich gehalten²⁰⁾.

Der außenwirtschaftspolitische Kurs der Reagan-Administration setzt sich seit 1985 aus zwei Strategien zusammen: Die aus der Überbewertung des Dollars resultierenden Wettbewerbsverschiebungen im Außenhandel sollen nun auf dem umgekehrten Weg der Dollarabwertung korrigiert werden. Wie tief der Dollar fallen muß, weiß allerdings niemand. Weiterhin sollen die westeuropäischen Länder (und Japan), angeführt von der Bundesrepublik, expansive geld- und finanzpolitische Maßnahmen ergreifen. Der Grund dafür ist, daß man in US-Regierungskreisen neben dem Dollarproblem auch den transatlantischen „growth-lag“ für das Leistungsbilanzdefizit verantwortlich hält²¹⁾. Die geforderte Stärkung der Binnennachfrage im westeuropäischen Wirtschaftsraum würde eine haushaltssparpolitisch bedingte nachlassende Binnennachfrage in den USA kompensieren. Mit ihr wären die Exportchancen der USA nach Europa größer, und der gesamten Weltwirtschaft würde ein Wachstumsimpuls gegeben. Auf diese Weise würde die Gefahr gemindert, daß die entstandenen Ungleichgewichte zwischen den USA, Japan und Westeuropa über eine weltweite Wirtschaftskrise abgebaut

werden. Mit einer rezessiven Entwicklung in den USA sind eine Reihe von Gefahren verbunden. Der Abbau des US-Außendefizits würde über den Rückgang des Welthandels laufen, welcher seit 1986 bereits an Schwung verloren hat. Das Wachstum und Offenhalten der Märkte in den Industrieländern ist für die Bewältigung der andauernden Finanzkrise in den verschuldeten Entwicklungsländern unabdingbar, nicht zuletzt aber auch für die Stabilität des amerikanischen Bankensystems. In den USA selbst könnte eine anhaltende defizitäre Haushaltslage bei einer Rezession zum Faß ohne Boden werden. Außerdem will die Reagan-Administration angesichts der näherrückenden Präsidentschaftswahlen Ende 1988 unter allen Umständen eine Rezession vermeiden.

Dieser Fahrplan des gemeinsamen „economic burden-sharing“ ist bei den wichtigsten europäischen Partnern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, auf Skepsis und Ablehnung gestoßen. Man sieht die Hauptsache für die amerikanischen Probleme in der „hausgemachten“ Finanzpolitik der USA. Eine erfolgreiche Steuerung wirtschaftspolitischer Koordinationsmaßnahmen setzt aber auch eine Übereinstimmung der grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen voraus, und die Konzeptionen der Europäer sind anders. So hält die bundesdeutsche Regierung, die nach Meinung der amerikanischen Administration die Vorreiterrolle im westeuropäischen Raum spielen soll, ihren eigenen wirtschaftspolitischen Spielraum für begrenzt. Eine starke Lockerung der Geldpolitik läuft der — aus Erfahrung erforderlichen — hohen Priorität für Preisstabilität entgegen, könnte Vertrauensverluste bei den Unternehmen bewirken und sich damit negativ auf Investitionen und Innovation auswirken²²⁾. Auf der fiskalpolitischen Seite wird der Spielraum durch die für 1990 geplante Steuerreform und die Sparpolitik der öffentlichen Hand bestimmt, wobei die auch in anderen westeuropäischen Ländern gemachten Anstrengungen der Haushaltskonsolidierung zu den europäischen Erfolgen der letzten Jahre gehören. Diese Bemühungen der Schaffung stabiler binnenwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung will man nicht aufs Spiel setzen. Auf westeuropäischer Seite wird auch die Arbeitslosigkeit als ein strukturpolitisches Problem angesehen, das sich nicht über weitere expansive Mittel lösen läßt.

Die ablehnende Haltung der bundesdeutschen Regierung gegenüber den amerikanischen Forderungen nach mehr wirtschaftlicher Expansion wird nicht zuletzt auch durch die schlechten Erfahrungen bedingt, die mit einer ähnlichen Verteilung der Aufgaben gemacht würde, welche die Carter-Administration 1978 propagierte, um die damaligen

¹⁹⁾ Peter G. Peterson, *The Morning After*, in: *The Atlantic Monthly*, October 1987, S. 46.

²⁰⁾ Die ausführlichste Analyse dieses internen Anpassungsprozesses, seiner externen Abstützung und der potentiellen Gefahren bietet Stephen Marris, *Defizite und der Dollar*, Hamburg 1986.

²¹⁾ Vgl. U.S. Tough Trade Talk May Be Paying Off., in: *The Wall Street Journal* vom 27. März 1987, S. 16.

²²⁾ Vgl. Joachim Starbatty, *Krisenmanagement oder Ordnungspolitik*, in: *Wirtschaftsdienst*, Nr. 3, 1986, S. 128.

Dollar- und Handelsschwächen der USA zu meistern. Der damals von der Bundesrepublik (und Japan) eingeschlagene Kurs der finanzpolitischen Expansion führte zu einer rapiden Verschlechterung der deutschen Leistungsbilanz und zwang die Bundesrepublik letztlich, trotz rückläufiger konjunktureller Entwicklung die monetäre Bremse zu ziehen, um Inflationstendenzen und Außenposition kontrollieren zu können.

4. Fortschritte der währungs- und wirtschaftspolitischen Koordinierung

Wenn sich im Rahmen der bi- und multilateralen Konsultationen auch erhebliche Dissonanzen über die Verteilung der Anpassungslasten ergeben haben, ist der Prozeß der gegenseitigen Abstimmung im währungs- und wirtschaftspolitischen Bereich schrittweise vorangekommen.

So existierte nach dem „Plaza-Abkommen“ ein erster gemeinsamer wirtschaftspolitischer Kooperationsbedarf bei der Senkung des Zinsniveaus in den USA, Europa und Japan, um die konjunkturelle Entwicklung in den USA zu stützen. Das Resultat waren koordinierte Diskontsatzsenkungen, bei der die deutsche Bundesbank die von den USA für dringlich erachtete Vorreiterrolle zunächst auch übernahm. Die amerikanische Notenbank befürchtete nämlich, daß sich die Dollarabwertung auf den Devisenmärkten beschleunigen würde, wenn die USA hier zuerst oder unilateral aktiv wären. Zu jenem Zeitpunkt hatte der Dollar gegenüber der DM schon 30 Prozent und gegenüber dem Yen rund 50 Prozent seines zu Beginn 1985 erreichten Wertes verloren. Während der sich nach der Plaza-Erklärung beschleunigenden Dollarabwertung hatte US-Notenbankchef Volcker schon zuvor gewarnt, daß der Dollar in die „Gefahrenzone“ geraten könne, die einen Vertrauensverlust der Devisen- und Kapitalmärkte in die Wirtschaftspolitik des Landes auslösen könne.

Als sich die Bundesrepublik wegen der hier bereits hohen Geldliquidität zwei weiteren Zinssenkungsabsprachen nicht anschloß, für die Washington jedoch Japan gewinnen konnte, kam es zu ernsthaften politischen Auseinandersetzungen. In Washington wollte man die deutsche Haltung nicht akzeptieren, wie es in dem anschließenden „Peitschen- und-Zuckerbrot“-Taktieren von Finanzminister Baker deutlich zum Ausdruck kam. Dieser versuchte, den Druck auf Bonn zunächst über eine Politik des „Herunterredens“ des Dollars gegenüber der DM zu erhöhen, während auf seine weitere Initiative Ende Oktober 1986 eine bilaterale Übereinkunft mit Japan (Baker-Miyazawa-Agreement) getroffen wurde, in Verbindung einer gleichzeitigen Zusage Tokios weiterer Maßnahmen der Wirtschaftsexpansion die bestehende Dollar-Yen-Pari-

tät fortan gemeinsam auf Stabilisierungskurs zu halten²³⁾.

Auf dem Wirtschaftsgipfel von Tokio²⁴⁾ im Mai 1986 kam man überein, daß im Rahmen der um Italien und Kanada erweiterten Siebener-Gruppe der Finanzminister und Notenbankchefs eine regelmäßige gegenseitige Überwachung („multilateral surveillance“) der nationalwirtschaftlichen Entwicklungen stattfinden soll, deren Grundlage ein Korb von Wirtschaftsindikatoren (Inflationsraten, Wachstumsrate, Zinssätze etc.) bildet. Dieses „Indikatorenkonzept“ trägt der Tatsache Rechnung, daß stabile Wechselkursrelationen eine breite Übereinstimmung in den wirtschaftlichen Grunddaten der einzelnen Länder voraussetzt. Allerdings ist dieses Prüfungsverfahren mit keinen verbindlich wirkenden Handlungsvorgaben verbunden, so daß wirtschaftspolitische Anpassungsmaßnahmen eine Frage der Verhandlungspolitik und der „peer pressure“ der beteiligten Regierungen bleibt. Auf dem diesjährigen Gipfeltreffen von Venedig ist dieser Koordinierungsprozeß jedenfalls nochmals bekräftigt worden.

Das jüngste Abkommen über eine gemeinsame wechsellkurspolitische Steuerung bildet der sogenannte „Louvre-Akkord“ vom Februar 1987, mit dem die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Siebener-Gruppe einen konzertierten Versuch unternommen haben, einen weiteren Wertverfall des Dollars zu verhindern. Der währungspolitischen Aussage dieses Abkommens zufolge hatten die bereits erfolgten Wechselkursveränderungen eine gute Grundlage zum Abbau der bestehenden Außenhandelsungleichgewichte geschaffen und entsprachen nunmehr weitgehend den vorhandenen ökonomischen Grunddaten in den Hauptwährungsländern²⁵⁾. Gegenüber der DM hatte der Dollar mit einem Wert von 1.82 DM wieder das Niveau von 1981 erreicht und in den westeuropäischen Wirtschaften die Exportaktivitäten bereits unter spürbaren Druck gesetzt. Vor dem Hintergrund aufkommender Turbulenzen auf den Devisenmärkten, sowohl im Herbst 1986 als auch im Frühjahr 1987, näherten sich die jeweiligen Interessenlagen der Bundesrepublik und der USA in der Form von Zugeständnissen einander an. Bonn erklärte sich zu zusätzlichen konjunkturstimulierenden Maßnahmen im Zuge der 1988 in Kraft tretenden Steuer-

²³⁾ Zu diesem amerikanisch-japanischen Abkommen vgl. Text of Statement on Economic Cooperation, in: The New York Times vom 1. November 1986, S. 39.

²⁴⁾ Communiqué des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio. Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 34 vom 6. Mai 1987, S. 1–3; zur Analyse siehe auch Elke Thiel, Der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio, in: Außenpolitik, 37 (1986) 3, S. 211–21.

²⁵⁾ Erklärung der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der sechs großen Industrieländer vom 22. Februar 1987, Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, Bulletin Nr. 20 vom 25. Februar 1987, S. 15759.

vergünstigungen bereit, während die amerikanische Regierung einer Stabilisierung der Wechselkursrelationen zwischen dem Dollar, der DM und dem Yen auf dem damaligen Niveau zustimmte und ihre Selbstverpflichtung zur zügigen Haushaltskonsolidierung nochmals bekräftigte.

5. Fortbestehende Spannungsfelder

Die Erwartungen, die auf amerikanischer Seite in die Wirtschaftsexpansion im westeuropäischen Raum und auf westeuropäischer Seite in die amerikanische Haushaltspolitik gesetzt werden, haben im Laufe des Jahres zu weiteren politischen Spannungen geführt. So ist das Verständnis der USA gering dafür, daß die Bundesrepublik sich mit einer diesjährigen Wachstumsrate zufrieden gibt, die aufgrund der wechselkursbedingt verringerten Exportnachfrage unter dem Niveau von 1986 liegen wird. Umgekehrt verzeichnet die amerikanische Wirtschaft eine anhaltend günstige Konjunktorentwicklung, doch ist die Haushaltsproblematik nur mühsam in den Griff zu bekommen.

Die politische Selbstverpflichtungen der Administration gegenüber ihren drängenden westeuropäischen Partnern, hier energisch zu handeln, haben sich konsequent auf Kürzungen auf der Ausgaben-seite beschränkt, und das Wort „Steuererhöhungen“ wurde bislang sorgsam gemieden. Die Situation in den USA illustriert die unterschiedliche Vorgehensweise bei der inzwischen auch in Europa Fuß fassenden angebotsorientierten Steuerpolitik. Eine Haushaltskonsolidierung zählt im wirtschaftspolitischen Instrumentarium vieler westeuropäischer Regierungen zu den Voraussetzungen für eine Steuerentlastung, wogegen in den USA beide Ziele parallel angestrebt wurden und dabei die finanzpolitische Stabilität verloren ging²⁶). Daß das sich 1986 auf rund 220 Mrd. US-Dollar belaufende Bundesdefizit nur langsam in das Bewußtsein der Öffentlichkeit eingedrungen ist, liegt zum Teil daran, daß sich viele Amerikaner nicht daran erinnern können, wann ihre Regierung einmal nicht mehr Geld ausgab, als sie hat. Im politischen System haben sich Präsident und Kongreß in der Frage der Lösungsansätze zu blockieren gewußt. Fest steht, daß weder heute noch morgen eine Mehrheit der republikanischen oder der demokratischen Kongreßmitglieder eine Einkommenssteuererhöhung unterstützen würde. Reagan selbst hat sich lange geweigert, über die Erhöhung jeglicher Steuern im Kongreß zu verhandeln; andererseits konnten seine dort eingebrachten Sparpläne bei den zivilen Ausgaben sich nicht durchsetzen lassen. Nach einem ersten Anlauf von Seiten des Kongresses aus, mit dem 1985 ver-

abschiedeten „Balanced Budget and Emergency Control Act“ (Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz) beide Seiten in die Zwangsjacke einer stufenweisen Haushaltsanierung bis 1991 zu stecken (der letztlich aber auf verfassungsrechtliche Hürden stieß), ist nun eine Neuauflage dieses Gesetzes in Kraft getreten. Dabei sind aber auch die jährlichen Zielvorgaben für den angestrebten Haushaltsausgleich gestreckt worden. Die gute Nachricht, daß sich die Haushaltslage mit einem für das Fiskaljahr 1987 geschätzten Fehlbetrag von noch 148 Mrd. US-Dollar rascher gebessert hat als erwartet, hat die Skepsis vieler europäischer und amerikanischer Beobachter nicht mindern können und sich letztlich auch für die internationalen Börsen und Devisenmärkte als „nicht gut genug“ erwiesen. Dahinter stecken keine sparpolitischen Anstrengungen, sondern hauptsächlich einmalige Mehreinnahmen, die darauf zurückzuführen sind, daß amerikanische Steuerzahler verstärkt Absetzungsmöglichkeiten ausgenutzt haben, die durch die Steuerreform von 1987 künftig entfallen. Auch wenn die gesetzlich für das angelaufene Fiskaljahr 1988 vorgeschriebene Mindestkürzung um 23 Mrd. US-Dollar erfolgen wird, könnte das Defizit in den nächsten Jahren wieder wachsen²⁷). Allerdings hat sich der Dollar inzwischen der Gefahrenzone genähert, und die Finanzmärkte haben den Druck verstärkt, was die amerikanische Regierung schließlich veranlaßt hat, insbesondere in der Haushaltsfrage doch energischer zu handeln.

Neben den Unsicherheiten, die von den Erwartungen der Geld- und Devisenmärkten ausgehen, läßt die Verbesserung der amerikanischen Außenhandelsposition zu wünschen übrig. Der Geist des Plaza-Abkommens schien sich im vergangenen Jahr durch die ersten transatlantischen Meinungsunterschiede in der Frage zu verflüchtigen, inwieweit der Dollar bereits genug gefallen bzw. das Wechselkurssystem überfordert sei. Daß es innerhalb der amerikanischen Regierung kein geschlossenes Meinungsbild in dieser Frage gibt und im Finanz- und Handelsministerium sowie im Büro des amerikanischen Handelsbeauftragten eine weitere Korrektur des Dollarkurses nach unten nicht ausgeschlossen wird, hängt damit zusammen, daß dort unter dem Gesichtspunkt der Kontrolle des protektionistischen Drucks der Entwicklung des Außenhandels und den Reaktionen des Kongresses weitaus mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, als es die amerikanische Notenbank tut. Das „Louvre-Abkommen“ hat hier zwar ein Einvernehmen herbeigeführt, daß die Wechselkurse auf dem bestehenden Niveau stabilisieren soll. Das Problem liegt aber darin, daß die US-Handelsbilanz auf die enorme Dollarabwertung gegenüber den anderen Hapt-

²⁶) C. Randall Henning, *Macroeconomic Diplomacy in the 1980s*, Atlantic Papers No. 65, The Atlantic Institute for International Affairs, Paris 1987, S. 13.

²⁷) Red Ink Rising, in: *National Journal* vom 5. September 1987, S. 2204 ff.

währungen viel langsamer reagiert als ursprünglich erwartet.

Nachdem im vergangenen Jahr das Importvolumen immer noch zunahm, dürfte sich das amerikanische Handelsdefizit in diesem Jahr gerade stabilisieren²⁸⁾. Indessen hat in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in den meisten anderen westeuropäischen Ländern die erwartete Abnahme der Exportaktivitäten bei steigendem Importvolumen viel früher eingesetzt²⁹⁾. Nach den GATT-Analysen sind in den USA die Wechselkurseffekte auf der Importseite durch die dort nach wie vor stärkere Inlandsnachfrage aufgehoben worden. Der Fehleinschätzung amerikanischer Handelsexperten, die ihre optimistischen Prognosen mit den positiven Erfahrungen der USA bei entsprechenden Abwertungsphasen während der siebziger Jahre abstützen, liegen verschiedene Faktoren zugrunde. Dazu zählt die Dauer der Dollarüberbewertung, der heute weitaus größere Fehlbetrag in der US-Handelsbilanz sowie veränderte strukturelle Besonderheiten der weltwirtschaftlichen Integration der USA. Ein wichtiger Teil des amerikanischen Handels entfällt auf Kanada und die südostasiatischen Länder, deren Währungen von der Abwertung des Dollars gegenüber dem Yen und den europäischen Währungen nicht betroffen waren. Japanische und europäische Unternehmen sind bestrebt, trotz Gewinnverlusten ihre Marktanteile in den USA zu verteidigen; ein Großteil der europäischen Güterexporte in die USA fallen unter die Kategorie der Investitionsgüter, wo die preisliche Konkurrenzfähigkeit

eine weniger ausschlaggebende Rolle spielt als in anderen Wirtschaftssektoren; außerdem ist die Abhängigkeit der amerikanischen Industrie von importierten Fertigungsteilen gewachsen³⁰⁾. Trotz der überaus langsamen Wende in der amerikanischen Handelsposition hat jedoch die Dollarabwertung im innenpolitischen Umfeld der Handelspolitik als ein Gegengewicht gegen den protektionistischen Druck im Kongreß wirken können.

Die Frage bleibt, ob die bisherigen währungs- und wirtschaftspolitischen Korrekturmaßnahmen ausreichen. Wie die jüngsten Einbrüche der internationalen Börsen und Devisenmärkte deutlich machen, ist das Vertrauen der privaten Dollaranleger in die amerikanische Wirtschaftspolitik gefährdet. Als Folge davon wird das amerikanische Leistungsbilanzdefizit derzeit über enorme Dollarkäufe der europäischen Notenbanken finanziert. Zu Beginn des Jahres begannen zudem auf den amerikanischen und europäischen Kapitalmärkten die Zinsen wieder zu steigen, unter anderem weil eine Beschleunigung der US-Inflationsrate registriert wird. Diese Entwicklungen deuten an, daß der Trend der Einflußnahme der Politik auf die Erwartungen der Devisen- und Finanzmärkte in die andere Richtung umschlägt: Die internationalen Märkte beginnen die Politik zu kontrollieren. Selbst die USA können einem weiteren Dollarverfall nur mit einer glaubwürdigeren Budgetpolitik begegnen. War der transatlantischen Kooperationsbereitschaft bei der Absicherung eines stabilitätsorientierten währungs- und finanzpolitischen Kurses bisher die Härteprobe des Krisenmanagements erspart, ist die Zeit, in der leere Absichtserklärungen die Märkte beeindruckten, vorbei. Es zählen mehr denn je die Taten.

²⁸⁾ Handelsexperten in und außerhalb der Regierung hatten für 1987 eine Reduzierung des Handelsbilanzdefizits um bis zu 30 Mrd. US-Dollar vorhergesagt. Vgl. Yeutter sees little hope of major cuts in US deficit, in: Financial Times vom 2. September 1987, S. 1.

²⁹⁾ New GATT Report sees moderate 1986 trade growth maintained in 1987, Press Release, GATT/1419, 25. September 1987, S. 5, 8.

³⁰⁾ Vgl. Johannes von Thadden, Rollentausch im Welthandel, in: Wirtschaftsdienst, Nr. XI, 1986, S. 579; Trade Deficit: Cheaper Dollar Not a Cure-All, in: The New York Times vom 4. Februar 1987, S. A1/D3.

US-Asienpolitik: ASEAN als Partner und Verbündeter

I. ASEAN: Profil einer aufstrebenden Gemeinschaft

In Asien ist mit ASEAN, der Organisation südostasiatischer Staaten, seit nunmehr 20 Jahren ein neues wirtschaftliches Zentrum im Entstehen begriffen, das weltweit heute auch als wichtiger regionalpolitischer Faktor Anerkennung gefunden hat. ASEAN wurde am 8. August 1967 mit einer Absichtserklärung der fünf Außenminister von Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur und den Philippinen gegründet. 1984 kam Brunei Darussalam als jüngstes Mitglied hinzu. In der „Erklärung von Bangkok“ legten die südostasiatischen Staaten ihre Entschlossenheit dar, die „regionale Zusammenarbeit in Südostasien im Geiste von Gleichheit und Partnerschaft zu fördern und damit einen Beitrag zu Frieden, Fortschritt und Wohlstand in der Region zu leisten“¹⁾.

Regionale Ungleichheit und Gegensätze sollten durch den politischen Willen zu gemeinsamen Entwicklungsstrategien überwunden werden, um die wirtschaftliche und soziale Stabilität der Mitgliedstaaten zu sichern und externe Einmischungsversuche durch die Großmächte auszuschließen. Ausländische Stützpunkte im ASEAN-Gebiet sollten nur temporär sein und – solange sie nicht die nationale Unabhängigkeit und Entwicklung beeinträchtigen – nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der betroffenen Staaten bleiben.

Auf eine formale Charter, die eine Ratifizierung verlangt und womöglich die zukünftige Flexibilität von ASEAN beschränkt hätte, wurde ebenso verzichtet wie auf die Entwicklung elaborierter Strukturen. Nach der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs ist das oberste entscheidende Gremium der ASEAN die alljährlich stattfindende Ministertagung der Außenminister. Tagungsort ist die Hauptstadt eines der ASEAN-Länder, die sich in alphabetischer Reihenfolge als Gastgeberland abwechseln. Neben den nationalen ASEAN-Sekretariaten gibt es seit 1976 in Jakarta das zentrale ASEAN-Sekretariat mit dem ASEAN-Generalsekretär.

In insgesamt 9 Ausschüssen (Industrie und Rohstoffe, Handel und Tourismus, Ernährung und

Landwirtschaft, Finanz- und Bankwesen, Verkehr und Kommunikation, Haushalt, soziale Entwicklung, Kultur und Information, Wissenschaft und Technologie) werden alle Aktivitäten der ASEAN im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich vorbereitet. Weitere wichtige Organe sind der Ständige Ausschuß, der sich aus dem Außenminister des gastgebenden Landes und den fünf Botschaftern der anderen Mitgliedstaaten zusammensetzt, sowie die ASEAN-Industrie- und Handelskammer (ASEAN CCI), der zur Bewältigung ihrer Aufgaben zahlreiche Fachgremien und Arbeitsgruppen zur Seite stehen.

In der ersten Phase ihrer Entwicklung war ASEAN eine reine Außenminister-Organisation, in der sich die zwischenstaatliche Kooperation vornehmlich auf den ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich beschränkte. Diese politische Zurückhaltung wurde jedoch 1976 auf der ersten Gipfelkonferenz in Bali aufgegeben, wo der „Vertrag über die freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit in Südostasien“ und die „Erklärung über den gemeinsamen Willen der ASEAN“ unterzeichnet wurde. Bali war die erste Demonstration eines gemeinsamen politischen Willens und kann so als Zäsur in der Entwicklung von ASEAN gesehen werden, die seitdem an Tempo und Aktivität gewann.

Parallel zu diesem Wandel der Prioritäten gingen größere Veränderungen im regionalen und internationalen Umfeld einher, wie die weltweite Energiekrise, Rezession und Inflation, der wachsende Nahrungsmittelbedarf in den Ländern Südostasiens sowie die potentiellen Gefahren eines vereinten Vietnam. Die Notwendigkeit zur engeren politischen Zusammenarbeit und Stärkung der ASEAN wurde umso dringlicher erkannt, als es nun zu beweisen galt, daß die ASEAN-Staaten nicht nur eine Reihe von Dominosteinen bildeten und der Bedrohung durch kommunistische Subversion und eines erstarkten Indochina erfolgreich zu widerstehen vermochten. Der kommunistische Sieg in Vietnam, das über eine größere Armee verfügt als alle ASEAN-Staaten zusammen, wirkte so als Katalysator auf die Entwicklung von ASEAN, das seine einzige Chance, um langfristig gesehen mit Vietnam konkurrieren zu können, in der Intensivierung der

¹⁾ Joint Communiqué, 1st Ministerial Meeting vom 8. August 1967; vgl. auch The ASEAN Declaration, in: Michael Haas (Hrsg.), Basic Documents of Asian Regional Organizations, Vol. IV, New York 1974, S. 1269.

politischen Kooperation und der Stärkung der nationalen Ökonomien sah.

Die Ereignisse in den darauffolgenden Jahren, angefangen mit dem vietnamesisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag im November 1978 und der ständig stärker werdenden militärischen Präsenz der Sowjetunion in Vietnam, der Invasion Kambodschas einen Monat später, gefolgt von dem Krieg zwischen Vietnam und der Volksrepublik China sowie der zunehmenden sino-sowjetischen Rivalität in Südostasien, leiteten schließlich einen weiteren Wandel von ASEAN ein.

Indem sich durch den Kambodscha-Konflikt die Basis eines Modus vivendi mit Vietnam radikal verändert hatte, wurde der sich seit dem Bali-Gipfel entwickelnde Trend zur außen- und sicherheitspolitischen Koordinierung wesentlich verstärkt. Die

noch 1971 in der sogenannten ZOPFAN-Erklärung (Zone of Peace, Freedom and Neutrality) dargelegten Prinzipien waren von der Realität der regionalpolitischen Entwicklung überholt worden. Da die Voraussetzungen für die angestrebte Neutralisierung Südostasiens nicht mehr gegeben waren, blieb den ASEAN-Staaten nichts anderes übrig, als Sicherheitsbeziehungen zu den USA und anderen nicht-kommunistischen Staaten selbst für offiziell „blockfreie“ Staaten für akzeptabel zu erklären. Obwohl die Gemeinschaft nicht als politische bzw. sicherheitspolitische Allianz etabliert worden war und die bestimmenden Motive der ASEAN-Gründung sich formal auf die ökonomische, soziale und kulturelle Zusammenarbeit beschränkten, ist die Sicherung der politischen Stabilität heute das wichtigste Ziel von ASEAN.

II. Entwicklung der Partnerschaft

Vor dem ersten US-ASEAN Dialog im September 1977 war das gegenseitige Verhältnis seitens der USA durch wohlwollendes Desinteresse gekennzeichnet. Die Regierung Carter war bei ASEAN alles andere als populär, da ihre Menschenrechtspolitik von den asiatischen Staaten als Diskriminierung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten empfunden wurde.

In Präsident Fords „Pazifik-Doktrin“ von 1975 war die Organisation südostasiatischer Staaten nicht einmal erwähnt worden. Die Doktrin, die das fortgesetzte Interesse Amerikas in Asien demonstrieren und die Zweifel der asiatischen Alliierten an der Zuverlässigkeit der USA als Bündnispartner zerstreuen sollte, vermochte jedoch kaum die Begeisterung der südostasiatischen Staaten zu wecken. Diese sahen sich mit dem kontinuierlichen Rückzug der Amerikaner aus der Region konfrontiert, und die USA machten auch keinerlei Anstalten, ASEAN in ihren Bemühungen um die Verwirklichung einer „Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität“ zu unterstützen. Diese Politik der Gleichgültigkeit und Ignoranz begann sich erst mit dem Amtsantritt Ronald Reagans zu ändern, der die Notwendigkeit erkannte, auf der Basis gemeinsamer Wertvorstellungen und Ideale intensive Beziehungen zu den ASEAN-Staaten zu pflegen²⁾.

Da die herrschenden Eliten in den ASEAN-Staaten innere Stabilität und sozialen Status quo stärker betonen als die Partizipation der Massen am politischen System, würde die Unterstützung der USA an die quasi-autoritären Regime der ASEAN-Län-

der — dessen war sich auch die Reagan-Administration bewußt — weiterhin problematisch bleiben. Um jedoch keine unüberwindbare Dichotomie zwischen moralischen Prinzipien und pragmatischen Erfordernissen entstehen zu lassen und um die Menschenrechte nicht von den strategischen Interessen und der übrigen Außenpolitik abzukoppeln, setzte die Regierung Reagan von Anfang an in ihren Bemühungen zum Schutz der Menschenrechte auf die traditionelle „stille“ Diplomatie. Der Fehler seines Vorgängers Jimmy Carter, nämlich die Universalisierung der Menschenrechtspolitik ohne differenzierte Anwendung auf die einzelnen Länder, sollte auf jeden Fall vermieden werden. Gleichzeitig aber wollte man zweifelsfrei klarstellen, daß gute bilaterale Beziehungen nicht automatisch mit der Billigung der gesamten Außen- und Innenpolitik einer ausländischen Regierung gleichzusetzen seien³⁾.

Schließlich ist die amerikanische Politik gegenüber Südostasien, die der Unterstützung von Fortschritt und Stabilität der ASEAN-Freunde und -Alliierten einen zentralen Stellenwert zuweist, eng verbunden mit den übergreifenden regional-, besonders aber globalpolitischen und -strategischen Zielen der USA. Nur im pazifischen Asien treffen die strategischen Interessen der USA, der Sowjetunion, der Volksrepublik China und Japans direkt aufeinander. Alle übrigen regionalen Staaten — auch ASEAN — müssen ihre jeweilige nationale Außenpolitik innerhalb dieses strategischen Rahmens definieren. Dabei kommt den USA als dem verbindenden Faktor in den Beziehungen der nicht-kom-

²⁾ Vgl. United States Relations with ASEAN, Hongkong and Laos. Report to the Committee on Foreign Relations, United States Senate, März 1982, Washington 1982.

³⁾ Vgl. Thomas P. Shoemith, Balancing Strategic Interests and Human Rights in Asia, in: DOS Bulletin, Vol 83, Nr. 2071, Februar 1983.

munistischen ostasiatischen Nationen eine vitale Rolle zu, die mit ihrer globalen Außen- und Sicherheitspolitik in Einklang gebracht werden muß.

Südostasien besitzt reiche Vorkommen an natürlichen Ressourcen, darunter strategische Rohstoffe wie Titanium, Tantalum, Mangan, Chrom, Zinn, Nickel, Wolfram und Gummi. In der nächsten Dekade wird der Bedarf der Vereinigten Staaten an Metallen und damit die Abhängigkeit von importierten Rohstoffen dramatisch ansteigen. Darüber hinaus beziehen die USA aus den ostasiatischen Ländern große Mengen an — für die amerikanischen Verteidigungsindustrie sehr wichtigen — Halbleitern, IC Chips und diverser Mikroelektronik⁴⁾.

Da die Im- und Exporte aus Südostasien, Japan, Südkorea und Taiwan sowie jährlich für 200 Milliarden US-Dollar Erdöl aus dem Mittleren und Nahen Osten auf den wichtigen Seewegen transportiert werden — in Ostasien auf der Straße von Malacca und Singapur, außerdem den Straßen von Lombok, Sunda und Makassar — steht an erster Stelle der gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen die Sicherung der internationalen Seewege.

Die amerikanischen Interessen in dieser Region — in Ostasien finden 35 Prozent des gesamten US-Handels statt — können bedroht werden durch innenpolitische Instabilität, hervorgerufen durch ökonomische Probleme, soziale Spannungen oder nationalistische Bewegungen, durch regionale Konflikte und durch die wachsende sowjetische Militärpräsenz in der Region. Während die USA nur wenig tun können, um diese möglichen Konfliktherde auszuschalten bzw. auf die vielfältigen nationalen, wirtschaftlichen, kulturellen und ethnischen Probleme wirksam Einfluß zu nehmen, kann die Bedrohung von außen durch die militärische Expansion der Sowjetunion, die Aufrüstung Nordkoreas und die politischen Ambitionen Vietnams letztlich nur von Amerika aufgehalten werden. Alleine jedoch können und wollen auch die Vereinigten Staaten diese schwierige Aufgabe nicht meistern. Deshalb müssen die Bündnisbeziehungen zu den ostasiatischen Staaten entsprechend der Guam-Doktrin partnerschaftlich gestaltet werden, um auf lange Sicht das Ansehen der USA als glaubwürdige Schutzmacht — nicht als Weltpolizei — zu erhalten: „Unser Ziel ist es, andere zu veranlassen, ihre Anstrengungen zu erhöhen, um gemeinsame Stärke zu erreichen, nicht um unsere eigenen Bemühungen zu verringern“⁵⁾.

Außer durch den Verkauf von Waffen und Trainingsprogrammen wollen die USA den asiatischen Regierungen bei ihren internen Sicherheitsproble-

men nicht wie in den sechziger Jahren zur Seite stehen. Ganz im Sinne der Guam-Prinzipien wird sich Amerikas direkte Sicherheitsrolle darauf beschränken, die regionalen Alliierten im Falle einer externen Aggression in ihren Verteidigungsanstrengungen zu unterstützen und die Freiheit der See- und Luftwege zu sichern⁶⁾.

Da die ASEAN-Staaten entschlossen sind, die strategisch wichtigen Straßen von Malacca, Lombok und Makassar für den internationalen Verkehr offen zu halten, und sie durch ihre geographische Position zwischen Südchinesischem Meer, Pazifischem und Indischem Ozean für die Energieversorgung des wichtigsten amerikanischen Verbündeten in Asien — Japan — lebenswichtig sind, betrachten die USA ASEAN als Teil der Vorneverteidigungslinie gegen jegliche Attacke über den Pazifik und als wichtigen Rückhalt für die Verteidigungsaufgaben ihrer Flotte im Indischen Ozean.

Obgleich formale Bündnisbeziehungen der USA nur zu den ASEAN-Ländern Thailand und den Philippinen bestehen, haben doch die Amerikaner in den letzten Jahren wiederholt ihre Unterstützung für die gesamte ASEAN-Organisation betont und keinen Zweifel daran gelassen, daß „Freunde“ wie „Verbündete“ im amerikanischen Verteidigungsbereich Schutz genießen. In diesem Sinne bekräftigte Verteidigungsminister Weinberger während seines Besuches in Singapur die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, zur Verteidigung der ASEAN-Region beizutragen und den einzelnen Staaten auch weiterhin bei der Verbesserung ihrer militärischen Selbständigkeit zu helfen.

In diesem Zusammenhang befürwortet Amerika auch eine wichtige Rolle Japans bei der Verteidigung der südostasiatischen Region und ist sehr bemüht, die Befürchtungen der ASEAN-Nationen über einen möglichen japanischen Militarismus zu zerstreuen. Denn obwohl ein bleibendes Containment der kommunistischen Großmächte Sowjetunion und China ebenso im Interesse der ASEAN-Staaten wie der USA liegt, ist man darüber besorgt, daß die geostrategischen Überlegungen Amerikas hinsichtlich einer Kooperation mit der Volksrepublik China und einer stärkeren militärischen Rolle Japans so dominant werden könnten, daß darüber ASEANs regionale Anliegen zu kurz kommen.

Bestes Beispiel hierfür ist die Kambodscha-Krise mit ihren komplexen Hintergründen und Dimensionen, die durch die Überlagerung mehrerer Konfliktbereiche — der vietnamesisch-kambodschanischen, chinesisch-sowjetischen und vietnamesisch-chinesischen Konkurrenz und Feindseligkeit — gekennzeichnet sind. ASEAN ist nur indirekt am Ge-

⁴⁾ Vgl. James A. Lyons, A Peacetime Strategy for the Pacific, in: Naval War College Review, Winter 1987.

⁵⁾ Ronald Reagan, Peace and National Security, Address to the Nation, 23. März 1983, in: DOS Bulletin, Vol. 83, Nr. 2073, April 1983, S. 34.

⁶⁾ Vgl. Eva-Maria Masyk, Die Guam-Doktrin, Grundlegung und Strategie der Asienpolitik der Nixon-Regierung, München 1981.

schehen in Indochina beteiligt, indem Thailand zum „Frontstaat“ geworden ist. Gerade die Herausbildung einer gemeinsamen Kambodscha-Politik aller ASEAN-Mitglieder und deren Aktivitäten in der UNO hat für die Internationalisierung und damit Globalisierung des Kambodscha-Konfliktes gesorgt⁷⁾.

Aufgrund der gleichen Einschätzung der Lage in Indochina und identischer Ziele hinsichtlich Kambodschas haben sich die USA in Ermangelung eines eigenen Konzeptes stets hinter die ASEAN-Initiativen gestellt. Einzige Ausnahme dieser Politik stellte ausgerechnet die „Internationale Konferenz über Kambodscha“ dar, in der die USA ihren Partner ASEAN aus Gründen des „strategischen Imperativs“ im Stich ließen und sich dem Vorschlag Chinas zuwandten.

Dabei ist nach jahrelangem Tauziehen allen Beteiligten klar: Nur die Vereinigten Staaten, China und die Sowjetunion können die festgefahrene Situation in Indochina auflösen, nicht ASEAN und nicht Vietnam. ASEAN kann allerdings mit ihrem großen Engagement für eine politische Regelung des Konfliktes als Lieferant für praktikable Lösungs-ideen fungieren, aber nur dann mit Erfolg, wenn sich die USA endlich dazu entschließen, eine der vielen vorgeschlagenen Lösungen mit größerem Nachdruck als bisher zu unterstützen. Der Verhandlungsvorschlag, der 1985 von Malaysia gemacht wurde, hätte in den Augen der Amerikaner eine de facto-Anerkennung des Heng Samrin Regimes bedeutet. Der 1986 von Prinz Sihanouk vorgebrachte Vorschlag hätte zur politischen Problemlösung auch die Khmer Rouge beteiligt. Beides jedoch wollten die USA nicht.

Als die USA und die Sowjetunion sich zur Fortführung ihrer Abrüstungsverhandlungen entschlossen, hoffte ASEAN, daß die Reagan-Regierung den Kambodscha-Konflikt in die Gespräche der Super-

mächte miteinbringt und auf eine Lösung drängt. Zwar wurden auf dem Gipfeltreffen in Reykjavik die Konflikte in Afghanistan und Kambodscha zur Sprache gebracht, eine Gefährdung der Verhandlungsfortschritte aber wollte keine der beiden Seiten riskieren⁸⁾.

So war denn der einzig bislang greifbare Erfolg für ASEAN ein Zusatz zum Auslandshilfegesetz 1986, der insgesamt 5 Millionen US-Dollar für die beiden nicht-kommunistischen Gruppen der kambodschanischen Koalitionsregierung vorsieht. Diese finanzielle Zuwendung für medizinische Ausrüstung, paramedizinische Ausbildung und andere nicht-militärische Zwecke — ein ähnliches Hilfsprogramm ist für 1987 vorgesehen — wurde erst auf das beharrliche Drängen von ASEAN und vor allem Thailands hin gebilligt.

Um die sicherheitspolitische Lage in Thailand selbst zu stabilisieren, wurden zwischen dem thailändischen Oberkommandierenden und Verteidigungsminister Weinberger diverse Maßnahmen zur engeren militärischen Zusammenarbeit vereinbart. Washington hatte der thailändischen Regierung schon mehrfach die Relevanz und Gültigkeit des Manila-Paktes und der Rusk-Thanat-Klausel für die USA bestätigt, doch wurde 1985 zusätzlich noch ein vorläufig für fünf Jahre gültiges Beistandsabkommen geschlossen. Darüber hinaus unterzeichneten beide Seiten 1987 ein „stockpiling arrangement“, demzufolge die USA auf thailändischem Boden Waffen für den nationalen (thailändischen) Ernstfall lagern⁹⁾. Mit diesen Maßnahmen hoffen die USA, die Glaubwürdigkeit ihrer Bündnisverpflichtung gegenüber Thailand zu demonstrieren und das Vertrauen auch der anderen asiatischen Nationen zu stärken, daß die Erhaltung von Frieden und Sicherheit in der Region im nationalen Interesse der USA liegt.

III. Dynamik der Wirtschaftsbeziehungen

Seit Mitte der siebziger Jahre haben sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen ASEAN und den USA rapide entwickelt. Das Handelsvolumen hat sich seitdem verdreifacht. Die USA sind nach Japan der zweitgrößte Handelspartner für ASEAN und der größte Einzelmarkt für Produkte aus den ASEAN-Staaten. Auf den Philippinen, in Singapur und Malaysia sind die Vereinigten Staaten die größ-

ten Investoren, in Indonesien und Thailand stehen sie hinter Japan an zweiter Stelle. Ein wichtiges Instrument für die US-ASEAN-Kooperation ist der 1979 gegründete ASEAN-US-Business Council, der den Beziehungen zwischen Amerika und ASEAN eine neue Dimension verliehen und den beiderseitigen Dialog als kontinuierlichen Prozeß auf mehreren Ebenen eingeleitet hat.

Dennoch bestehen trotz dieses sehr positiven und dynamischen Trends in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ASEAN und den USA und der Fortschritte, die diese in den letzten Jahren gemacht haben, weiterhin eine Reihe von Problemen und divergierenden Interessen: Fallende Rohstoff-

⁷⁾ Vgl. Justus H. van der Kroef, ASEAN, Hanoi and the Kampuchean Conflict: Between 'Kuantan' and a 'Third Alternative', in: Asian Survey, (1981) 5.

⁸⁾ Vgl. Leszek Buszynski, ASEAN: A Changing Regional Role, in: Asian Survey, (1987) 7.

⁹⁾ Vgl. Evelyn Colbert, United States Policy in Southeast Asia, in: Current History, April 1987.

preise auf dem Weltmarkt, aber auch zurückgehende ausländische Investitionen, zunehmender Protektionismus der Industriestaaten und geringere Wachstumsraten in den ASEAN-Staaten selbst, haben zu einer wesentlichen Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation geführt.

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft der ASEAN-Gemeinschaft ist deshalb die Überwindung ihrer starken Abhängigkeit von technologischen Importen aus den Industrieländern und eine Reduzierung der Orientierung der ASEAN-Wirtschaft auf den Außenhandel hin. In diesem Zusammenhang wurde auf dem 19. Außenministertreffen 1986 in Manila zum ersten Mal die Frage eines gemeinsamen ASEAN-Marktes diskutiert. Der Transfer von supranationalen Vollmachten an die Organisation wurde aber als politisch unakzeptabel verworfen¹⁰⁾. Übereinstimmend jedoch wurde beschlossen, durch die Diversifikation der Produkte und den Ausbau von Komplementaritätsbereichen innerhalb der ASEAN-Gruppe die ökonomische Integration voranzutreiben und die Wirtschaft weniger auf den Export von Rohstoffen als von Halbfertig- und Fertigwaren auszurichten.

Was die Probleme und Differenzen in den Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten anbelangt, so fordert ASEAN hier von den USA Preisstabilisierungsmaßnahmen, um die fallenden Rohstoff- und Ölpreise zu kompensieren. Besonders beklagt wird von ASEAN die fehlende amerikanische Unterstützung für eine neue Weltwirtschaftsordnung und ein internationales Rohstoffabkommen. Das intensive US-Investment in den Erdölsektor ist den südostasiatischen Staaten entschieden zu einseitig, zumal andererseits der Technologietransfer seitens der Amerikaner sehr zögernd gehandhabt wird.

Obleich zwischen 1977 und 1986 eine Steigerung der ASEAN-Exporte in die USA um 200 Prozent stattgefunden hat, fordert ASEAN innerhalb des Präferenzsystems einen besseren Zugang zum amerikanischen Markt. Schwierigkeiten hat ASEAN — nach Hongkong, China und Japan in Asien der

viertgrößte Exporteur in die USA — vor allem bei Zucker und Reis und der zunehmend protektionistischen Gesetzgebung im amerikanischen Kongreß. Zwar konnte die Jenkins-Thurmond-Gesetzesvorlage durch das Veto Präsident Reagans verhindert werden, doch machte die amerikanische Regierung unmißverständlich klar, daß sie dafür seitens der ASEAN-Länder Selbstbeschränkung erwartete.

Die unterschiedlichen Standpunkte in der Handels- und Wirtschaftspolitik von ASEAN und Amerika prallen hart aufeinander, und ein Kompromiß zwischen den prinzipiellen Positionen wäre dringend notwendig. Der amerikanischen Auffassung zufolge sollten die Preise für Rohstoffe allein vom freien internationalen Markt bestimmt werden, und jegliche Eingriffe zur Preisstabilisierung werden kategorisch abgelehnt. Die Zucker- und Reissubventionen im eigenen Land, die besonders Thailand hart treffen, werden von den Amerikanern als grundsätzlich tolerierbar bezeichnet, da Thailand gegenüber den USA einen Handelsüberschuß verzeichnet.

Der wichtigste Bereich jedoch, der für die Ökonomen sowohl der USA als auch der ASEAN-Staaten von entscheidender Bedeutung ist, ist der Zugang zu den jeweiligen Märkten. Die Amerikaner fordern strikte Reziprozität. ASEAN könne größeren Zugang zum amerikanischen Markt haben, wenn dafür die ASEAN-Länder ihrerseits ihre Märkte für amerikanische Produkte öffnen. ASEAN hingegen fordert von den Industriestaaten eine selbstlosere Unterstützung. Als Gemeinschaft von Entwicklungsländern, die sich auch mit protektionistischen Maßnahmen schützen, lehnen sie eine echte Reziprozität bei der Marktöffnung ab¹¹⁾. Eine Einigung ist in diesem strittigen Punkt nicht in Sicht, so daß beiderseitige Handelsschranken und Protektionismus in Zukunft — als Beispiel kann hier das schwer belastete amerikanisch-japanische Verhältnis gelten — die Beziehungen zwischen den USA und den südostasiatischen Staaten auf eine harte Bewährungsprobe stellen werden.

IV. Strategie für eine gemeinsame Sicherheit

Als Ausgleich zu den amerikanischen Handelsbeschränkungen werden den ASEAN-Staaten von der Sowjetunion neue Märkte angeboten. Diese erhofft sich dadurch ihrerseits den Zugang zu Rohstoffen und Technologien, die Ausweitung und Diversifizierung des Handels sowie neue Abnehmer für die eigenen Produkte. Seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow wurden eine Reihe von diplomatischen Initiativen zur Verbesserung der Beziehun-

gen zu den ASEAN-Ländern gestartet, denn obgleich es außer der Grenzsicherung zu China im östlichen Asien keine lebenswichtigen Interessen zu wahren gilt, hat die Sowjetunion die große Wichtigkeit dieser Region erkannt. In der Erwartung, daß sich mit der Modernisierung und militärischen Entwicklung der VR China die Machtverteilung in der Welt und besonders in Asien in der Zukunft verändern wird, hat sich Moskau in seiner Außenpolitik — wo nichts mehr an den starken Eurozentrismus Gromykos erinnert — bereits flexibel darauf einge-

¹⁰⁾ Vgl. L. Buszynski (Anm. 8).

¹¹⁾ Vgl. ebda.

stellt¹²⁾. Nach organisatorischen und personellen Veränderungen wurden im sowjetischen Außenministerium für Südostasien, den pazifischen Ozean und für internationale Wirtschaftsangelegenheiten neue Abteilungen geschaffen¹³⁾.

Hauptziel dieser neuen außenpolitischen Orientierung ist zum einen die Aussöhnung mit der Volksrepublik China, zum anderen die nicht-kommunistischen Staaten Asiens davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion nicht nur eine Supermacht, sondern auch eine asiatische Macht ist, eine legitime Kraft in allen regionalen Angelegenheiten. Dieses Streben der Sowjetunion, die von den meisten asiatischen Nationen immer noch als „Außenseiter“ betrachtet wird, nach Anerkennung als „natürliche“ asiatische Macht wurde einmal mehr in Gorbatschows Rede im Juli 1986 demonstriert. In Wladiwostok, das — so Gorbatschow — ein „offenes Fenster zum Osten“ werden sollte, wurden alle asiatischen Länder zur Errichtung eines pan-asiatischen Forums eingeladen. Mit diesem Vorschlag griff Gorbatschow direkt auf das von Breschnew zum ersten Mal 1969 vorgebrachte „kollektive Sicherheitssystem“ für Asien zurück, das jedoch unter den asiatischen Staaten damals ebenso wenig Resonanz fand wie jetzt seine Wiedergeburt unter Gorbatschow. Ziel beider Initiativen sollte unmißverständlich sein, „fremde“ Mächte, also vor allem die USA und Großbritannien, aus der Region zu verdrängen, den chinesischen Einfluß einzudämmen und die politische wie militärische Präsenz der Sowjetunion in Ostasien zu verankern.

Bereits jetzt kann die Sowjetunion durch ihren Alliierten Vietnam auch in Laos und Kambodscha Einfluß geltend machen und besitzt mit den Stützpunkten in Vietnam und Kambodscha eine herausragende militärische Position gegenüber den ASEAN-Staaten sowie den amerikanischen Basen auf den Philippinen. Im Kriegsfall ist es die sowjetische Zielsetzung, die internationalen Seewege zu blockieren und die USA von ihren Freunden und Alliierten militärisch abzukoppeln. Das wachsende Bewußtsein der Sowjetunion über die politische und militärische Bedeutung einer modernen Seestreitmacht hat deshalb zu immer häufigeren, weit entfernten maritimen Manövern und Operationen geführt, ferner zur Diversifizierung und Verbesserung der Kriegsschiffe, Flugzeuge und sämtlicher Waffensysteme¹⁴⁾.

In den letzten Jahren hat die sowjetische Flotte bewiesen, daß sie gleichzeitig im Indischen und im

Pazifischen Ozean eine ansehnliche Präsenz aufrecht erhalten kann. Neben den Häfen bei Petropawlowsk und Kamchatsky konzentriert sie sich auf ihre Hauptstützpunkte im Japanischen Meer Wladiwostok, Nakhodka und Sovietskaya Gavan. Ihre geostrategische Position stellt dabei die sowjetische Marine vor schwerwiegende Probleme, die sie jedoch mit ihrem Einfluß auf die kommunistischen Länder Ostasiens inzwischen zum Teil kompensieren konnte. Da außer Wladiwostok die meisten sowjetischen Häfen die längste Zeit des Jahres vereist sind und die sowjetischen Einheiten durch die engen, relativ leicht blockier- und verminbaren Seestraßen von Tsushima, Tsugaru und Soya müssen, ist es der Sowjetunion vor allem daran gelegen, die ständige Inanspruchnahme wichtiger Warmwasserhäfen für ihre Pazifikflotte zu sichern. Deshalb ist der von den Amerikanern ausgebaute Hafen bei Cam Ranh Bay, der als permanenter Anlaufpunkt für die sowjetische Marine sowie als Stützpunkt für Aufklärungsflugzeuge dient, die das Südchinesische Meer und den Indischen Ozean ständig kontrollieren, von herausragender Bedeutung für die maritime Strategie der Sowjetunion.

Von Cam Ranh Bay aus — nach amerikanischen Erkenntnissen operieren dort täglich 20–26 Einheiten — werden auch die amerikanischen Basen Clark Air Base und Subic Bay auf den Philippinen elektronisch überwacht. Für die sowjetische Flotte ist Cam Ranh Bay bei der Fahrt von Wladiwostok zum Indischen Ozean eine wichtige Relaisstation, die im Kriegsfall schnell in eine Operationsbasis verwandelt werden kann und so die sowjetische Position entscheidend verbessert. Die Hauptbedeutung von Cam Ranh Bay aber ist, daß es ein wichtiges Verbindungsstück für den maritimen Verteidigungsbogen darstellt, der sich von Petropawlowsk in Sibirien über Südostasien bis nach Aden und Äthiopien hin erstreckt.

Die sowjetische Pazifikflotte ist nun nicht mehr nur auf das Japanische Meer beschränkt und kann freie Operationen im gesamten südostasiatischen Raum durchführen. Diese Bewegungsfreiheit der sowjetischen Marine wird noch erhöht durch die umfangreichen Stützpunkte auf den vier besetzten und von Japan beanspruchten Südkurilen, ferner durch die Benutzung der nordkoreanischen Häfen bei Najin und Wonsan sowie der kambodschanischen Häfen Kampong Son und Ream.

Bislang hat die erhöhte sowjetische Präsenz in Ostasien nicht automatisch zu größerem politischen Einfluß geführt. Im Gegenteil: Die Perzeption der Bedrohung durch die kontinuierliche militärische Aufrüstung hat die nicht-kommunistischen Staaten der Region, allen voran ASEAN, enger zusammenschließen lassen und ihr Gespür für die potentiellen

¹²⁾ Vgl. Colin S. Gray, *Maritime Strategy and the Pacific: The Implications for NATO*, in: *Naval War College Review*, Winter 1986.

¹³⁾ Vgl. Gail W. Lapidus, *The USSR and Asia in 1986. Gorbachev's New Initiatives*, in: *Asian Survey*, January 1987.

¹⁴⁾ Vgl. Alvin H. Bernstein, *The Soviets in Cam Ranh Bay*, in: *The National Interest*, Spring 1986.

Gefahren der sowjetischen Expansion und Präsenz in den Ländern Indochinas geschärft¹⁵⁾.

Wichtigstes Gegengewicht zu der sich ständig ausdehnenden militärischen Präsenz der Sowjetunion in Südostasien stellen die amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen dar. Durch ihre einzigartigen geographischen Vorteile spielen die beiden großen Militärbasen „Subic Bay“ und „Clark Air Base“ nicht nur eine Schlüsselrolle für die Aufrechterhaltung der amerikanischen Militärpräsenz im pazifischen Ostasien, sondern erleichtern auch die Machtprojektion der USA über den Pazifik und Südwestasien sowie die logistische Unterstützung der dort operierenden Streitkräfte.

Formale Grundlage für die Einrichtung und Benutzung dieser Stützpunkte ist das Stützpunktabkommen von 1947, das zusammen mit dem gegenseitigen Verteidigungspakt von 1951 und dem gegenseitigen Militärhilfeabkommen von 1953 das Fundament der amerikanisch-philippinischen Bündnisbeziehungen bildet. Die „freie“ Benutzung der Basen, die seit 1982 unter philippinischer Souveränität, Zollhoheit und Jurisdiktion stehen, endet 1991. Für die Verlängerung bis zu diesem Zeitpunkt sind 1988 wieder Verhandlungen fällig. Bis dahin wird von der Regierung in Manila militärische und ökonomische Hilfe als Gegenleistung und quid pro quo für Subic- und Clark Air Base betrachtet¹⁶⁾.

Subic Bay/Cubi Point ist der größte Marine-Stützpunkt westlich von Hawaii und umfaßt acht separate US-Navy-Kommandos. Er ist besonders wichtig als Vorverteidigungsstützpunkt und Reparatur- und Versorgungseinrichtung für die siebte US-Flotte mit ihren 55 Schiffseinheiten. Als taifunsicherer, natürlicher Tiefseehafen an der Westküste von Luzon zeichnet sich Subic Bay vor allem durch seine logistische Bedeutung aus. Mit seinen riesigen Lagerhallen für Munition und einer 60 Kilometer langen Pipeline, die Clark Air Base mit Treibstoff versorgt, ergänzt sich Subic Bay in einzigartiger Weise mit dem Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base. Cubi Point hat den größten Marine-Flughafen im westlichen Pazifik und seine geographische Lage zwischen Indik und Pazifik macht ihn für die Globalstrategie und militärische Einsatzbereitschaft der USA im Fernen Osten praktisch unersetzlich.

Fast ebenso wichtig ist der amerikanische Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base, Hauptquartier der 13. US-Air Force. Sein Hauptwert liegt weniger in seiner Funktion bei Kampfoperationen als in der logistischen Unterstützung offensiver Missionen auf dem südostasiatischen Festland, dem Indischen

Ozean und Persischen Golf sowie seinem Beitrag zur Einsatzbereitschaft der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik. Für die strategische Komponente haben beide Stützpunkte auf den Philippinen zwar keine Relevanz, da die Polaris U-Boote Häfen auf Guam benutzen und auf den Philippinen keine ICBMs, IRBMs oder B-52 stationiert sind, doch dienen die Basen der weltweiten Projektion konventioneller Macht und tragen entscheidend zum Gleichgewicht zwischen den Großmächten in Asien bei. Wegen der herausragenden strategischen Lage von Clark und Subic gibt es keine adäquaten Alternativen zu diesen Stützpunkten auf den Philippinen. Der Hafen auf Guam ist nicht groß genug und nur für Kreuzer geeignet. Die US-Marine würde drei Tage mehr als von Subic Bay aus brauchen, um von dort den Indischen Ozean zu erreichen.

Auch die nördlichen Marianen, die mit den USA auf 50 Jahre einen Assoziierungsvertrag geschlossen haben, stellen keinen ebenbürtigen Ersatz dar. Zur Zeit gibt es dort drei US-Basen, die wichtigste davon auf der Insel Pallau, auf der die USA einen Seehafen bauen. Zusammen mit Guam stellen die Marianen ein wichtiges Trainingsgelände für die amerikanischen Truppen dar und wären im Falle einschneidender strategischer Veränderungen im Pazifik alternative, wenn auch gegenüber den Philippinen nicht gleichwertige Stützpunktoptionen.

Da über die rein militärischen Funktionen hinaus diese Stützpunkte die bleibende Verpflichtung gegenüber den Alliierten und den Entschluß Amerikas, auch weiterhin eine pazifische Macht zu bleiben, symbolisieren, befürworten sowohl ASEAN als auch Japan und China die Beibehaltung der amerikanischen Präsenz auf den Philippinen. Dennoch ist die Zukunft der amerikanischen Stützpunkte und damit auch der strategischen Position Amerikas in Ostasien ungewisser denn je zuvor.

Trotz beeindruckender Siege bei der Abstimmung zur neuen Verfassung und den Wahlen zum philippinischen Kongreß, mehren sich die Zweifel, ob Präsidentin Corazon Aquino die zerrüttete innenpolitische Lage zu stabilisieren vermag. Die Chancen, daß es ihr gelingt, das Verhältnis zwischen Militär und Regierung zu verbessern, anhaltende Erfolge bei der Bekämpfung der kommunistischen Guerillas und muslimischen Separatisten zu erringen und eine Politik der nationalen Versöhnung weiterzuführen, sind derzeit als gering einzuschätzen¹⁷⁾. Obgleich für 1987 zum ersten Mal seit Jahren wieder mit einem positiven Wirtschaftswachstum zu rechnen ist, wurden dringend anstehende ökonomische Reformen, wie zum Beispiel die Landreform, nicht in Angriff genommen, so daß

¹⁵⁾ Vgl. Eva-Maria Masyk. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber ASEAN unter der Reagan-Administration. München 1986.

¹⁶⁾ Vgl. Ramon H. Myers (Hrsg.). A U. S. Foreign Policy for Asia. The 1980s and Beyond. Stanford 1982.

¹⁷⁾ Vgl. A. James Gregor. Succession in the Philippines: The Prevailing Alternatives and American Interests, in: The Atlantic Community Quarterly, Spring 1986.

sich die sozialen Probleme des Landes ständig weiter verschärfen.

Dazu kommt, daß für eine erfolgreiche Bekämpfung der kommunistischen Guerillas, die inzwischen ein Fünftel des Territoriums kontrollieren und eine eigene Verwaltung, Rechtsprechung und Steuererhebung eingerichtet haben, die philippinische Armee denkbar ungeeignet ist. Trotz amerikanischer Militärhilfeprogramme verfügt sie über keinerlei Spezialausbildung für diese Aufgabe und Bewaffnung, Disziplin und Bezahlung — die Philippinen geben nur ein Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Verteidigung aus — sind schlecht. Heute stehen die Philippinen, wo es kommunistische Todeskommandos, zivile Schutztruppen und jetzt auch Bürgerwehren gegen die Übergriffe der Anti-Guerilla-Einheiten gibt, am Rande des Bürgerkriegs.

Bislang haben die Vereinigten Staaten Präsidentin Aquino ihre volle Unterstützung gewährt. Sie hielten Ex-Präsident Ferdinand Marcos vor der Rückkehr aus seinem Exil zurück und halfen mit der Drohung des sofortigen Entzugs von Militär- und Wirtschaftshilfe einen Putsch von Oberst Honasan, einem der gefährlichsten Gegner der Präsidentin, zu beenden. Trotzdem können auch die USA nicht verhindern, daß sich die Lage auf den Philippinen weiter zuspitzt. Die Ermordung von zwei US-Soldaten und einem ehemaligen US-Armee-Angehörigen durch kommunistische Rebellen und die Androhung weiterer Aktionen gegen Amerikaner sollen deren Forderung nach Auflösung der amerikanischen Stützpunkte Nachdruck verleihen.

Schützenhilfe erhalten die Kommunisten nun ausgerechnet vom neuen philippinischen Außenminister Manglapus, der die amerikanischen Basen grundsätzlich für entbehrlich hält und die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone auf den Philippi-

nen angekündigt hat¹⁸⁾. In diesem Sinne forderte Manglapus während einer Rundreise die Staatschefs der übrigen ASEAN-Staaten auf, bei dem für Dezember in Manila geplanten dritten ASEAN-Gipfeltreffen ein einstimmiges Urteil darüber abzugeben, ob der Fortbestand der amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen für die Aufrechterhaltung der regionalen Sicherheit unbedingt erforderlich sei.

Hinter diesem diplomatischen Manöver vermutet man in Washington die versteckte Forderung nach höherer Militär- und Wirtschaftshilfe als Gegenleistung für die Verlängerung des Stützpunktabkommens. Tatsächlich wurde das gesamte Hilfsprogramm unter dem Gramm-Rudman-Gesetz für 1988 auf 267,3 Millionen US-Dollar (1987: 471,8 Millionen US-Dollar) gekürzt. Verglichen etwa mit der Zuwendung an Ägypten und Israel, die 40 Prozent der gesamten amerikanischen Auslandshilfe erhalten, nimmt sich die finanzielle Unterstützung der Philippinen, die immerhin die größten amerikanischen Basen beherbergen, mit nur 3,5 Prozent unverhältnismäßig gering aus¹⁹⁾.

Eine Entscheidung zur Erhöhung der Wirtschafts- und Militärhilfe wird deshalb — wollen die USA ihre Basen behalten — unumgänglich sein. Ebenso wenig wird sich aber auch ASEAN vor einer klaren Entscheidung über die Bedeutung der Stützpunkte für ihre Sicherheit ausweichen können. Unter dem Deckmantel des ZOPFAN-Anspruches hat man in der Vergangenheit vermieden, dieses heikle Thema öffentlich zu diskutieren. Keines der ASEAN-Länder möchte einen Rückzug der Amerikaner aus der Region — dies wird ständig in bilateralen Gesprächen beteuert —, doch gilt es jetzt, auch als ASEAN-Gemeinschaft unmißverständlich Position zu beziehen.

¹⁸⁾ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16. November 1987.

¹⁹⁾ Vgl. Time Magazine vom 23. November 1987, vgl. ferner Manfred Mols, ASEAN am Vorabend der dritten Gipfelkonferenz, in: Europa-Archiv, 42 (1987) 22, S. 655—664.

Seymour Martin Lipset: Ist Amerika konservativ?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/87, S. 3—11

Ausgehend von der These, daß der klassische Konservatismus als Allianz vorindustrieller und kirchlicher Eliten in den Vereinigten Staaten nie vertreten war, wird der amerikanische Konservatismus einer vergleichenden historischen Analyse unterzogen. Dabei wird herausgearbeitet, daß die politische Grundströmung in den USA, die den amerikanischen Konservatismus inspiriert, der Liberalismus im Sinne des 19. Jahrhunderts ist, der den Kräften des freien Marktes vertraut und die Freiheit des Individuums vor staatlichen Eingriffen in den Mittelpunkt stellt. Der Konservatismus in Europa (und in Kanada) ist dagegen staats- und gemeinwohlorientiert, eine Haltung, die er letztlich mit sozialistischen Richtungen teilt. Die Unterschiede werden zudem durch Differenzen in der religiösen Verfassung akzentuiert: Das protestantische Sektentum in den USA mit seiner Betonung des persönlichen Verantwortungsbewußtseins führt zu einer moralisierenden Argumentation in der Politik, aus der sich auch der Antikommunismus der Konservativen speist.

Die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre führte staatsorientierte und sozialpolitische Elemente in den amerikanischen Liberalismus ein, die programmatisch besonders bei den Demokraten ihren Niederschlag fanden. Der „New Deal“ schwächte zwar den amerikanischen Konservatismus, doch der Erfolg kapitalistischer Marktwirtschaft nach dem Krieg führte zu seinem Wiederaufstieg. Zudem konnte der Konservatismus Unterstützung bei traditionellen religiösen Wertkonservativen finden, die sich gegen den permissiven Werteliberismus der neuen Linken im Gefolge des Vietnamkrieges und der gesellschaftlichen Umbrüche der sechziger Jahre wandten. Diese neue konservative Koalition machte Ronald Reagan mehrheitsfähig. Doch ist die konservative Koalition nicht ohne Probleme und Widersprüche, wie die fortwirkende Anziehungskraft von Egalitätsidealen in der amerikanischen Gesellschaft zeigt. Grundsätzlich jedoch zeigen auch die Entwicklungen in Großbritannien, in Frankreich und in einigen sozialistischen Ländern, daß marktwirtschaftlicher Liberalismus, die Haupttriebfeder des amerikanischen Konservatismus, auch weltweit die dominante politische Tendenz ist.

Gero Lenhardt: Über die Europäisierung Amerikas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/87, S. 12—24.

Die USA stehen in dem Ruf besonderer Fortschrittlichkeit. Auf dem Weg in die Massengesellschaft atomisierter Individuen scheinen sie uns ein paar Schritte voraus zu sein. Dieser nicht selten chauvinistisch getönten Meinung liegen folgende Fehleinschätzungen der amerikanischen Verhältnisse zugrunde:

Der Fortschrittsglaube und der Individualismus der Amerikaner sind nicht Ausdruck eines kulturellen Auflösungsprozesses. Sie sind vielmehr Ausdruck einer Geschichte, an deren Beginn eine erfolgreiche bürgerliche Revolution steht und deren Ergebnisse bis heute durch eine höchst wirksame Religiosität gestützt werden. Eine Skizze des amerikanischen religiösen Lebens zeigt, daß es nach Intensität, Dogmen und Organisationsformen in Europa kaum eine Parallele hat.

Die USA gelten als das kapitalistische Land par excellence. Die Amerikakritik geht von der Vorstellung aus, daß die Kommerzialisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse für die beklagenswerten Erscheinungen der Massengesellschaft verantwortlich sei. Tatsächlich ist jedoch die gesellschaftliche Entwicklung schon längst nicht mehr durch die Ausweitung des Tauschprinzips bestimmt, sondern durch den Fortschritt des Bürokratisierungsprozesses. Kapitalkonzentration und das Vordringen des Staatsinterventionismus haben bürgerliche Autonomie zerstört, die Individuen gleichgeschaltet und voneinander isoliert. Gegenüber den Kräften der Gesellschaft sind die staatlichen Bürokratien der USA aber stets viel schwächer gewesen als diejenigen Europas, und deswegen ist die Bürokratisierung der Lebensverhältnisse dort langsamer vorangekommen als hier. Die bürgerlich-individualistische Tradition und der amerikanische Protestantismus bieten einen gewissen Schutz gegen die entpersönlichenden Wirkungen des Bürokratisierungsprozesses. So scheint es, als wären wir die Vorreiter auf dem Entwicklungspfad der bürokratischen Gesellschaft, und die Amerikaner die darin rückständige Nachhut.

Barbara A. Fliess: Aktuelle Spannungsfelder in den amerikanisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/87, S. 25—38

Neue Akzente in der Außenwirtschaftspolitik der zweiten Reagan-Administration unterwerfen die amerikanisch-europäischen Beziehungen einer Bewährungsprobe. Es geht darum, gegenüber einem zunehmenden Handelsprotektionismus, Wechselkursverzerrungen und einer krisenanfälligen Weltkonjunktur gemeinsame Lösungen zu finden.

Der Versuch der USA, ihre massiven Handels- und Leistungsbilanzdefizite abzubauen, wird von einem starken Interesse an einer internationalen währungs- und wirtschaftspolitischen Koordinierung begleitet. Insbesondere Japan, aber auch die westeuropäischen Verbündeten, hier vor allem die Bundesrepublik, werden als Überschußländer zur Beisteuerung von Entlastungsmaßnahmen aufgefordert.

Der politische Antrieb für diese Reorientierung der USA ist im inneramerikanischen Umfeld der Handelspolitik zu suchen. Marktverluste der amerikanischen Industrie haben die protektionistischen Strömungen im Kongreß angeheizt und handelspolitische Auseinandersetzungen mit der EG über unfaire Wettbewerbsbedingungen nicht nur beim Agrarhandel, sondern auch im Hochtechnologiebereich und im Dienstleistungsverkehr bewirkt.

Das Konzept der Regierung Reagan zum Abbau der externen Ungleichgewichte setzt neben einer Abwertung des Dollars, mit der die eigene Konkurrenzfähigkeit wieder hergestellt und die politische Handelskrise entschärft werden sollen, auf zusätzliche konjunkturpolitische Stützungsinitiativen von seiten der westeuropäischen Verbündeten. Die zentrale Frage ist, ob bei diesem Anpassungsprozeß eine Rezession vermieden werden kann. Die Umsetzung einer stabilitätsfördernden Gewichtung externer Korrekturverfahren und haushaltspolitischer Anpassungen in den USA ist Gegenstand sowohl von Koordinierungsansätzen als auch von Interessendivergenzen beider Seiten. Die sich hier bildenden Spannungspotentiale drohen sich weiterhin in wirtschaftlich destabilisierenden Reaktionen der internationalen Kapital- und Devisenmärkte zu entladen.

Eva-Maria Masyk: US-Asienpolitik: ASEAN als Partner und Verbündeter

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/87, S. 39—46

Die Organisation südostasiatischer Staaten — ASEAN — hat sich im vergangenen Jahrzehnt zu einem wichtigen Faktor der amerikanischen Asienpolitik entwickelt. Dem Wunsch dieser Länder nach einer stärkeren Position der USA in der Region als Ausgleich für die sowjetischen und chinesischen Vormachtbestrebungen, versucht die Regierung Reagan nach besten Kräften entgegenzukommen, entspricht er doch den globalstrategischen Zielsetzungen Amerikas. Da das nach dem Rückzug der Amerikaner aus Vietnam entstandene Machtvakuum nicht von den regionalen Staaten, sondern von der Sowjetunion ausgefüllt worden war, ist es für Washington nun ein Hauptanliegen, ASEAN als Organisation zu fördern und die gegenseitigen Beziehungen auf allen Ebenen auszubauen und zu intensivieren.

Trotz dynamischer Weiterentwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit, die sich seit Mitte der siebziger Jahre als kontinuierlicher Prozeß in vielen Bereichen herausgebildet hat, sind heute durch beiderseitigen Protektionismus ernstzunehmende Probleme und Differenzen in den Handelsbeziehungen aufgetaucht, die das US-ASEAN-Verhältnis auf eine harte Bewährungsprobe stellen.

Ähnliches gilt für die sicherheitspolitischen Beziehungen. Die Zukunft der amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen, die für die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Großmächten und damit für die Sicherung von Frieden und Stabilität eine Schlüsselfunktion einnehmen, ist heute angesichts der innenpolitischen Situation auf den Philippinen alles andere als gewiß. Auf dem Spiel stehen nicht nur die sicherheitspolitischen Interessen der USA und ihrer Verbündeten in Nordostasien, sondern auch die der ASEAN-Staaten, die sich weiterhin auf den amerikanischen Schutz verlassen wollen.